

KONZERN

LANDKREIS

LIMBURG-WEILBURG



BETEILIGUNGSBERICHT

2015

Guten Tag,

mit der 12. Auflage des Beteiligungsberichts bieten wir auch im Jahr 2015 in bekannter Weise einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Beteiligungen des Landkreises Limburg-Weilburg.

Grundlage des Beteiligungsberichts bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2014. Die Angabe zu den Organen und deren Besetzung entsprechen dem Berichtsstand (31. Dezember 2014).



Der Bericht enthält die Angaben zu den Beteiligungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften. Zudem werden die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt. Auszüge aus den Lageberichten sollen einen Eindruck von der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsprognose geben.

Der Landkreis Limburg-Weilburg erfüllt einen Teil seiner kommunalen Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung in wirtschaftlich geführten Unternehmen (Beteiligungen und Eigenbetriebe). Die transparente Darstellung und leicht verständliche Aufbereitung des „Konzerns Landkreis Limburg-Weilburg“ bleibt auch mit diesem Beteiligungsbericht die oberste Zielsetzung.

Ein besonderer Dank gilt allen Geschäftsführern, Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen für ihre engagierte Arbeit.

Der Beteiligungsbericht ist nicht nur als Druckwerk, sondern darüber hinaus auch im Internet unter www.landkreis-limburg-weilburg.de erhältlich.

Wir freuen uns, Ihnen diese Broschüre präsentieren zu können!

Limburg, im November 2015

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Manfred Michel'. The signature is fluid and cursive, written over a light blue horizontal line.

Manfred Michel
- Landrat -

Inhaltsverzeichnis

1	Grundsätzliche Informationen.....	1
1.1	Beteiligungsbegriff in diesem Bericht	1
1.2	Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung	2
1.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen.....	3
1.4	Erklärungen zur Rechnungslegung.....	4
1.5	Übersicht der Beteiligungen	7
2	Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe.....	9
2.1	Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	11
2.2	Abwasserverband Christianshütte.....	23
2.3	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg.....	25
2.4	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH.....	29
2.5	KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach	37
2.6	KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach	41
2.7	Kreishallenbad Weilburg GmbH.....	45
2.8	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	49
2.9	Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH.....	57
3	Sparkassen.....	61
3.1	Kreissparkasse Limburg.....	63
3.2	Kreissparkasse Weilburg	67
3.3	Nassauische Sparkasse.....	69
4	Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)	73
4.1	Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	75
4.2	Nassauische Heimstätte.....	77
4.3	Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.....	81
4.4	Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH.....	87
4.5	Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG.....	93
4.6	Vereinigte Volksbank Limburg eG.....	93
4.7	VoBa: Frankfurter Volksbank eG.....	93
4.8	Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH	95

4.9	ZVN Finanz GmbH	101
5	Zweckverbände.....	105
5.1	Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg.....	107
5.2	Zweckverband Naturpark Taunus.....	111
6	Jobcenter	113
6.1	Jobcenter Limburg-Weilburg	115
7	Mittelbare Beteiligungen	121
7.1	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	123
7.2	clinicpartner eG.....	127
7.3	Hallenbad Diez-Limburg GmbH.....	129
7.4	Klinikverbund Hessen e. V.....	133
7.5	KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH.....	139
7.6	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH	143
8	Mitgliedschaften, Verbände und Vereine	147
8.1	Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2014	149
8.2	Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.....	153
8.3	Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.....	155

1 Grundsätzliche Informationen

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht

1.1.1 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Hessische Landtag eine wichtige Neuregelung beschlossen:

Es besteht nach § 123 a HGO ab 2005 die **Verpflichtung der Kommune**, zur Information der Gemeindevertretung / des Kreistages und der Öffentlichkeit, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Kommune **mindestens über 20% der Anteile** verfügt.

Die Mindestanforderungen an den Informationswert des Beteiligungsberichtes sind in § 123a Abs. 2 HGO definiert. Zu nennen sind insbesondere:

1. Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens
2. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde / den Kreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde / dem Kreis gewährten Sicherheiten.

Wir haben außerdem der Vorgabe entsprochen, die Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Organs in den vom Kreis dominierten Beteiligungsunternehmen darzustellen.

Eine Beschränkung des Beteiligungsberichtes auf Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen der Landkreis Limburg-Weilburg mindestens über 20% der Anteile verfügt, oder auch nur auf den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, hätte die Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Landkreises Limburg-Weilburg nur unzureichend dokumentiert.

In diesen Bericht werden deshalb über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehend - analog der ursprünglich auf freiwilliger Basis erstellten Beteiligungsberichte - alle Beteiligungen im weitesten Sinne (Unternehmen, Verbände und Vereine sowie die Eigenbetriebe) aufgenommen, die außerhalb der Kernverwaltung und des Haushaltes des Landkreises Limburg-Weilburg geführt werden.

§ 123 a Abs. 3 HGO sieht auch vor, dass der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung des Kreistages zu erörtern ist. Weiter muss der Kreis darüber informieren, dass der Beteiligungsbericht vorliegt und von allen Einwohnern eingesehen werden kann.

1.1.2 Inhalt

Die in diesem Beteiligungsbericht dargestellten Beteiligungen mit den jeweiligen Abschlussergebnissen beziehen sich auf die Geschäfts-/Haushaltsjahre 2011 bis 2013.

Änderungen, die erst im Jahr 2014 erfolgten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt finanzielle Auswirkungen haben werden, werden erst in dem nachfolgenden Beteiligungsbericht ihren Niederschlag finden.

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der z. Zt. gültigen Fassung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde respektive des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht, und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die kraft ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die HGO normiert die grundsätzliche Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune, setzt ihr gleichzeitig aber auch bestimmte Grenzen.

Mit der Modifikation der HGO vom 31. Januar 2005 wurde auch im Land Hessen eine Subsidiaritätsregelung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen eingeführt.

Anders als im bisherigen Recht wird nicht mehr nur auf die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens abgestellt.

Die Beschränkungen der HGO beziehen sich in einem umfassenden Sinn nunmehr auf die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune. Eine Legaldefinition des Begriffs fehlt gänzlich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei einer wirtschaftlichen Betätigung (bzw. einem wirtschaftlichen Unternehmen) um eine solche handelt, die auch von einem Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte.

Das Abgrenzungskriterium sollte daher der vom Gesetzgeber in § 121 Abs. 2 HGO festgelegte Negativkatalog sein, d. h., nur Tätigkeiten, die nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 121 Abs. 2 HGO fallen (traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die in besonderer Weise den Schutz des Art. 28 Abs. 2 GG genießen), sind als wirtschaftliche Betätigung anzusehen. Nur diese Tätigkeiten unterliegen dem Subsidiaritätsvorbehalt gem. § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO.

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 1 HGO gilt der Subsidiaritätsvorbehalt nicht, soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden (sog. Bestandsschutz).

Die Beschränkungen für die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen sollen nur auf nach dem Stichtag begonnene und erweiterte Betätigungen angewandt werden. Der Bestandsschutz erstreckt sich weiterhin auf nach dem Stichtag vorgenommene oder von der allgemeinen Entwicklung am Markt vorgegebene Erweiterung der Betätigung in den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge (Stromversorgung, Gasversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr).

Daraus ist zu folgern, dass künftig in die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune von staatlicher Seite reglementierend nur eingegriffen werden kann, wenn es sich um die Errichtung oder Übernahme sonstiger - erwerbswirtschaftlich orientierter - Unternehmen handelt.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es gibt im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherigen rechtlichen Beurteilungen zu ändern.

Nach Vorgabe des § 121 Abs. 7 HGO haben die Kommunen mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privater Dritten übertragen werden können.

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen, auf die im Rahmen dieses Berichts eingegangen wird.

1.3.1 Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h., von der übrigen (Kreis-)Verwaltung getrennt. Organe der Eigenbetriebe sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen. Die Gemeindevertretung / der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr/Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

1.3.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Das Privatvermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Verbindlichkeiten der GmbH, es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Die GmbH kennt nur zwei notwendige Organe:

die Gesamtheit der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist für die GmbH nicht allgemein vorgeschrieben; seine Einrichtung ergibt sich jedoch in der Regel aus § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO (Sicherung der Einflussnahme).

1.3.3 Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gilt. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten (§ 3 Sparkassengesetz).

1.3.4 Zweckverbände

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

1.3.5 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

1.3.6 Eingetragene Vereine (e.V.)

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister („e.V.“) beim zuständigen Amtsgericht erlangen.

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO und anderer Gesetze vom 31.01.2005 (GVBl. I. S. 54) sind auch die Vorschriften über die gemeindliche Haushaltswirtschaft geändert worden. Im Sechsten Teil der HGO finden sich zum einen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung und zum anderen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung „Doppik“, also für die doppelte Buchführung in Konten. Die Vorschriften der GemHVO 1974 waren letztmals auf das Haushaltsjahr 2008 anzuwenden. Spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 war auch für Zweckverbände nach dem KGG, Wasser- und Bodenverbände, den Landeswohlfahrtsverband Hessen etc. das kommunale Haushaltsrecht umzustellen. Mit dieser Umstellung verbunden ist

auch die Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Darin sind die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden anzusetzen. Somit wird der Ressourcenverbrauch der Körperschaft künftig auch in einer Bilanz dargestellt. Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB). Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

1.4.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden, wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d.h., eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, wurde bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt, die Leistungserfüllung erfolgt aber erst im Folgejahr.

Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt ist, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.

Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

1.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung oder Ergebnisrechnung genannt – dar.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder -fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

1.5 Übersicht der Beteiligungen

1.5.1 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

<u>Beteiligungen</u>	<u>Stammkapital</u>	<u>Anteil</u>	<u>Gesellschafter / Träger / Mitglied</u>	<u>Seitenangabe</u>
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	971.454,58	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte		54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	23
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft	25.564,59	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	123
clinicpartner eG		-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	127
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	1.000.000,00	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.		-	Landkreis Limburg-Weilburg	153
Frankfurter Volksbank		-	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	25.850,00	87,220 %	Landkreis Limburg-Weilburg	29
Gesellschaft Hochtaunusstrasse		-	Landkreis Limburg-Weilburg	75
Hallenbad Diez-Limburg	25.564,60	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	129
Jobcenter Limburg		-		115
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	25.000,00	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	41
KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	25.000,00	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	37
Klinikverbund Hessen e. V.			Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	133
Kreishallenbad Weilburg GmbH	25.564,59	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	45
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100.000,00	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	49
Kreissparkasse Limburg		100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	63
Kreissparkasse Weilburg		100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	67
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.		-	Landkreis Limburg-Weilburg	155
KSB Klinik-Service-Betriebe	25.000,00	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	139
Mitgliedschaften, Verbände und Vereine			Landkreis Limburg-Weilburg	147
Nassauische Heimstätte	109.860.775,22	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	77
Nassauische Sparkasse		7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	69
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	26.000,00	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	143
Regionalmanagement Mittelhessen	25.000,00	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	81
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund	690.244,03	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG		0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	2.200.000,00	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	107
Vereinigte Volksbank eG		-	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	130.000,00	9,620 %	Landkreis Limburg-Weilburg	57
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	103.000,00	18,750 %	Landkreis Limburg-Weilburg	95
ZVN Finanz GmbH	25.000,00	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Zweckverband „Naturpark Taunus“		6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	111

1.5.2 Beteiligungen nach Bereichen und in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligung	Anteil	Gesellschafter/Träger/Mitglied	Seite
Banken und Sparkassen			
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	63
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	67
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	69
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Vereinigte Volksbank Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	93
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Bildung und Beschäftigung			
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	123
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	87,220 %	Landkreis Limburg-Weilburg	29
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	155
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	143
Entsorgung und Versorgung			
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	23
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	107
Gesundheit			
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	127
Klinikverbund Hessen e. V.	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	133
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	49
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	139
Immobilien, Dienstleistungen			
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	41
KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	37
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	81
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	18,750 %	Landkreis Limburg-Weilburg	95
Jobcenter Limburg			115
Verkehr			
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,620 %	Landkreis Limburg-Weilburg	57
Wirtschaft, Kultur und Freizeit			
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	153
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	75
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	129
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	45
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	77
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	111

**2 Beteiligungen
(Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg
am Stammkapital von mehr als 20%)
und Eigenbetriebe**

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Niederstein Süd, 65614 Beselich-Obertiefenbach	
Homepage:	www.awb-lm.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	971.454,58 Euro	
Gründungsjahr:	15.12.1995	
Betriebssatzung:	beschlossen vom Kreistag am 15. Juni 2001	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Die Abfallwirtschaft des Landkreises Limburg-Weilburg richtet sich nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Betriebssatzung und dem Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Limburg-Weilburg und wird als Eigenbetrieb geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) stellt die geordnete Abfallbewirtschaftung im Kreisgebiet nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften sicher. Hierzu gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Erfassung, Verwertung und Entsorgung von gewerblichen und häuslichen Abfällen,
- b) die Errichtung, der Ausbau und Betrieb von Deponien, Abfallbehandlungs-, Bauschuttverwertungs- und Kompostierungsanlagen,
- c) die planerische und technische Konzeption der Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Verfahren der Abfalltechnik),
- d) die Abfallberatung,
- e) die Erbringung der für die vorgenannten Aufgabenbereiche erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Bernd Caliarì	
Betriebskommission:	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender
	Ruprecht Keller	
	Doris Reifenberg	
	Rüdiger Brühl	
	Reinhold Ketter	
	Dr. Ralf Bletz	
	Armin Müller	
	Jürgen Dumeier	
	Oliver Jung	
	Kai Müller	bis 09.10.2014
	Michael Franz	ab 10.10.2014
	Horst Kaiser	
	Valentin Bleul	
	Michael Ott	
	Carmen Steger	

Bezüge

Die Sitzungsgelder der Betriebskommission betragen im Geschäftsjahr 1.785,85 Euro. In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Anlagevermögen	14.117.229,60	14.117.229,60	11.823.525,64
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.483,00	9.369,00	17.746,00
Vorräte	29.688,86	29.688,86	14.208,00
Forderungen	8.513.500,20	8.613.071,24	8.526.780,87
Wertpapiere	36.000.000,00	34.000.000,00	32.000.000,00
Kassenbestand	1.854.031,50	2.334.336,91	2.239.965,46
Rechnungsabgrenzungsposten	21.750,53	6.207,27	11.470,92
Summe Aktiva	56.726.363,79	56.109.902,88	54.633.696,89
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Stammkapital	971.454,58	971.454,58	971.454,58
Zweckgebundene Rücklagen	2.181.622,54	3.214.386,37	3.755.891,59
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.283.702,55	-1.032.763,83	-541.505,22
Sonderposten mit Rücklageanteil	88.199,95	84.188,94	96.035,93
Rückstellungen	48.720.569,89	46.695.114,66	43.599.132,73
Verbindlichkeiten	6.048.218,38	6.177.522,16	6.752.687,28
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Summe Passiva	56.726.363,79	56.109.902,88	54.633.696,89

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Umsatzerlöse	19.345.857,08	19.416.707,34	19.441.092,19
+ sonstige betriebliche Erträge	115.184,08	118.926,78	113.284,72
- Materialaufwand	12.797.985,80	12.660.861,33	12.643.762,41
- Personalaufwand	1.387.144,18	1.321.972,43	1.239.853,70
- Abschreibungen	961.251,36	948.859,50	928.415,21
- sonstige betriebliche Aufwendungen	6.662.530,44	6.633.224,80	6.420.948,15
+ Erträge aus Wertpapieren	1.279.654,23	1.221.292,89	997.134,12
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50.579,46	44.572,61	424.690,61
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	248.558,64	261.104,95	277.563,95
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Steuern	17.506,98	8.240,44	7.163,44
Jahresgewinn/-fehlbetrag	-1.283.702,55	-1.032.763,83	-541.505,22

Geschäftsverlauf / Situationsbericht

Einrichtungen

Der AWB betreibt zur Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen die Kreisabfalldeponie Beselich. Seit dem Inkrafttreten der Ablagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden.

Mit dem Verbot der Ablagerung für nicht behandelte Abfälle musste auch eine Möglichkeit zur Annahme und Umladung solcher Abfälle geschaffen werden, die von Bürgern, Gewerbetreibenden und Kommunen des Landkreises angeliefert werden. Hierzu wurde der bestehende Wertstoffhof erweitert und mehrere Anlieferungsboxen errichtet. In diese Boxen werden die Abfälle der einzelnen Kunden getrennt nach ihrer Art abgeladen. Anschließend wird der Abfall in größere Transporteinheiten verladen und zu den Verwertungs- und Behandlungsanlagen gefahren. Auf dem Wertstoffhof können haushaltsübliche Mengen an Hausmüll, Sperrmüll, Bauschutt, Erde, Asbestabfälle, Bitumenabfälle, Mineralfaserabfälle, Altholz, Metall, Papier und Pappe, Altreifen, Korken, Batterien, Kunststoffe, Flachglas, Autobatterien, CDs, DVDs, Druckerpatronen, PU-Schaumdosen, Schuhe, Textilien, Solarmodule sowie Verpackungen aus Glas (Flaschen, Gläser) und Leichtverpackungen in gelben Wertstoffsäcken angeliefert werden.

Auf dem erweiterten Gelände des Wertstoffhofes befindet sich auch die Annahme- und Übergabestelle für Elektroaltgeräte, die seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes vorgehalten werden muss. Hier können Elektroaltgeräte, Leuchtstoffröhren, Nachtspeicheröfen und Energiesparlampen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden.

Die Reinigung des Deponiesickerwassers wird seit dem Jahr 2008 vollständig in Eigenregie des AWB durchgeführt. Im Herbst 2007 wurde die Sickerwasserreinigungsanlage ertüchtigt, in dem das Sickerwasser zusätzlich mittels Aktivkohle gereinigt wird.

Auch die Entgasung der Deponie wird in Eigenregie des AWB durchgeführt. Die Verwertung des Deponiegases wird in Form eines Betreibermodells durchgeführt. Vertragspartner des AWB für das Jahr 2014 war die Pro2 Anlagenservice GmbH. Für die Verarbeitung von Bioabfällen betreibt die Herhof-Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG im Auftrag des Abfallwirtschaftsbetriebes die betriebseigene Kompostierungsanlage in Weinbach-Gräveneck sowie im Rahmen eines Betreibermodells das Kompostwerk in Beselich-Obertiefenbach.

Die Sammlungen von Hausmüll, Geschäftsmüll, Sperrmüll, Bioabfall, Altpapier und Elektrokleingeräten werden von einer Bietergemeinschaft durchgeführt. Diese besteht aus den Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung und SITA Kommunal Service West GmbH.

Das gesammelte Altpapier wird von der REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Südwest, einer Verwertung zugeführt.

Die Sonderabfall-Kleinmengen werden durch die B-F Sonderabfall GmbH & Co. KG eingesammelt.

Die Einsammlung von Elektrogroßgeräten führt das Projekt Job & Work der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. durch. Für die Verwertung der Elektrogeräte ist seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zum 23.03.2006 die Stiftung Elektro-Altgeräte-Recycling (ear) zuständig. Im Jahr 2014 wurde die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte, der Informations- und Telekommunikationsgeräte sowie der Haushaltskleingeräte im Zuge der Eigenvermarktung von der Abholung durch EAR ausgenommen. Diese Geräte werden im Rahmen der Eigenverwertung von der Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungsgesellschaft und der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung zerlegt.

Benutzungsgebühren

Im Geschäftsjahr 2014 wurden die Gebühren für die im Holsystem (Haushalte, Kleingewerbe etc.) eingesammelten und im Bringsystem (Selbstanlieferer) angelieferten Abfälle nach der „Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg“ vom 13. Dezember 2013 erhoben. Seit dem 1. Juli 2006 erfolgt die Erhebung der Gebühren gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 ausschließlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb.

Die Gesamtgebühreneinnahme betrug 17.422 T€. Hiervon entfielen 16.783 T€ auf die Gebühren für Haus- und Geschäftsmüll, 531 T€ auf direkt der Deponie angeordnete Abfälle und 108 T€ auf direkt den beiden Kompostierungsanlagen angeordnete Abfälle. Die Gebühreneinnahme lag damit um 140 T€ über der Einnahme des Jahres 2013 (inkl. 22 T€ Einnahmen aus dem Verkauf von Abfallsäcken) in Höhe von 17.282 T€.

Abfallmengen

Im Jahr 2014 wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb insgesamt 110.846 Mg Abfall überlassen.

Von dieser Menge wurden 63.561 Mg getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt. Die Menge ist gegenüber dem Vorjahr um 130.368 Mg gesunken, da für die laufende Baumaßnahme zur Oberflächenabdeckung des Deponieabschnitts B3 nur noch geringe Mengen an inerten Verwertungsabfällen benötigt wurden. Bei den anderen Wertstofffraktionen sind geringfügige Änderungen gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Im Jahr 2014 wurden 26.649 Mg Bioabfall (plus 2.497 Mg), 13.020 Mg Altpapier (minus 350 Mg), 3.399 Mg Altglas (minus 99 Mg), 3.907 Mg Verkaufsverpackungen (minus 17 Mg) und 1.446 Mg Haushaltsgeräte (minus 105 Mg) gesammelt und verwertet. Weiterhin wurden 1.077 Mg sonstiger Wertstoffe (Altreifen, Schrott, Batterien, Altholz, Kunststoff u. a.) (plus 41 Mg) erfasst und einer Verwertung zugeführt.

Des Weiteren wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb 47.216 Mg an gemischten Abfällen überlassen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Abnahme von 7.273 Mg. Von dieser Menge entfielen 39.946 Mg auf Hausmüll und gewerbliche Restabfälle und 5.571 Mg auf Sperrmüll.

Vom Hausmüll und den gewerblichen Restabfällen wurden 39.459 Mg in der mechanisch-biologischen Stabilatanlage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG behandelt und 5.635 Mg beseitigt; davon 5.502 auf der Kreisabfalldéponie Beselich. Die übrige Menge von 133 Mg Restabfall (Mineralfaser- und Asbestabfälle) wurde in externen Anlagen entsorgt.

Der eingesammelte Sperrmüll wurde in zehn Materialfraktionen sortiert. Anschließend wurden 134 Mg Abfall einer stofflichen Verwertung und 5.437 Mg einer energetischen Verwertung zugeführt.

Über die Sonderabfall-Kleinmengensammlung wurden 81 Mg Schadstoffe erfasst. Von dieser Menge wurden 23 Mg (Batterien, Öle, Fette und Fotochemikalien) einer Verwertung zugeführt.

Personal

Der Stellenplan 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes enthält 29 Stellen. Von diesen Stellen entfallen 6 Stellen auf die allgemeine Verwaltung (einschl. Betriebsleitung), 9 Stellen auf die Gebührenveranlagung, 3 Stellen auf Abfalltechnik, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie 11 Stellen auf den Bau und Betrieb von Abfallbehandlungsanlagen. Von den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen war im Jahr 2014 eine Stelle unbesetzt. Die Vergütung des Personals erfolgt nach dem TVÖD. Im Jahr 2014 betrug der Personalaufwand 1.387 T€, davon 1.072 T€, Gehälter, 315 T€ Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Beiträge zur Zusatzversorgungskasse. Aufwandsmindernd wurde eine Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 32 T€ gebucht.

Für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen wurden im Berichtsjahr 6 T€ verausgabt.

Stand der Bauvorhaben

Im Jahr 2014 wurde der im Jahr 2012 begonnene Bau einer qualifizierten Abdeckung des Deponieabschnittes B 3 und die Errichtung des Entgasungssystems im Depo-

nieabschnitt B 3 abgeschlossen. Diese Baumaßnahme wurde im Rahmen der Deponienachsorge durchgeführt und finanziert. Damit ist die gesetzlich vorgeschriebene Entgasung dieses Deponieabschnitts und der mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard (BQS) umgesetzt.

Als nächste Deponiebaumaßnahme ist der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 vorgesehen, damit dieser, als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt, seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit erhält. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Teilbereich ist als Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie ebenfalls ein Bestandteil der Nachsorge.

Nach Herstellung der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 ist dann die Oberflächenabdeckung der Deponieabschnitte B 1 bis B 2 als weitere Baumaßnahme vorgesehen. Diese Abdeckung soll ebenfalls nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard ausgeführt werden, die eine spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung gewährleistet. Bei dieser Baumaßnahme fällt bei der Profilierung einzelner Böschungsbereiche ein abfallhaltiger Materialüberschuss an. Damit dieser innerhalb der Kreisabfalldeponie sicher umgelagert werden kann, ist zuvor der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 notwendig.

Ausblick und Risikoabschätzung

Gebühren

Die Erhebung der Gebühren erfolgt im Jahr 2015 auf Grundlage der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung) vom 13. Dezember 2013. Diese Gebühren wurden analog zu den durch das Büro Schüllermann und Partner für das Jahr 2007 kalkulierten Gebührensätzen errechnet, wobei die Vorgaben aus dem Beschluss des VGH vom 08.09.2005 berücksichtigt wurden. Für das Jahr 2015 ergaben sich gegenüber dem Vorjahr für viele Gebührensätze unveränderte Werte, so dass die Abfall- und Gebührensatzung vom 13. Dezember 2013 unverändert blieb.

Im Planungszeitraum 2012/2013 wurden einige der geplanten Investitionen nicht umgesetzt und in den aktuellen Planungszeitraum verschoben. Diese Investitionen betreffen im Wesentlichen die Bereiche Gebäude, Betriebsausstattung und PV-Anlagen.

Zur Finanzierung der Investitionen ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit bzw. aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand.

Bei den Erlös- und Aufwandspositionen des Wirtschaftsplans sind für das Jahr 2015 aufgrund bestehender Vertragsregelungen sowie stabiler Einwohnerzahlen und Abfallmengen keine signifikanten Abweichungen zu den Planansätzen zu erwarten. Die Wertstoff Erlöse können dagegen je nach Marktentwicklung stärkeren Schwankungen unterliegen. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 bewegten sich die Preise für Altpapier auf einem etwas niedrigeren Niveau. Die Erlöse für diesen Zeitraum liegen um etwa 77 T€ unter dem anteiligen Planansatz.

Im Dezember 2014 hat die Betriebskommission beschlossen, das Behältermanagement ab dem Jahr 2016 nicht mehr durch das mit der Abfalleinsammlung beauftragte

Unternehmen, sondern durch den AWB durchführen zu lassen. Um die hierfür notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, wurde ein Nachtragswirtschaftsplan eingebracht. In diesem Nachtrag sind für das Wirtschaftsjahr 2015 Gesamterträge in Höhe von 21.139 T€ geplant, denen Aufwendungen von insgesamt 21.777 T€ gegenüberstehen. Somit wird für das Jahr 2015 ein Verlust von 638 T€ erwartet.

Sofern der Kreistag beschließt, den für das Wirtschaftsjahr 2014 ermittelten Verlust in Höhe von 1.283.702,55 € durch Inanspruchnahme der Gebührenausschlagsrücklage abzudecken, beträgt die Gebührenausschlagsrücklage zum 31.12.2014 noch 897.919,99 €. Damit kann der für das Wirtschaftsjahr 2015 geplante Verlust in Höhe von 638 T€ ebenfalls durch die Inanspruchnahme der Gebührenausschlagsrücklage abgedeckt werden. Für das Wirtschaftsjahr 2016 steht aus der Gebührenausschlagsrücklage voraussichtlich nur noch ein geringer Betrag von 260 T€ zur Verfügung. Dieser Betrag reicht nicht aus, um zusammen mit den derzeitigen Gebühren die im Jahr 2016 anfallenden Kosten abdecken zu können.

In welchem Umfang eine Gebührenerhöhung für das Jahr 2016 notwendig ist, wird die im jährlichen Turnus erfolgende Überprüfung der Kalkulation zeigen. Entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 8. Dezember 2006 ist das Ergebnis dieser Überprüfung dem Kreistag bis zum 1. Oktober des Jahres vorzulegen.

Deponienachsorge

Entsprechend einer ingenieurtechnischen Berechnung aus dem Jahr 2010 durch die Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH, 59320 Ennigerloh, ist zum Stichtag 31.12.2020 für einen anschließenden hundertjährigen Stilllegungs- und Nachsorgezeitraum im Hinblick auf Gebührenrecht ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 69.954 T€ erforderlich. Bereits vor dem 31.12.2020 sind in den bereits verfüllten Deponieabschnitten A und B Teile der Oberfläche abzudichten oder abzudecken und Einrichtungen des Entgasungssystems zu errichten. Für diese Maßnahmen entstehen vor dem 31.12.2020 zusätzliche Kosten in Höhe von 8.008 T€, die ebenfalls aus der Nachsorgerückstellung gedeckt werden müssen. Somit muss ein Gesamtbetrag in Höhe von 77.962 T€ für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 erwirtschaftet werden. In dieser Berechnung wird eine jährliche Preissteigerung in Höhe von 1,6% sowie eine Kapitalverzinsung in Höhe von 3,6% berücksichtigt.

Für Baumaßnahmen am Schrägschacht, der Oberflächenabdeckung und Errichtung des Gasfassungssystems wurde bis zum 31. Dezember 2014 ein Betrag in Höhe von 5.349 T€ der Nachsorgerückstellung entnommen. Somit muss für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 noch ein Gesamtbetrag von 72.613 T€ erwirtschaftet werden. Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Deponienachsorge auf einen Betrag von 48.306 T€. Somit besteht eine Differenz zu dem betriebswirtschaftlich notwendigen Gesamtbetrag von 72.613 T€ in Höhe von 24.307 T€. Dieser Betrag soll in den Jahren 2015 bis 2020 durch eine jährliche Zuführung von 4.053,2 T€ erwirtschaftet werden.

Die bereits für die Rückstellung der Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtung für die Kreisabfalldeponie erwirtschafteten Finanzmittel sind zu etwa 79 Prozent als festverzinsliche Anlagen bei Banken, die dem Einlagensicherungsfond des Bundesverbandes deutscher Banken oder dem Sicherheitssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angehören, angelegt worden. Etwa 8 Prozent der Finanzmittel sind Forde-

rungen gegenüber dem Landkreis. Die übrigen 13 Prozent wurden in PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden oder in Gebäude, Fahrzeuge und Maschinen des AWB investiert.

Derzeit erfolgt eine weitere ingenieurtechnische Berechnung zur Überprüfung des erforderlichen Rückstellungsbetrages.

Entwicklung der Rahmenbedingungen bei der Restabfallbehandlung

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen (Ablagerungsverordnung) in Verbindung mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) dürfen ab dem 01.06.2005 keine unvorbehandelten Abfälle mehr deponiert werden. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren erhielt die Herhof-Umwelttechnik GmbH im Jahr 2003 den Zuschlag zur Restabfallvorbehandlung zu einem Netto-Behandlungspreis von 88,84 € je Tonne Abfall. Die Herhof Umwelttechnik GmbH wiederum hat im Einvernehmen mit dem Landkreis den Entsorgungsvertrag auf die Betreibergesellschaft der MBS-Anlage in Rennerod, der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG übertragen. Gesellschafter der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG sind:

- das irische Unternehmen Treasury Holding Germany mit 48 %,
- die Emil Mann GmbH & Co. KG mit 26 % und
- der Westerwaldkreis mit 26 % der Geschäftsanteile.

Das Unternehmen Emil Mann GmbH & Co. KG wurde zum Ende des Jahres 2006 von der UBG Beteiligungs-GmbH, Buseck übernommen.

Die ab dem 01.06.2005 auf dem Entsorgungsmarkt eingetretene Verknappung der Verarbeitungskapazitäten in Verbindung mit steigenden Verarbeitungspreisen für Restabfall hat sich auch auf den Betrieb der MBS-Anlage im Jahr 2006 ausgewirkt. So konnten in der Anlage nicht sämtliche im Landkreis Limburg-Weilburg angefallenen Restabfälle behandelt werden. Der AWB musste deshalb im Jahr 2006 auf der Kreisabfalldeponie Beselich ein Notfallzwischenlager einrichten und bis in das Jahr 2007 hinein Teilmengen von Restabfall zwischenlagern.

Darüber hinaus musste die MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG auch große Teile des erzeugten Outputs zwischenlagern, da die am Markt vorhandenen Verwertungskapazitäten nicht ausreichten und stetig höhere Zuzahlungen für den erzeugten Ersatzbrennstoff verlangt wurden. Die nicht absetzbare Restmenge musste deshalb in Ballen verpackt und auf speziell hierfür errichteten Lagerflächen zwischengelagert werden.

Um die aus den vorgenannten Gründen drohende Insolvenz der Gesellschaft zu vermeiden, haben die anliefernden Landkreise Ahrweiler, Limburg-Weilburg, Werra-Meißner und Westerwald mit Wirkung zum 1. September 2005 einer dauerhaften Erhöhung des Verarbeitungsentgelts auf netto 114,00 € je Tonne Abfall zugestimmt.

Aufgrund der erfolgten wirtschaftlichen Konsolidierung der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG konnte die Gesellschaft in einem ersten Schritt die Verarbeitungsentgelte zum 1. Januar 2013 auf netto 110,00 € je Tonne senken. In einem zweiten Schritt werden die Verarbeitungsentgelte ab dem 1. April 2015 auf netto 86,00 € je Tonne vermindert. Dieses Verarbeitungsentgelt unterliegt in den folgenden Jahren

einer jährlichen Preissteigerung von zwei Prozent. Erstmals erhöht sich der Preis zum 1. April 2016.

Aufgrund der beschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaft in den ersten Vertragsjahren konnte diese die geforderte Vertragserfüllungsbürgschaft zum Vertragsbeginn nicht stellen. Aufgrund der eingetretenen Entspannung auf dem Entsorgungsmarkt für Restabfälle, der durch eine Überkapazität von Entsorgungsanlagen und günstigen Verarbeitungspreisen gekennzeichnet ist und der langfristig gesicherten Verwertung des erzeugten Ersatzbrennstoffs (Trockenstabilat), wurde bislang auf die Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaft verzichtet.

Mit der Gesellschaft wurden Änderungsverträge dahingehend abgeschlossen, dass der Landkreis bei entsprechender Entwicklung des Entsorgungsmarktes jährlich bis zum 30. Juni diese Bürgschaft anfordern kann. Sofern die Bürgschaft nicht angefordert wird, erhält der AWB von der Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich in Höhe der Kosten, die der Gesellschaft für Gestellung der Bürgschaft entstehen.

Restabfallbehandlung

Bei der mechanisch-biologische Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separiert und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert.

Wertstofffassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt seit dem 1. Januar 2015 u. a. die getrennte Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen vor. Als Erfassungssystem für diese Abfälle ist eine so genannte Wertstofftonne im Gespräch. Das hierfür als gesetzliche Grundlage vorgesehene Wertstoffgesetz liegt bisher allerdings noch nicht vor.

Aufgrund des bei der Behandlung des Restabfalls eingesetzten mechanisch-biologischen Verfahrens mit einem hohen Verwertungsanteil sieht der AWB bei Einführung einer Wertstofftonne die Gefahr, dass diese gut funktionierende Restabfallverwertung beeinträchtigt wird. Diese Ansicht wird von weiteren Gebietskörperschaften mit mechanisch-biologischer Abfallbehandlung geteilt. Federführend ist dabei der Landkreis Kassel, der hierzu ein Modellprojekt „graue Wertstofftonne“ gestartet hat. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg hat in seiner Sitzung vom 26. April 2013 zu diesem Thema beschlossen, dass sich der AWB am Modellprojekt „graue Wertstofftonne“ des Landkreises Kassel beteiligen soll.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur getrennten Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen stehen auf dem Wertstoffhof entsprechende Sammelcontainer bereit.

Bioabfallbehandlung

Kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle werden seit Mitte der Neunziger Jahre getrennt erfasst und in zwei Kompostierungsanlagen zu qualitätsgesichertem Kompost verarbeitet. Die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur getrennten Sammlung und Verwertung von Bioabfällen zum 1. Januar 2015 sind erfüllt. Es ist geplant, der Kompostierung eine Vergärungsstufe vorzuschalten und so den Energiegehalt der Bioabfälle nutzbar zu machen. Bis zur Umsetzung einer Vergärungsstufe soll der Kompostierungsbetrieb über das Vertragsende im Herbst 2017 hinaus übergangsweise fortgesetzt werden.

Kreisabfalldeponie

Die Kreisabfalldeponie Beselich erfüllt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, so dass der Weiterbetrieb über das Jahr 2005 grundsätzlich zulässig ist. Da ab dem 1. Juni 2005 nur noch inerte bzw. durch eine Vorbehandlung weitestgehend inertisierte Abfälle abgelagert werden dürfen, ist die abgelagerte Abfallmenge seitdem deutlich zurückgegangen. Eine Akquisition zusätzlicher deponiefähiger Abfälle auf Grundlage der für die Ablagerung in der Abfall- und Gebührensatzung ausgewiesenen Gebühr ist praktisch ausgeschlossen, da der Marktpreis dieser Abfälle deutlich unter der errechneten Entsorgungsgebühr in Höhe von 184 € je Tonne liegt.

Bis auf eine Restfläche von etwa 0,95 ha ist der Deponieabschnitt B3 mit einer kombinierten Basisabdichtung ausgebaut. Diese Restfläche soll ebenfalls mit einer kombinierten Basisabdichtung versehen werden. Damit erhält dieser als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Abschnitt ist eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit ein Bestandteil der Nachsorge.

Die der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde hierzu vorgelegte Anzeige zum vorgesehenen Ausbau des letzten Teilabschnittes wurde von dieser nicht akzeptiert, obwohl in der Vergangenheit der Ausbau sämtlicher Teilabschnitte des 1995 genehmigten Deponieabschnitts B3 vor Baubeginn der Behörde in dieser Weise angezeigt wurden. Vielmehr hält die Behörde aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen für den Ausbau dieses letzten Teilabschnitts eine erneute Genehmigung für erforderlich. Die Argumentation der Behörde wird derzeit geprüft und das weitere Vorgehen festgelegt. Aufgrund dieser Verzögerung ist eine Bauausführung auch im Jahr 2015 nicht mehr möglich.

Das anfallende Deponiesickerwasser wird in der im Jahr 2008 modernisierten zweistufigen Sickerwasserreinigungsanlage behandelt. Das anschließend an den Abwasserverband Christianshütte abgegebene behandelte Sickerwasser hält die vorgegebenen Grenzwerte sicher ein.

Das in den Deponiekörpern entstehende Deponiegas wird über ein Erfassungssystem gesammelt und in einem Gasmotor zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Mit dem Betrieb dieses Motors im Rahmen eines Betreibermodells wurde im Jahr 2008 das Unternehmen Pro2 Anlagentechnik GmbH beauftragt. Die für den Betrieb des Motors notwendige Gasanalyse, Verdichterstation und Gasfackel befinden sich im Eigentum des AWB und werden vertragsgemäß vom Unternehmen mitgenutzt. Die genannten Aggregate sind mindestens seit dem Jahr 1998 im Einsatz und wer-

den zunehmend reparaturanfällig. Zudem ist absehbar, dass die vorhandene Anlage die Emissionsgrenzwerte nicht mehr einhalten wird.

Im Juni 2014 hat die Betriebskommission beschlossen, den Vertrag mit dem Betreiberunternehmen zum 31. Mai 2015 zu kündigen und einen neuen Motor mit Gasanalyse, Verdichter und Gasreinigung anzuschaffen und die Gasverwertung zukünftig in Eigenregie durchzuführen. Die vorhandene Hochtemperaturfackel kann zur Sicherstellung, dass bei Ausfall des Gasmotors kein Deponiegas in die Atmosphäre entweicht, weiterhin genutzt werden. Mit der Neuanschaffung des Motors und der Übernahme des Betriebs durch den AWB soll auch bei der abzusehenden rückläufigen Deponiegasentwicklung ein wirtschaftlicher Motoreinsatz bei ordnungsgemäßer Entgasung der Deponie ermöglicht werden.

Die Genehmigungsbehörde lehnt ein einfaches Anzeigeverfahren auf Basis der vorhandenen immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach zur Aufstellung eines neuen, kleineren und emissionsärmeren Motors ab. Aus Sicht der Behörde stellt die für den neuen Motor notwendige Gasreinigung eine wesentliche Änderung zur bestehenden Genehmigung dar, so dass ein neues Genehmigungsverfahren erforderlich wird. Die entsprechenden Genehmigungsunterlagen wurden der Behörde im April 2015 vorgelegt.

Das Betreiberunternehmen pro2 Anlagentechnik GmbH hat zum 23. Dezember 2014 einen vorläufigen Insolvenzantrag gestellt. Der AWB hat eine Forderung in Höhe von ca. 38 T€ angemeldet. Gemäß dem mit der pro2 Anlagentechnik GmbH geschlossenen Vertrag geht die Gasverwertungsanlage in Höhe der Forderung in das Eigentum des AWB über. Im Insolvenzverfahren konnte erreicht werden, dass das neu gegründete Unternehmen pro2 Anlagenservice GmbH die Geschäfte der pro2 Anlagentechnik GmbH ab dem 1. März 2015 weiterführt.

Mit der Pro2 Anlagenservice GmbH wurde vereinbart, den alten Gasmotor bis zur Aufstellung des neuen Motors weiter zu betreiben. Die Vergütung an den AWB für den erzeugten Strom wurde zum 1. März 2015 um einen Eurocent je Kilowattstunde erhöht.

Gebäude und Einrichtung

Die von der Abfallwirtschaft genutzten Gebäude und Einrichtungen sind teilweise mehr als 20 Jahre alt und entsprechen nicht mehr vollständig den aktuellen Anforderungen. Aus diesem Grund musste bereits die gesamte Hauptverteilung des elektrischen Stroms erneuert werden. Für die Unterbringung der Server wurde ein, den modernen Anforderungen an Datenschutz, Funktionssicherheit und Brandschutz entsprechender Serverschrank angeschafft. Für die Mitarbeiter/innen im Außenbereich wurde in den Räumlichkeiten der ehemaligen Sortieranlage ein Schwarz-Weiß-Bereich eingerichtet.

Für die Bereiche Verwaltung, Gebührenveranlagung und Waage wird ein Raumkonzept erarbeitet. Dieses Konzept soll mittelfristig den Raumbedarf für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Abteilungen ermitteln und mögliche Varianten der Umsetzung und der zu erwartenden Kosten gegenüberstellen.

Das ehemalige Kraftwerksgebäude soll zukünftig von den Kreisgärtnern genutzt werden. Der hierzu notwendige Umbau wird von der Kreisverwaltung veranlasst, die derzeit hierfür ein Bauantrag erstellt.

Standortgemeinde Beselich

Nach ergebnislosen Versuchen des Landkreises, mit der Gemeinde Beselich über eine Absenkung der im Vertrag über die Nutzung der Kreisabfalldeponie festgesetzten Pacht- und Ausgleichszahlungen zu verhandeln, hat der Kreistag am 27. April 2012 die Einleitung des vertraglich vorgesehenen Schiedsverfahren beschlossen. Schlichter ist der Landgerichtspräsident des Landgerichts Limburg. Dieser hat den Vertragsparteien im Juni 2014 einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Eine Entscheidung zu diesem Vorschlag wurde seitens des Landkreises noch nicht getroffen.

Im Bebauungsplan der Gemeinde Beselich für den Ausbau der Bundesstraße 49 wurden auch betriebseigene Flächen des AWB im Nahbereich der Deponie als abfallwirtschaftliche Sondernutzungsflächen ausgewiesen. Bezüglich einer rechtskräftigen Festsetzung dieser Flächen steht der Bebauungsplan unter dem Vorbehalt, dass mit der Standortgemeinde ein städtebaulicher Vertrag hinsichtlich der Erschließung dieser Grundstücke abgeschlossen wird. Der Entwurf eines solchen Vertrages liegt der Gemeinde seit dem Jahr 2011 vor. Die Ausweisung der betreffenden Flächen als abfallwirtschaftliche Sondernutzungsflächen durch die Gemeinde ist bisher nicht erfolgt.

2.2 Abwasserverband Christianshütte

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Rechtsform:	Verband	
Mitglieder:	Landkreis Limburg-Weilburg Gemeinde Beselich	54% 46%
Gründungsjahr:	1984	
Gesell.-vertrag:	20. April 2010	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgrund der Abwasserbeseitigungspflicht im Sinne des § 45b HWG hat der Verband die Aufgabe, das bei der Kreismülldeponie in Beselich-Obertiefenbach und der geschlossenen Mülldeponie in Beselich-Niedertiefenbach (Beselicher Kopf) sowie im Ortsteil Schupbach der Gemeinde Beselich anfallende Abwasser abzuführen und zu behandeln.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Verband hat die Aufgabe, die Abwässer der Kreisabfalldeponie Beselich und die häuslichen Abwässer der Gemeinde Beselich zu reinigen und anschließend einem Vorfluter zuzuführen. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Verbesserung der Umwelt durch Reinigung von Abwasser.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Stefan Lorber	
Verbandsvorstand:	Manfred Michel, Landrat Kai Müller, Bürgermeister Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter Dieter Ludwig, Erster Gemeindebeigeordneter	Verbandsvorsteher stellv. Verbandsvorsteher
Verbandsversammlung:	Rüdiger Brühl Regina Heep Hans-Peter Maxeiner Ulrich Ahlbach	(für den Kreis) (für den Kreis) (für die Gemeinde Beselich) (für die Gemeinde Beselich)

Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro. Der Verbandsingenieur bezog eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro. Für die Teilnahme an Sitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 159,80 Euro erstattet.

Unternehmensdaten

Gesamtergebnisplan	Ansatz 2014 in €	Ansatz 2013 in €	Ergebnis 2012 in €
Summe der ordentlichen Erträge	503.000,00	488.000,00	440.000,00
Summe der ordentlichen Aufwendungen	463.950,00	309.950,00	131.288,49
Verwaltungsergebnis	139.050,00	178.050,00	308.711,51
Finanzergebnis	-100.000,00	-104.000,00	-100.735,03
Ordentliches Ergebnis	39.050,00	74.050,00	207.976,48
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	39.050,00	74.050,00	207.976,48

2.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Homepage:	www.landkreis-limburg-weilburg.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	1.000.000 Euro	
Gründungsjahr:	1. Januar 2008	
Betriebssatzung:	letzte Fassung vom 8. Mai 2009	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft übernimmt seit dem 1. Januar 2008 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Bewirtschaftung und Unterhaltung von kreiseigenen sowie dem Landkreis Limburg-Weilburg zur Nutzung überlassenen Liegenschaften (Gebäuden sowie Grund und Boden), mit Ausnahme der Kreisstraßen, der öffentlichen Wege und Plätze sowie der wald- und fortwirtschaftlichen Flächen.

Der Betriebszweck beinhaltet die Liegenschafts- und Gebäudeverwaltung, den Kauf, die Anmietung und die Vermietung von Immobilien. Hinzu kommen die Planung und Errichtung, der Neubau, Um- und Ausbauten, Instandhaltung, Wartung, Modernisierung und Sanierung bis hin zur Verwertung der Immobilien und der technischen Anlagen. Mit der Gründung des Eigenbetriebs, die auf die Initiative von Landrat Manfred Michel zurückgeht, wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um das erklärte Ziel des Landrats, die nachhaltige und grundsätzliche Sanierung sowie die Verbesserung der schulischen Infrastruktur zu erreichen. Durch die neue Organisationsform können die umfangreichen und vielfältigen Aufgaben des Schulträgers zeitnaher und kostengünstiger erledigt werden. Darüber hinaus bietet der Eigenbetrieb die Möglichkeit, bei der Durchführung der Bau- und Sanierungsmaßnahmen in besonderem Maße aber im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen die heimischen mittelständigen Unternehmen zu beteiligen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Albrecht Heckelman Michael Lohr	Technischer Betriebsleiter Kaufmännischer Betriebsleiter
Betriebskommission	Manfred Michel, Landrat Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender stv. Vorsitzender
Mitglieder	Jutta Lippe Heinz Valentin Ingrid Friedrich Joachim Veyhelmann Dr. Frank Schmidt Wolfgang Lippe Valentin Bleul Manfred Weyl	Ruprecht Keller Peter Trottmann Willi Hamm Karl Nießler Wolfgang Erk Michael Uhl Jürgen Dumeier Alexander Hannes

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 und der Lagebericht 2014 der Betriebsleitung enthalten folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf des Eigenbetriebes:

Das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Limburg-Weilburg schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von 1.650.189,20 Euro (Vorjahr Jahresverlust 1.713.142,67 Euro) ab.

Vorrangiges Ziel ist nach aktuellem Planungsstand, alle Schulen des Landkreises Limburg-Weilburg in einen den heutigen Anforderungen an Energieverbrauch, Haustechnik und pädagogische Erfordernisse entsprechenden Zustand zu bringen.

Vorgesehen sind insbesondere Ausstattung der Gebäude mit Wärmedämmverbundsystemen, neuen Fensterelementen, Erneuerung von Heiztechnik, Erneuerung von Elektrik und Beleuchtung, Anpassung der naturwissenschaftlichen Fachräume an heutige Erfordernisse, Umgestaltungen von Schulhöfen usw.

An Bedeutung gewinnt ebenfalls die ganztägige Betreuung der Schülerinnen und Schüler, daher wird die Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Küchen, Speiseräumen bzw. Mensen und Sportanlagen für Bewegungsaktivitäten erforderlich.

Zukünftige Entwicklung und Risiken

Durch die hohen Investitionssummen in den vergangenen Jahren konnte ein Sanierungsstau an Schulen und Sporthallen zügig abgebaut werden. In den nächsten Jahren werden sich das Investitionsvolumen und die Kapitalaufnahmen deutlich reduzieren.

Über die im Jahresabschluss 2014 bereits berücksichtigte Vorsorge in Form von Rückstellungen hinaus bestehen keine weiteren finanziellen Risiken.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte	0,00	4.933,54
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	144.262.715,59	128.552.580,66
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.601.041,76	7.842.754,58
Geleistet Anzahlungen und Anlagen im Bau	42.468.690,79	46.460.146,65
Sonstige Ausleihungen	137.350.176,36	139.568.194,55
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	90.650,00	90.650,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	227.580,46	483.122,43
Sonstige Vermögensgegenstände	52.944,41	114.616,62
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	927.802,25	767.957,99
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.686.628,44	2.723.438,08
SUMME AKTIVA	335.668.230,06	326.608.395,10
Passiva		
	2014 in €	2013 in €
A. Eigenkapital		
Stammkapital	1.000.000,00	1.000.000,00
Allgemeine Rücklage	115.949.437,86	113.789.733,63
Jahresverlust	-3.363.331,87	-3.188.119,11
B. Sonderposten		
Sonderposten für Zuweisungen	71.533.747,99	70.301.262,91
C. Rückstellungen		
Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpfl.	1.564.923,00	1.426.507,00
Sonstige Rückstellungen	769.462,69	649.640,97
D. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	145.374.320,09	124.132.417,25
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.012.679,49	2.323.423,82
Verbindlichkeiten ggü. dem Landkreis	662.047,14	4.147.231,06
Sonstige Verbindlichkeiten	118.276,19	11.926.296,96
E. Rechnungsabgrenzungsposten	86.667,48	100.000,61
SUMME PASSIVA	335.668.230,06	326.608.935,10

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	18.820.071,41	16.537.208,96
- Materialaufwand	-4.719.337,33	-5.215.602,17
- Personalaufwand	-1.660.948,23	-1.555.763,60
- Abschreibungen	-3.722.698,89	-3.261.400,42
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.901.159,40	-11.542.252,95
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.589.176,55	5.665.758,70
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.054.390,97	-3.915.616,00
- Sonstige Steuern	902,34	857,75
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>-1.650.189,20</u>	<u>-1.713.142,67</u>

2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH



Unternehmensportrait

Adresse: Im Schlenkert 14, 65549 Limburg

Homepage: www.gab-limburg.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg Weilburg	22.550 Euro	87,22 %
	Jugend- und Drogenberatung LM e.V.	550 Euro	2,13 %
	Komitee für Nothilfe	550 Euro	2,13 %
	Lebenshilfe Limburg e.V.	550 Euro	2,13 %
	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband LM-WEL	550 Euro	2,13 %
	Diakonieverein LM-Umgebung e.V.	550 Euro	2,13 %
	Lebenshilfe Wetzlar/Weilburg e.V.	550 Euro	2,13 %

Stammkapital: 25.850 Euro

Gründungsjahr: 1994

Gesell.-vertrag: vom 19. Dezember 2004, zul. geändert am 24. Oktober 2011

Beteiligungen:	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Limburg	100 %
	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderung GmbH	25 %
	Mittelhessischer Bildungsverein e.V. (Mitglied)	
	Paritätischen Wohlfahrtverband (Mitglied)	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist sowohl die Beschäftigung als auch eine allgemeine und berufsbezogene Bildung sowie die Wohlfahrtspflege i.S.d. § 66 Abgabenordnung für den vorstehend aufgeführten Personenkreis mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die diesem die Sicherung seiner Existenz aus eigener Kraft, d. h., unabhängig von Sozialhilfeleistungen, ermöglicht.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die qualifizierte Beschäftigung und die berufliche sowie persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen und erwerbslosen Jugendlichen und Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, ehemaligen Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen, geistig, seelisch und körperlich bzw. mehrfach Behinderten und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z. B. Obdachlose, Alkohol- und andere Drogenabhängige etc.) mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Weiter ist die Gesellschaft berechtigt, artverwandte Tätigkeiten auszuüben, die geeignet sind, den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu fördern. Insofern kann sie auch weitere Projekte errichten oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Stephan H. Zimmermann

Aufsichtsrat: Manfred Michel, Landrat
Marianne Zimmermann
Michael Lohr
Dr. Manfred Birko
Karl Nießler

Vorsitzender
stellv. Vorsitzende

**Gesellschafter-
versammlung:** Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg
Dr. Heinrich Richard, Komitee für Nothilfe e. V.
Oswald Schneider, Jugend- und Drogenberatung e.V.
Reinhard Skodda, Diakonie Limburg gGmbH
Albrecht Fritz, Lebenshilfe geistig Behinderte e.V.
Berthold Ehling / Heidrun Schneider, Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.
Berthold Weikert, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Limburg-Weilburg

Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	9,53	9,53	11,04
Sachanlagen	6.275.709,55	5.155.228,65	5.415.030,74
Finanzanlagen - Beteiligungen	12.783,00	12.783,00	12.783,00
- Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	63.000,00	75.000,00	0,00
Vorräte	45.348,60	33.587,69	33.587,69
Forderungen	827.649,18	540.795,89	475.823,89
Kassenbestand	393.903,56	1.472.520,11	2.200.891,35
Rechnungsabgrenzungsposten	1.395,53	1.395,53	5.753,65
SUMME AKTIVA	7.619.798,95	7.291.329,93	8.143.882,40
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital	25.850,00	25.850,00	25.850,00
Andere Gewinnrücklagen	5.264.788,67	5.264.788,67	5.264.788,67
Verlustvortrag	2.022.775,17	1.235.499,81	439.870,85
Jahresfehlbetrag	554.390,07	789.753,16	795.628,96
Eigenkapital	2.713.473,43	3.265.385,70	4.055.138,86
Sonderposten für zweckgebundene Mittel	17.126,92	20.478,28	23.925,24
Rückstellungen	490.476,55	580.060,00	363.810,00
Verbindlichkeiten	4.383.597,05	3.408.780,95	3.650.083,30
Rechnungsabgrenzungsposten	15.125,00	16.625,00	18.125,00
SUMME PASSIVA	7.619.798,95	7.291.329,93	8.143.882,40

Gewinn und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
+ Umsatzerlöse	3.764.946,08	3.928.877,55	4.410.692,74
+ andere aktivierte Eigenleistungen	7.100,00	0,00	0,00
+ sonstige betriebliche Erträge	618.030,06	492.281,13	532.955,62
+ Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.351,36	4.886,96	5.866,76
	4.393.427,50	4.426.045,64	4.949.515,12
Materialaufwand:			
- Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	285.598,25	186.764,13	304.651,45
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	71.183,74	196.614,03	243.799,19
- Personalaufwand	3.759.988,10	3.959.523,82	4.150.937,74
- Abschreibungen	213.402,59	567.952,48	664.993,12
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.029,11	27.394,61	21.189,24
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	59.177,72	104.309,23	146.556,98
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-550.807,58	-786.911,44	-790.738,57
- sonstige Steuern	3.582,49	2.841,72	4.890,39
Jahresfehlbetrag	554.390,07	-789.753,16	-795.628,96

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2014 war für die GAB geprägt durch die im Vorjahr eingeleitete Anpassung an die für kommunale Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaften herausfordernde wirtschaftliche Gesamtentwicklung. Trotz der gesamtwirtschaftlich positiven Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes muss konstatiert werden, dass weiterhin schwache Mitglieder der Gesellschaft Unterstützung bei der Aufnahme von Ausbildung und Beschäftigung brauchen. Auch die Unternehmen stellen fest, dass schwache Auszubildende und Beschäftigte eine besondere Herausforderung darstellen und im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung vermehrt investiert werden muss. Entsprechend ihres Auftrages und ihres Selbstverständnisses sieht die GAB hier weiterhin in Unterstützung und Abstimmung mit dem Landkreis ihre besondere Kompetenz und ihren Tätigkeitsschwerpunkt. Zur Finanzierung dieser Aufgaben hat der Landkreis der GAB in 2014 wieder einen Kofinanzierungszuschuss (T€500) gewährt.

So konnte die Ausbildung, Ausbildungsvorbereitung und Qualifizierung in 2014 durch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit stabilisiert werden. Im Jahresdurchschnitt konnten 32 Ausbildungsplätze (Vorjahr 32) angeboten und besetzt werden. Insgesamt zeigt die Entwicklung am Arbeitsmarkt, dass die Unternehmen in Folge der bereits spürbar einsetzenden demografischen Entwicklung zunehmend auf schwächere Auszubildende zurückgreifen. Trotzdem verbleibt im Landkreis ein Personenkreis an jungen Leuten, die in Folge vielfältiger persönlicher Probleme keinen Ausbildungsplatz finden können. Hier greifen die Angebote der GAB, wie die Schuldnerberatung und die sozialpädagogische Betreuung, um auch diese Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die beiden Berufsvorbereitungsmaßnahmen (BVB) der Bundesagentur für Arbeit und die zertifizierten Um- und Weiterbildungsmaßnahmen die durch die GAB angeboten werden, haben in 2014 einen Umsatz von T€ 442,4 (Vorjahr 472,8) erwirtschaftet. Durch die Einbeziehung der Ausbilder und Anleiter in diese Maßnahme wurde erreicht, dass die hier vorhandenen personellen Kompetenzen ausgelastet und gesichert werden können.

Eine wesentliche Veränderung in 2014 war der Einstieg der GAB in die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung. In diesem Geschäftsbereich wird die GAB in Zukunft einen Großteil ihrer Leistungen erbringen. Um dies rechtlich und steuerlich abzusichern wurde in 2014 und 2015 die Satzung der GAB um diese Aufgabe ergänzt und es wurden die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen zur vergabe- und steuerrechtlichen Anerkennung dieser Tätigkeiten für den Landkreis getroffen.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich bei Investitionen von T€ 1.333,9 und Abschreibungen von T€ 213,4 sowie Abgängen/Tilgung von T€ 12,0 um T€ 1.108,5 erhöht. Mit der Aufnahme der Tätigkeit im Bereich der Flüchtlingsunterbringung wurden in 2014 Kaufverträge für 4 Wohnhäuser (Investition T€ 1.262,6) abgeschlossen. Von diesen wurde 1 Objekt in Limburg fertig aktiviert (T€ 499,4) und im September 2014 in Betrieb genommen. Für die weiteren 3 Objekte wurden erste Zahlungen geleistet und unter Anlagen im Bau (T€ 763,2) aktiviert.

Der Buchwert des gesamten Geländes und der Gebäude im Standort „Im Schlenkert“ beläuft sich zum 31.12.2014 auf T€ 4.849,9 und beträgt damit 63,6% des Anlagevermögens. Das Anlagevermögen ist durch das Darlehen und Eigenkapitalmittel zu 100% langfristig finanziert.

Die übrigen Investitionen in Höhe von T€ 71,3 betreffen hauptsächlich Betriebs- und Geschäftsausstattung für die Flüchtlingsunterkünfte, Verwaltung und den Bildungsträger. Außerdem wurden 2 PKW für die Projekte und ein Kommunaltraktor für das Gebäudemanagement (insgesamt T€ 25,5) gebraucht erworben. Das unter „Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ ausgewiesene Darlehen an die Beteiligungsgesellschaft Profil GmbH wurde mit T€ 12 planmäßig getilgt.

Vom Umlaufvermögen entfallen T€ 706,9 auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und weitere T€ 103,0 auf Forderungen an die Beteiligungsgesellschaft Profil GmbH. Zur Risikovorsorge wurden von den Forderungen T€ 42,7 neu einzelwertberichtigt. Von den Forderungen waren bei Bilanzprüfung noch T€ 202,7 offen. Davon entfallen 37,2 auf Forderungen die einem Rechtsstreit unterliegen und T€ 79,7 die bereits einzelwertberichtigt sind. Die Erhöhung der Forderungen gegenüber dem Vorjahr ist durch die wertberichtigten Forderungen und eine Forderung aus der Abrechnung des Xenos-Programms bedingt. Diese Forderung über T€ 110 war zur Bilanzprüfung beglichen.

Die liquiden Mittel (Kasse, Giro- und Festgeldguthaben) haben sich durch den Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit und die Darlehenstilgungen um T€ 1.078,6 vermindert.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 2014 35,8% (Vorjahr 45,1%) der Bilanzsumme. Durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 554,4 hat sich das Eigenkapital entsprechend vermindert. Die prozentuale Abnahme ist auch durch die Steigerung der Bilanzsumme bedingt. Diese ist insbesondere Folge der Investitionen für die Flüchtlingsunterbringung und die hierfür erfolgte Fremdfinanzierung. Der Son-

derposten für zweckgebundene Mittel wurde erfolgswirksam mit T€ 3,4 aufgelöst.

Unter den sonstigen Rückstellungen wurden der Verpflichtung zur Beteiligung an in der Vergangenheit angefallenen Gebäudesanierungskosten Mittel in Höhe von T€ 80,6 ausgewiesen. Da der zu Grunde liegende Mietvertrag in 2015 verlängert wurde, konnte hier eine erfolgswirksame Auflösung in Höhe von T€ 136,7 erfolgen. Für Arbeitsrechtstreite wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 211,9 neu gebildet. Die Verfahren wurden durch Vergleiche 2015 endgültig beigelegt.

Die Darlehensverbindlichkeiten wurden mit, T€ 173,8 planmäßig getilgt. Neue Darlehen wurden zur Finanzierung der Investitionen in 4 Gebäude in Höhe von T€ 1.109,7 aufgenommen. Das bestehende Darlehen in Höhe von T€ 3.079,3 zum Bilanzstichtag dient der Finanzierung der Investition Standort „Im Schlenkert“.

Die liquiden Mittel haben sich durch den negativen Cash-flow in 2014 um T€ 1.078,6 auf T€ 393,9 vermindert. Nach Abzug des kurzfristigen Fremdkapitals und zuzüglich der kurzfristigen Aktiva verbleibt eine liquide Überdeckung (Liquidität III) in Höhe von T€ 577,1 oder 7,6% der Bilanzsumme. Das langfristige Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert.

Ertragslage

Von den Erlösen entfallen 48,8% auf die Zuschüsse und Kostenerstattungen für die durchgeführten Maßnahmen und Projekte. Die Ausbildungsplatzförderung war mit T€ 511,9 gegenüber T€ 696,7 nochmals rückläufig. Leicht gestiegen sind die Erlöse für die Qualifizierung und Umschulung. Für die Kofinanzierung der Projekte hat der Landkreis in 2014 einen Zuschuss in Höhe von T€ 555,1 gezahlt.

Die Drittumsätze aus den Projekten, insbesondere Gebäudereinigung, Elektrowerkstatt, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt liegen damit bei 36,8% der Erlöse. Sie sind durch den Wegfall des Projektes Entsorgungszentrum (minus T€ 277,2) rückläufig. Neu in 2014 hinzugekommen sind die Erlöse aus der Flüchtlingsunterbringung. Für die Unterbringung und Betreuung wurden hier T€ 79,2 Erlöse erzielt. Das erste Objekt mit 30 Unterbringungsplätzen wurde im September 2014 in Betrieb genommen.

Von den anderen Erträgen entfallen ca. T€ 431,0 auf Erlöse aus der Vermietung von Objekten am Standort „Im Schlenkert“. Die Erhöhung um T€ 65 gegenüber 2013 ist durch die ganzjährige Vermietung der Hallen des Entsorgungszentrums an die Profil GmbH begründet.

Durch die Einstellung des Betriebs des Entsorgungszentrums zum 30.06.2013 haben sich die Materialaufwendungen nochmals um T€ 70,7 vermindert. Nachfragebedingt war der Warenbezug auf Bedarfsscheine und die Flüchtlingsunterbringung um T€ 53,8 höher als im Vorjahr.

Die Personalaufwendungen betragen in 2014 85,5% der Erträge. Die Verminderung gegenüber dem Vorjahr ist durch die geringere Anzahl an Sozialpädagogischen Mitarbeitern und durch den ganzjährigen Wegfall der Teilnehmerarbeitsplätze im Entsorgungszentrum zum 30.06.2013 bedingt.

Von den sonstigen Aufwendungen entfallen T€ 64 auf Kfz-Kosten, T€ 52 auf Betriebsbedarf der Werkstätten und T€ 41 auf die Datenverarbeitung. In 2014 wurde die Umstellung der EDV von Windows XP abgeschlossen und in diesem Zuge wo möglich auf die Nutzung von Thin Clients umgestellt. Dies bedingt den relativ hohen Aufwand.

Einmalige und periodenfremde Aufwendungen sind mit T€ 283,6, davon T€ 212 Anpassung der Rückstellungen der Arbeitsrechtstreite und T€ 42,7 Wertberichtigungen auf Forderungen sowie T€ 28,9 periodenfremd in das Jahresergebnis eingegangen. Ergebnisverbessernd wirkten T€ 136,9 aus der Auflösung einer Rückstellung infolge der Verlängerung des betreffenden Mietvertrages und T€ 6,4 an periodenfremden Erträgen. Per Saldo ist der Jahresverlust in Höhe von 554,4 mit T€ 140,3 an einmaligen und periodenfremden Positionen negativ beeinflusst.

Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Wie bereits im Vorjahr, hat durch die positive wirtschaftliche Entwicklung der Druck auf die Arbeitsmarktpolitik in Hinblick auf Langzeitarbeitslose und unversorgte Ausbildungssuchende spürbar nachgelassen. Die tägliche Arbeit zeigt jedoch, dass auch bei der derzeit guten Beschäftigungslage für den Personenkreis mit gravierenden persönlichen Vermittlungshemmnissen unverändert erhebliche Probleme am ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt bestehen. Diese Zielgruppe der Arbeit der GAB ist also unverändert vorhanden und teilweise unversorgt. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch auch, dass die Politik dieses fortbestehende Problem erkannt hat und versucht, aus der Instrumentenreform heraus neue Maßnahmen zur Hilfe zu entwickeln.

Gerade im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit derzeit nachlassenden Wachstumsraten und einer stagnierenden Beschäftigung ist zu erwarten, dass der Bedarf für einen zweiten Arbeitsmarkt unverändert besteht und wieder anwachsen kann. Die GAB hat auf diese Entwicklungen in 2012 und 2013 reagiert und durch die Ausrichtung auf Projektarbeit und weitere Maßnahmen im Bereich des Bildungsträgers für die Zukunft vorgesorgt. Dies mit der Zielsetzung die fachliche und personelle Kompetenz bei der GAB für die Zukunft zu sichern und die in der Vergangenheit erarbeitenden Strukturen zu erhalten und anzupassen.

Möglich wurde diese auch durch die Zusammenarbeit mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren im Landkreis, insbesondere der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK und den Kammern, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der Kreisverwaltung. Auch auf überregionaler Ebene ist die Zusammenarbeit eine Voraussetzung für die zukünftige erfolgreiche Arbeit der GAB. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem Mittelhessischen Bildungsverband e. V., dem Verein Mitte Hessen e. V. und auch im Paritätischen Wohlfahrtsverband zu nennen.

Die GAB ist erfolgreich nach AZWV und AZAV zertifiziert als Träger für Bildungsmaßnahmen. Dies bildet die Grundlage in allen Bereichen Bildungsmaßnahmen anbieten zu können. Genannt seien aber hier die bis Ende 2014 laufenden Projekte Qualifizierungsoffensive und Xenos. Diese konnten in 2015 durch einige mehrijährige Landes-, Bundes und ESF-Projekte wie Bildungscoach und NIA ersetzt werden. Außerdem wurde im Bereich der Flüchtlingsarbeit ein durch das Hessische Ministerium

für Soziales und Integration gefördertes Gemeinschaftsprojekt, „Chance Arbeitsmarkt“, mit dem Lahn-Dill-Kreis aufgelegt. Hier erfolgt eine Kompetenz- und Potentialfeststellung der in den Landkreisen untergebrachten Flüchtlinge mit dem Ziel, diese in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese durch Landes- und ESF-Mittel mitfinanzierten Maßnahmen tragen zur positiven Auswirkung und zur Vernetzung im Landkreis bei.

Ein wesentliches zukünftiges Standbein der GAB wird die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung im Landkreis sein. Begonnen wurde dies mit dem Erwerb erster Unterbringungsobjekte in 2014. Bis zum September 2015 stellt die GAB bereits 250 Unterbringungsplätze und betreut ca. 550 Flüchtlinge. Hierfür und für die Übernahme weiterer Dienstleistungen für den Landkreis wurden in 2014 und 2015 die rechtlichen und steuerlichen Grundlagen geschaffen. Langfristig soll die GAB den Grundstock an Flüchtlingsunterkünften im Landkreis stellen. In der Vergangenheit war dies eine Größenordnung von 800 Plätzen. Auf Grund der Entwicklung der letzten Monate (September und Oktober 2015) hat sich diese Zahl jedoch stark erhöht. Die Geschäftsleitung der GAB wird hier in Zusammenwirken mit dem Landkreis auf eine wirtschaftlich sinnvolle und langfristig tragbare Unterkunftszahl achten.

Hierdurch und durch die positive Arbeit in den Projekten der Gebäudereinigung, Elektrowerkstatt, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt ist die GAB breit aufgestellt. Außerdem können die Ausbildungswerkstätten durch erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse aufwarten. Insgesamt konnte die GAB die schwierigen Jahre 2010 bis 2014 bisher erfolgreich meistern. Sie bleibt jedoch auf die Unterstützung des Landkreises angewiesen, um auf diesem Weg weiterzugehen und die Kompetenzen und Strukturen für die Ausbildung und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Chancen und Risiken der betrieblichen Tätigkeit in hohem Maße von den gesetzlichen Rahmenvorgaben für den Arbeitsmarkt abhängen. Diese unterliegen, auch durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt, einem mehr oder minder deutlichen Wandel.

Weitere Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

2.5 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse:	Wolfratshausener Straße 49, 82049 Pullach		
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft (KG)		
Gesellschafts- verhältnisse:	Komplementärin: IGUMENITSA GmbH		
	Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg		100 %
Stammkapital:	25.000 Euro		
Gründungsjahr:	Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 12. November 1998 unter der Firma „IGUMENISTA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. VermietungsKG in München errichtet.“ Durch Gesellschafterbeschluss vom 13. Dezember 2005 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG		
Gesell.-vertrag:	14. Dezember 2005		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenes Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte, sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin:	IGUMENISTA Verwaltungsgesellschaft mbH (AG München HRB 122936) vertreten durch ihre Geschäftsführer Michael Ruhl, München ab 1. April 2014 Klaus Steixner, Rottach-Egern Michael Stüber, Gauting-Stockdorf bis 17. Februar 2014
--	---

Bezüge

Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2006 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Ausstehende Einlagen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)	73.821.116,66	75.695.523,77	77.569.930,88
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.959.395,08	0,00	739,57
Kassenbestand/Guthaben bei KI	125.943,64	156.078,86	121.331,99
SUMME AKTIVA	76.906.455,38	75.851.602,63	77.692.002,44,56
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Kommanditkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters			
Pflichteinlage	17.006.927,00	17.006.927,00	17.006.927,00
Gesellschafterverrechnungskonto	-162.876,83	93.095,37	310.629,87
Verlustvortragskonto	-5.364.248,57	-5.566.509,44	-5.567.166,44
Rückstellungen	2.951.431,58	5.172,50	5.172,50
Verbindlichkeiten gg. KI, Gesellschafter, sonstige	62.475.222,20	64.312.917,20	65.936.439,51
SUMME PASSIVA	76.906.455,38	75.851.602,63	77.692.002,44

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Umsatzerlöse	7.731.565,16	4.617.302,64	4.476.179,69
- Materialaufwand	91.751,93	60.453,98	52.054,62
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.874.407,11	1.874.407,11	1.874.407,11
- sonstige betriebliche Aufwendungen	44.837,06	43.877,66	54.689,52
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,55	0,00	8,49
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.127.168,52	2.637.906,89	2.697.358,47
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.593.405,09	657,00	-202.321,54
Erträge aus Verlustübernahme durch den atypisch stillen Gesellschafter	0,00	0,00	202.321,54
- Steuern	2.391.144,22	0,00	0,00
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	202.260,87	657,00	0,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00

Geschäftsverlauf

Grundlagen des Unternehmens und Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 20. Dezember 2005 ein Vertragswerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillem Gesellschaftsvertrag sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsverträgen mit Gesamtinvestitionskosten von 83,7 Mio. € abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag

umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter und daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt.

Der Landkreis Limburg-Weilburg hat von seinem Ankaufsrecht zum 30. Juni 2015 Gebrauch gemacht. Im Zuge des Vollzugs des Ankaufsrechts hat der Landkreis Limburg-Weilburg die Erbbaurechte nebst aufstehenden Gebäuden mit Kaufvertrag UR 349/2014 vom 12. Dezember 2014 zum 30. Juni 2015 angekauft. Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahrtragung gehen mit Wirkung zum 30. Juni 2015 auf den Landkreis Limburg-Weilburg über. Aus den Mitteln der Kaufpreiszahlung werden die per 30. Juni 2015 valutierenden Darlehen der Gesellschaft vollständig zurückgeführt.

Da der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2015 ausgeübt hat, endet der Immobilien-Mietvertrag automatisch mit Ablauf des 30. Juni 2015.

Der ursprüngliche Kaufpreis der Erbbaurechte samt den aufstehenden Gebäuden betrug insgesamt 83.739.754 EUR. Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Fremdkapital in Höhe von 67.032.827 EUR. Zur restlichen Leistung des Kaufpreises sowie der Erwerbsnebenkosten wurde die Einlage der atypisch stillen Gesellschafterin in Höhe von 17.006.927 EUR verwendet.

Die Leasingraten werden von dem Landkreis Limburg-Weilburg auf die Gesamtinvestitionskosten über 83,7 Mio. EUR geleistet. Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft durch die planmäßig erbrachte Miete über insgesamt 4.693.554 EUR gesichert (davon Anteil zur Bedienung des Fremdkapitals 3.928.634 EUR, des Eigenkapitals 299.309 EUR sowie des Mieterdarlehens in Höhe von 465.611 EUR). Der Leasingvertrag sieht eine jährliche Steigerung der Mietraten in Höhe von 3 % p. a. vor. Der Kapitaldienst für die langfristigen Finanzierungsverträge wurde vertragsgerecht bedient.

Das Gesamtjahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entspricht bis auf die Abschreibung der aktivierten Herstellungskosten für die Sporthallen in Elz und Frickhofen, der zusätzlichen Mietraten (Sporthallen Elz/Frickhofen) und der Zinsen für das in diesem Zusammenhang gewährten Mieterdarlehen im Berichtsjahr dem prognostizierten Ergebnis und wird entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vertrag über die Errichtung einer atypischen Gesellschaft zu 100 % von der atypisch stillen Gesellschafterin übernommen

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres bestätigt uns in der Erwartung, auch 2015 ein planmäßiges Ergebnis ausweisen zu können. Dies wird sich jedoch aufgrund der Abschreibung der aktivierten Herstellungskosten für die Sporthallen in Elz und Frickhofen und der entsprechend angepassten Mietraten verändern.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaft negativ beeinflussen, sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten. Anfängliche negative steuerliche Ergebnisse werden durch spätere positive Ergebnisse ausgeglichen.

Besondere Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung derzeit nicht.

2.6 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse:	Wolfratshausener Straße 49, 82049 Pullach
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft (KG)
Gesellschafts- verhältnisse:	Komplementärin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %
Stammkapital:	25.000 Euro
Gründungsjahr:	Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 5. Dezember 2003 mit Wirkung zum 17. Dezember unter der Firma ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Frankfurt am Main errichtet. Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. Oktober 2006 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG
Gesell.-vertrag:	13. November 2006

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin:	ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH (AG München HRB 140456) vertreten durch ihre Geschäftsführer
	<ul style="list-style-type: none">• Michael Ruhl, München ab 1. April 2014• Klaus Steixner, Rottach-Egern• Michael Stüber, Gauting-Stockdorf bis 17. Februar 2014

Bezüge

Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2007 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz				
Aktiva		2014 in €	2013 in €	2012 in €
Ausstehende Einlagen		25.000,00	25.000,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)		51.125.017,25	52.343.085,11	53.561.152,97
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		2.115.036,64	76,19	0,00
Kassenbestand		15.990,18	41.596,62	41.975,83
SUMME AKTIVA		53.256.044,07	52.384.757,92	53.603.128,80
Passiva		2014 in €	2013 in €	2012 in €
Kapitalanteile		25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kommanditkapital		25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters		8.422.484,26	8.452.145,48	8.588.469,48
Rückstellungen		5.172,50	5.172,50	5.173,00
Verbindlichkeiten		42.738.501,06	43.927.439,94	45.009.486,32
SUMME PASSIVA		53.256.044,07	52.384.757,92	53.603.128,80
Gewinn- und Verlustrechnung		2014 in €	2013 in €	2012 in €
Umsatzerlöse		5.242.469,13	3.062.200,01	2.951.501,83
- Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		53.151,78	53.043,68	29.990,83
Abschreibungen auf Sachanlagen		1.218.067,86	1.218.067,86	1.218.067,86
- sonstige betriebliche Aufwendungen		26.293,38	25.176,76	24.810,36
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1,49	0,00	2,52
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.087.413,92	1.759.312,71	1.797.534,22
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.857.543,68	6.599,00	-118.898,92
+ Erträge aus Verlustübernahme			0,00	118.898,92
Sonstige Steuern		1.719.496,52	0,00	0,00
aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		138.047,16	6.599,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		0,00	0,00	0,00

Geschäftsverlauf

Grundlagen des Unternehmens und Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 8. Dezember 2006 ein Vertragwerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillen Gesellschaftsvertrag sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsverträge mit Gesamtinvestitionskosten von 56,7 Mio. EUR abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter und daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt.

Der Landkreis Limburg-Weilburg hat von seinem Ankaufsrecht zum 30. Juni 2016 Gebrauch gemacht. Im Zuge des Vollzugs des Ankaufsrechts hat der Landkreis Limburg-Weilburg die Erbbaurechte nebst aufstehenden Gebäuden mit Kaufvertrag UR 350/2014 vom 12. Dezember 2014 zum 30. Juni 2016 angekauft. Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahrtragung gehen mit Wirkung zum 30. Juni 2016 auf den Landkreis Limburg-Weilburg über. Aus den Mitteln der Kaufpreiszahlung werden die per 30. Juni 2016 valutierenden Darlehen der Gesellschaft vollständig zurückgeführt.

Da der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2016 ausgeübt hat, endet der Immobilien-Mietvertrag automatisch mit Ablauf des 30. Juni 2016.

Der ursprüngliche Kaufpreis der Erbbaurechte samt den aufstehenden Gebäuden betrug insgesamt 56.505.732 EUR. Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Fremdkapital in Höhe von 45.215.732 EUR. Zur restlichen Leistung des Kaufpreises sowie der Erwerbsnebenkosten wurde die Einlage der atypisch stillen Gesellschafterin in Höhe von 11.490.000 EUR verwendet.

Die Leasingraten werden von dem Landkreis Limburg-Weilburg auf die Gesamtinvestitionskosten über 56,6 Mio. EUR geleistet. Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft durch die planmäßig erbrachte Miete über insgesamt 3.099.431 EUR gesichert (davon Anteil zur Bedienung des Fremdkapitals 2.659.052 EUR und des Eigenkapitals 192.807 EUR sowie des Mieterdarlehens in Höhe von 247.572 EUR). Der Leasingvertrag sieht eine jährliche Steigerung der Mietraten in Höhe von 3% p. a. vor. Der Kapitaldienst für die langfristigen Finanzierungsverträge wurde vertragsgerecht bedient.

Das Gesamtjahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entspricht im Berichtsjahr bis auf die Abschreibung der aktivierten Sanierungsmaßnahmen und der angepassten Mietraten für die Westerwaldschule und die Heinrich-von-Gagern-Schule sowie der Zinsen für das in diesem Zusammenhang gewährten Mieterdarlehen im Wesentlichen dem prognostizierten Ergebnis und wird entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vertrag über die Errichtung einer atypischen Gesellschaft zu 100% von der atypisch stillen Gesellschafterin übernommen.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres bestätigt uns in der Erwartung, auch 2015 ein planmäßiges Ergebnis ausweisen zu können. Dies wird sich jedoch aufgrund der Sanierungsmaßnahmen der beiden Schulen (Westerwaldschule und Heinrich-von-Gagern-Schule) um die Abschreibung der aktivierten Sanierungsmaßnahmen sowie der Anpassung der Mietraten und der Verzinsung des Mieterdarlehens verändern.

Voränge von besonderer Bedeutung, die die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaft negativ beeinflussen, sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten. Anfängliche negative steuerliche Ergebnisse werden durch spätere positive Ergebnisse ausgeglichen.

Besondere Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung derzeit nicht.

2.7 Kreishallenbad Weilburg GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Bahnhofstraße, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.kreishallenbad-weilburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	27. März 1981	
Beteiligungen:	Hallenbad Diez-Limburg	25 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Kreishallenbad Weilburg ist durch die Schließung verschiedener Bäder nunmehr das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Das Kreishallenbad hat dadurch eine zentrale Aufgabe in den Bereichen des Sports und der Freizeitgestaltung. Außerdem dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreishallenbades Weilburg. Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Bau und die Unterhaltung von Photovoltaikanlagen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Gerhard Bill	
Gesellschafterversammlung	Manfred Michel, Landrat Ruprecht Keller Heinz-Jürgen Deuster Karl Heinz Stoll	Vorsitzender

Bezüge

Der Geschäftsführer hat im Jahr 2014 Gesamtbezüge in Höhe von 3.900 Euro erhalten.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Sachanlagen	988.374,51	1.589.337,16	1.634.142,69
Finanzanlagen	6.975.412,53	6.975.412,53	6.975.412,53
Anlagevermögen	7.963.787,04	8.564.749,69	8.609.555,22
Vorräte	361,62	361,62	361,62
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	588.437,93	576.502,89	545.468,29
Kassenbestand	293.155,19	165.241,67	133.891,99
Umlaufvermögen	881.954,74	742.106,18	679.721,90
Rechnungsabgrenzungsposten	6.111,32	6.666,89	7.222,46
SUMME AKTIVA	8.851.853,10	9.313.522,76	9.296.499,58
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	585.922,86	585.922,86	585.922,86
Gewinn-/Verlustvortrag	4.514.422,63	4.105.661,59	3.816.892,37
Jahresüberschuss	-350.045,40	408.761,04	288.769,22
Eigenkapital	4.775.864,68	5.125.910,08	4.717.149,04
Sonderposten Investitionszuschüsse	50.000,00	0,00	0,00
Rückstellungen	12.195,00	12.069,00	8.454,00
Verbindlichkeiten	3.563.793,42	4.175.543,68	4.570.896,54
SUMME PASSIVA	8.851.853,10	9.313.522,76	9.296.499,58

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
+ Umsatzerlöse	193.646,66	204.284,82	205.944,53
- Materialaufwand	137.485,61	144.151,74	149.591,59
- Personalaufwand	267.433,11	256.521,63	253.180,21
- Abschreibungen	699.934,20	77.000,50	77.363,40
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	78.009,54	51.799,51	56.554,71
+ Erträge aus Beteiligungen	908.193,00	1.032.037,50	908.193,00
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	101,06	848,37	3.859,14
- Aufwendungen aus Verlustübernahme	135.300,00	134.750,00	
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	134.736,94	160.805,06	155.876,91
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	913,28	4.338,48	-345,23
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-350.045,40	408.761,04	288.769,22

Situationsbericht

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Im Rahmen der statischen Vorplanungen wurde im September 2014 eine Betonuntersuchung durchgeführt. Dabei wurde nicht die erwartete Chloritbelastung, sondern eine extrem starke Betonkarbonarisierung festgestellt. Die voraussichtlichen Mehrkosten aufgrund dieser Tatsache wurden auf rund 700.000 € geschätzt. Dabei bleibt aber immer noch ein großes Restrisiko vorhanden und die zu erwartende Nutzungsdauer des Gebäudes ist weitaus geringer als bei einem Neubau. Daraufhin hat

die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 27. November 2014 beschlossen, das Gebäude abzureißen und aufgrund der bis dahin durchgeführten Planungen neu aufzubauen. Die Planungen mussten aktualisiert und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Der Bauantrag zum Abriss des Gebäudes wurde Anfang April 2015 gestellt.

Das Kreishallenbad wird am 30. Juni 2015 geschlossen. Im August soll dann mit den Abrissarbeiten begonnen werden.

Die Besucherzahlen sind im Jahr 2014 mit rund 55.000 Besuchern nochmals zurückgegangen. Das liegt zum einen an den geringeren Schülerzahlen bei der Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts, zum anderen haben sich einzelne Sportgruppen und die sonstigen Badnutzer nach Alternativen während der Schließung umgesehen.

Das Jahresergebnis 2014 weist einen Verlust in Höhe von rund 350.000 € aus. Dies liegt vor allem an der Abschreibung für den Abriss des Bades in Höhe von rund 623.000 Euro.

Die Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres wird von der Geschäftsleitung als positiv angesehen.

Darstellung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 462 auf TEUR 8.851 verringert. Das Anlagevermögen entspricht 90% der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr wurde ein Verlust von TEUR 350 erzielt werden. Bedingt durch den Jahresverlust verringert sich das Eigenkapital auf TEUR 4.775. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 54 %. (Vorjahr 55%). Das Anlagevermögen ist zum Jahresende ausreichend langfristig finanziert.

Kennzahlen

Zur Analyse der Ertragslage der Gesellschaft wurden die folgenden Rentabilitätskennzahlen und Aufwandsstrukturkennzahlen ermittelt:

Kennzahl	Kennzahldefinition	2014	2013	2012
Umsatzrentabilität	= Betriebsergebnis/Umsatzerlöse	-509,8	-158,8	-160,2
Abschreibungsquote	= Abschreibungen/Umsatzerlöse	360,8	37,7	37,4
Personalquote	= Personalaufwand/Umsatzerlöse	137,6	125,5	122,8

Darstellung der Finanzlage (in TEUR)	2014	2013	2012
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-55	+265	+233
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-99	-32	-1
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	282	-202	-197
4. Zahlungsw. Veränderung des Finanzmittelfonds	128	+31	+35
5. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	165	134	99
6. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	293	165	134

Die Liquidität der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Nach dem heutigen Kenntnisstand werden die Abrissarbeiten im August 2015 beginnen, anschließend wird mit dem Wiederaufbau des Bades begonnen. Dabei gehen wir von einer knapp 2 jährigen Bauzeit bis zur Wiedereröffnung aus.

Das Bad wird komplett in das Erdgeschoss verlegt und behindertengerecht ausgebaut. Neben einem 25m Becken wird ein separates Bewegungsbecken mit einer Wasserfläche von 80qm gebaut.

Da dieses Becken vorrangig älteren, kranken und behinderten Menschen dienen soll, ist hier eine Wassertemperatur von 32-34 Grad C. vorgesehen.

Das Saunaangebot bleibt in seiner seitherigen Form erhalten. Alle drei Nutzflächen werden über einen zentralen Umkleide- und Duschbereich versorgt. Im Eingangsbereich ist ein Bistro mit einem kleinen Küchenbereich vorgesehen. Dieses Angebot soll sowohl den Bad- und Saunabesuchern, aber auch den Rad- und Wasserwanderern dienen. Von daher sind im Außenbereich eine Ausgabetheke und entsprechende Sitzmöglichkeiten vorgesehen.

Ergebnisprognose für die folgenden zwei Wirtschaftsjahre

Für das Jahr 2015 gehen wir von einem Jahresüberschuss in Höhe von etwa 450.000 Euro aus, da die Beteiligungserträge wieder auf dem Niveau des Jahres 2012 liegen. Für das Jahr 2016 rechnen wir mit einem Überschuss in Höhe von ca. 600.000 Euro, da in diesem Jahr die Personal- und Betriebskosten komplett entfallen.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2017 soll das Bad wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Vor allem die Schulen sollen dadurch wieder in die Lage versetzt werden, den lehrplanmäßigen Sportunterricht zu erteilen.

Aber auch älteren, behinderten und kranken Menschen soll mit dem Bewegungsbad die Möglichkeit gegeben werden, sich trotz vorhandener Einschränkungen weiter sportlich zu betätigen.

Ein umfassendes dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem ist nicht eingerichtet. Die installierten Planungs- und Steuerungsmaßnahmen sehen wir aber als ausreichend an, um auf entstehende Risiken reagieren zu können. Die Ertragslage der Gesellschaft bleibt wesentlich durch die zufließenden Beteiligungserträge bestimmt. Diese Beteiligungserträge werden im Jahr 2015 zumindest in gleicher Höhe erwartet. Inwieweit hier Änderungen in der Zukunft zu erwarten sind, bleibt abzuwarten. Die SüwAG geht zumindest in ihrer mittelfristigen Planung von einer kontinuierlichen Gewinnausschüttung aus.

Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB sind nicht eingetreten.

2.8 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.krankenhaus-weilburg.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg		100 %
Stammkapital:	100.000 Euro		
Gründungsjahr:	2005		
Gesellsch.-vertrag:	9. Dezember 2011		
Beteiligungen:	Seniorenzentrum Fellersborn		100,00 %
	KSB-Klinik Betriebe GmbH	25.000,00 Euro	100,00 %
	Klinikverbund Hessen GmbH	5.238,10 Euro	4,762 %
	Clinicpartner eG		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch bedarfs- und leistungsgerechte sowie wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Krankenhausleistungen.

Darüber hinaus ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren sozialen und kulturellen Betreuung sowie das Angebot von Wohnmöglichkeiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Weilburg gGmbH und der Betrieb des Seniorenzentrums Fellersborn in Löhnberg.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg. Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist mit 181 Betten im Krankenhausplan des Landes Hessen als Haus der Grund- und Regelversorgung ausgewiesen. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 46 Ausbildungsplätzen angegliedert. Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Herr Peter Schermuly		
Aufsichtsrat:	Landrat Manfred Michel		Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter		stv. Vorsitzender

Dr. Hans-Christoph Noack, Arzt
Dr. Dietrich Weiß, Arzt
Robert Becker, Bürgermeister a. D.
Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister
Joachim Veyhelmann, Beamter / MdL
Günter Henche (Betriebsrat), Betriebsratsvorsitzender
Renate Michel (Betriebsrat), Lehrerin für Pflegeberufe
Peter Hoffmann (Betriebsrat) Technischer Leiter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Landrat Manfred Michel	Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stv. Vorsitzender
Dr. Ralf Bletz, Rechtsanwalt und Notar	
Hans-Jürgen Heil, Bürgermeister a. D.	
Harald Sprenger, Polizeibeamter i. R.	
Peter Rompf, Regierungsangestellter	
Christian Radkovsky, Student	

Bezüge:

Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.
Für die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 752,40 Euro erstattet.
Zu den Angaben der Vergütungen für die Geschäftsführung wird von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Aktiva			
Anlagevermögen	14.982.495,71	15.890.384,58	16.819.934,81
Immaterielle Vermögensgegenstände	263.907,00	323.884,00	198.335,00
Beteiligungen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Sonstige Finanzanlagen	10.000,00	10.000,00	10.000,00
Vorräte	415.351,26	508.723,23	468.248,63
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.072.334,94	4.016.030,02	5.403.722,97
Kassenbestand/Guthaben bei KI	402.541,36	131.442,68	4.994,43
Rechnungsabgrenzungsposten	15.447,88	15.160,05	7.738,61
SUMME AKTIVA	19.369.185,53	20.920.624,56	22.937.974,45
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Kapitalrücklagen	2.379.580,25	2.403.248,25	2.426.917,25
Freie- / Gewinnrücklagen	65.666,00	65.666,00	65.666,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-201.444,32	-9.340,06	-10.265,82
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	-346.932,34	-192.104,26	925,76
Eigenkapital	1.996.869,59	2.367.469,93	2.583.243,19
Sonderposten aus Zuweisungen	10.613.009,00	11.345.765,00	11.984.717,00
Rückstellungen	2.899.238,43	2.894.908,59	2.916.994,10
Verbindlichkeiten	3.612.652,98	4.012.804,51	5.101.082,63
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	247.415,53	299.676,53	351.937,53
SUMME PASSIVA	19.369.185,53	20.920.624,56	22.937.974,45

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Umsatzerlöse	26.611.618,85	25.768.482,00	25.283.202,62
Verminderung d. Bestandes an unfertigen Leistungen	-94.927,99	54.389,28	13.034,59
Sonstige betriebliche Erträge	4.448.159,18	3.197.825,50	4.567.241,31*
	30.964.850,04	29.020.696,98	29.863.478,52
- Personalaufwand	19.309.700,73	17.734.980,89	17.646.655,69
- Materialaufwand	6.970.592,35	7.018.018,63	7.842.033,80
Zwischenergebnis	4.684.556,96	4.267.697,46	4.374.789,03
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.429.920,31	1.420.439,71	1.431.478,04
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.482.476,91	2.927.571,58	2.830.702,52
Zwischenergebnis	-22.840,26	-80.313,83	112.608,47
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.527,03	2.762,35	2.334,47
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	98.588,80	106.051,29	112.203,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-324.902,03	-183.602,77	2.739,39
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	20.950,00	7.436,28	598,00
- Steuern	1.080,31	1.065,21	1.215,63
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-346.932,34	-192.104,26	925,76

**(2012) In der Position „sonstige betriebliche Erträge“ ist die Verlustausgleichszahlung in Höhe von 1.413.000 Euro des Landkreises verbucht.*

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Krankenhäusern im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen im Krankenhausbereich wird weiterhin durch die politischen Rahmenbedingungen zu permanenten Veränderungen motiviert. Der wirtschaftliche Druck wächst ständig. Das Vergütungssystem und die Versuche der Politik, die starren Grenzen zwischen der ambulanten und stationären Versorgung der Patienten abzubauen, führt zu Herausforderungen, denen sich die Krankenhäuser in Zukunft stellen müssen.

Der Krankenhausmarkt ist ferner durch Konsolidierungen und Spezialisierungen der Fachabteilungen auf bestimmte Krankheitsbilder ausgerichtet. Prognosen zur Leistungs- und Umsatzentwicklung für Folgejahre gestalten sich schwierig, da der stationäre Leistungsbereich durch das fallpauschalenorientierte Abrechnungssystem einer jährlichen Anpassung unterliegt. Weitere Unsicherheiten ergeben sich durch anhaltende Verschiebungen vom stationären in den ambulanten Leistungsbereich.

Durch die Kostenträger werden zunehmend Nachweise zu definierten Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualitätsmerkmalen abgefordert. Hieraus erwächst die Schwierigkeit, diesen Anforderungen zu entsprechen. Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird. In Hessen hat es diesbezüglich in den zurückliegenden Jahren

mehr vereinbarte Fälle zwischen Krankenhäusern und Kostenträgern gegeben als sich tatsächlich ergeben hatten. Dies führt aktuell zu einer deutlich geringeren Steigerung des Landesbasisfallwertes und verschärft die Situation der Hessischen Kliniken daher noch besonders.

Personalkosten- und Sachkostensteigerungen lassen sich nicht mehr ohne weiteres mit den möglichen Erlössteigerungen auffangen. Viele deutsche Krankenhäuser stehen somit in einer Unterfinanzierung und können die Verpflichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen.

Neben den allgemeinen Preisentwicklungen stehen die Krankenhäuser besonders auch wegen der rasanten Entwicklung bei den medizinisch-technischen Möglichkeiten und damit einhergehenden steigenden Ansprüchen an die medizinische Versorgung in der Bevölkerung stark unter Druck. Hinzu kommt der demografische Wandel einer älter werdenden Gesellschaft.

Bund und Länder planen weitreichende Änderungen in der Finanzierung der Krankenhäuser und Verbesserungen in der Behandlungsqualität für die Patienten. In Hessen ist ab 2016 zudem eine Pauschalierung der Fördermittel für Baumaßnahmen vorgesehen. Klinikplanung und Bezahlung sollen sich an der Qualität ausrichten.

Eckdaten der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist im Krankenhausplan des Landes Hessen ausgewiesen und nimmt an der unabdingbaren Notfallversorgung teil.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg verfügt über folgende Fachabteilungen:

- Chirurgie
- Frauenheilkunde (ohne Geburtshilfe) Innere Medizin
- Klinische Geriatrie

Es wird eine geriatrische Tagesklinik mit 10 Betten betrieben.

Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 45 Ausbildungsplätzen angegliedert.

Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege.

Pflegesatzverfahren

Am 30. September 2014 wurde mit den Kostenträgern eine Vereinbarung für das Jahr 2014 verhandelt und in einem Ergebnisprotokoll festgehalten, die Entgeltvereinbarung wurde von den Vertragsparteien unterschrieben. Die Genehmigung durch das Landesversorgungsamt Hessen ist beantragt.

Das Krankenhaus und die Kostenträger vereinbarten für das Geschäftsjahr folgende Werte:

	Vereinbart 2014	Ist-Ergebnis 2014	Ist-Ergebnis 2013
Fallzahl DRG	6.222	6.107	6.135
Summe effektiver Bewertungsrelation	6.940,00	6.873,60	6.843,998
CMI	1,115	1,126	1,1156
Teilstationäre Fallzahl	141	136	95
Teilstationäre Abrechnungstage	1.744	1.541	1.125

Umsatzentwicklung der Belegungszahlen und Nutzungsgrade

Kreis Krankenhaus Weilburg gGmbH:

	2014	2013	2012
Behandelte Patienten (stationär*)	6.105,0	6.135,5	6.455,5
Belegungstage	46.380	46.669	48.872
Durchschnittl. Verweildauer(Tage) (ohne Verlegung innerh. des Hauses)	7,60	7,61	7,57
Nutzungsgrad (%)	70,20	70,64	73,77
Planbetten	181	181	181
Durchschnittlich belegte Betten	127,07	127,86	133,53

*Schließung der Geburtshilfe zum 31. Dezember 2012

Seniorenzentrum Fellersborn:

47,11 Bewohner (durchschnittlich) 17.195 Pflegetage

Investitionen

Es wurden Investitionen in Höhe von TEUR 462 getätigt, davon entfallen auf den Umbau Erdgeschoss/1. Obergeschoss TEUR 59, den Erwerb von Software-Lizenzen TEUR 25, und für Ausstattung Seniorenzentrum Fellersborn TEUR 5. Des Weiteren wurden TEUR 302 für medizinische Ausstattung, TEUR 64 für Investitionen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich und TEUR 7 für Ausstattung der Ausbildungsstätte aufgewendet.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche personelle Besetzung (Vollkräfte) stellt sich wie folgt dar:

	2014	2013	2012
Teilbereich Krankenhaus	267,89	262,89	268,60
Teilbereich Seniorenzentrum	19,82	18,78	18,81
Gesamt	287,71	281,67	287,41

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

In der Inneren Abteilung fand zum 1. Januar 2014 ein Chefarztwechsel statt.

Ein Brand im November 2013 führte zu aufwendigen Sanierungsarbeiten im 3. Obergeschoß bis zum April 2014.

Vermögenslage und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist in Höhe von 95,6% (2013: 96,5 %) durch lang- und mittelfristiges Vermögen bestehend aus Eigenkapital, Sonderposten und Darlehen gedeckt.

Die Vorräte beinhalten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 137,0 TEUR (Vorjahr 135,5 TEUR) sowie DRG-Überlieger 278,3 TEUR (Vorjahr 373,2 TEUR).

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht verminderten sich um TEUR 3,6 auf TEUR 194,2. Diese beinhalten die Forderung Umbau/Brandschutz Unter- und Rohrgeschoss TEUR 168,0 sowie die Restforderung an den Ausbildungsfond gemäß § 17a KHG für das Jahr 2014 TEUR 26,2. Der Bestand der flüssigen Mittel betrug TEUR 402,5.

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres und durch den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung um TEUR 370,6 verringert, die Eigenkapitalquote beträgt 10,31 %.

Die Verbindlichkeiten enthalten 1.864,6 TEUR langfristige Darlehen und Verbindlichkeiten nach Krankenhausfinanzierungsrecht 364,9 TEUR.

Aufwands- und Ertragslage

Das laufende Betriebsergebnis beträgt TEUR- 749. (Vorjahr TEUR- 274). Das neutrale Ergebnis beträgt TEUR 402 (Vorjahr TEUR 82).

Die Personalkostenquote beträgt 72,9 % sowie die Materialaufwandquote 26,3 % des Umsatzes.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 346,9 setzt sich zusammen aus dem Jahresfehlbetrag des Krankenhauses von TEUR 357,4 und dem Jahresüberschuss von TEUR 10,5 des Seniorenzentrums Fellersborn.

Vergleich der Prognose und tatsächlichen Entwicklung

Die Prognose für das Jahr 2014 im Wirtschaftsplan (geplanter Jahresfehlbetrag TEUR 394) wurde durch den Versorgungszuschlag nach § 8 Abs.10 KHEntgG positiv beeinflusst. Der tatsächliche Jahresfehlbetrag beträgt TEUR 346,9.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Die durch den Bundesgesetzgeber vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten weiterhin die entsprechende Situation der Krankenhäuser in Deutschland. Das DRG-System hat sich nun fest etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Es ist ein zunehmender Wettbewerb in den letzten Jahren ebenso zu beobachten wie eine weitere massive Verweildauerverkürzung. Gleichzeitig findet man neben einem rasanten technologischen Fortschritt eine deutliche Zunahme pflegebedürftiger und multimorbider Patienten. Der Krankenhaussektor wird daher weiterhin durch wirtschaftliche Zwänge gekennzeichnet sein, die für jedes Krankenhaus Effizienzsteigerungen und das Erschließen von Rationalisierungspotentialen erfordert. Insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Personalkosten gilt es weitere Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen. Darüber

hinaus entsteht eine zunehmende Notwendigkeit für Krankenhäuser ihre Marktstellung durch verstärkte Kooperation und Verbundstrukturen zu festigen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH muss durch eine stringente Kostensenkung einerseits und einer Leistungsausweitung andererseits den wirtschaftlichen Zwängen entgegenwirken. Hierbei müssen alle Möglichkeiten im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen und Kooperationen im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die vom Gesetzgeber hierzu vorgegebenen Rahmenbedingungen belasten derzeit die Krankenhäuser schwer. So wurden die Tarifsteigerungen in den Jahren 2013 und 2014 nur teilkompensiert. Hinzu kommen gesetzliche Vorgaben im Bereich Hygiene, die mit der Einstellung von zusätzlichem Personal verbunden waren, welches ebenfalls nur zum Teil refinanziert wird. Damit bleibt es bei einer Unterfinanzierung der tariflich verursachten Personalkostensteigerungen. Eine verbesserte Erlössituation im Rahmen von Fallzahlsteigerungen können aus Sicht des Krankenhauses im orthopädischen, geriatrischen und chirurgischen Bereich erzielt werden. Hierbei wird zur Erschließung der notwendigen Belegkapazitäten unter anderem auch die weitere Kürzung von Verweildauern im Rahmen des medizinisch Vertretbaren eine Rolle spielen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH als Mitglied des Klinikverbundes Hessen e. V., einem Zusammenschluss von 28 kommunalen hessischen Kliniken, plant eine engere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Gleichzeitig werden auf Beschluss der Aufsichtsgremien seitens der Geschäftsführung Gespräche mit dem St.-Vincenz-Krankenhaus in Limburg hinsichtlich einer künftigen engeren Kooperation geführt. Zielsetzung hierbei ist ein abgestimmtes Versorgungsangebot zu etablieren bei gleichzeitiger Stärkung des Klinikstandortes in Weilburg sowie das Erschließen von Synergieeffekten.

Seit dem 1. Dezember 2009 betreibt die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH ein Alten- und Pflegeheim in Löhnberg mit 48 Plätzen incl. zweier eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze. Das Haus wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und ist weiterhin voll ausgelastet. Auch das wirtschaftliche Ergebnis gestaltet sich zwischenzeitlich positiv. Synergieeffekte wirken sich positiv auf die Krankenhausbilanz aus.

Weitere Zielsetzung ist eine Leistungsausweitung in den Bereichen Orthopädie und Chirurgie, was auf Basis der Leistungsdaten 2013 und 2014 realistisch erscheint. Insbesondere die geplanten Zertifizierungen zum Endoprothetikzentrum sowie Alterstraumatologie sollen dieses Ziel unterstützen. Darüber hinaus wurde mit den Kostenträgern der Betrieb einer geriatrischen Tagesklinik mit 10 tagesklinischen Plätzen verhandelt. Die Abteilung Orthopädie erhielt im Dezember 2012 die Zulassung zum stationären Verletztenartenverfahren der Berufsgenossenschaften.

Die Budgetsicherheit ist nach heutiger Gesetzeslage den Krankenhäusern auch für die nächsten Jahre gegeben. Daher wird es im Sinne einer Standortsicherung im Wesentlichen darauf ankommen, ob es gelingt, die derzeitigen Kosten unter Berücksichtigung der Leistungszahlen zu senken und die Erlöse zu steigern. Unter Beteiligung einer entsprechenden Organisationsberatung wurden die Abläufe im Medizincontrolling im Sinne einer Fallsteuerung mit Beginn bei Aufnahme sowie beim Entlassungsmanagement optimiert. Gleichzeitig hat der weitere Ausbau von Kooperationen mit den Nachbarkliniken unter anderem zur Erzielung von Synergieeffekten oberste Priorität. Die o. a. Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen ausrei-

chend abgefangen und befinden sich daher unter Kontrolle der Geschäftsführung. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört u. a. auch ein mittlerweile etabliertes Risikomanagementsystem. Halbjährlich wird ein Risikobericht erstellt, in dem die Ergebnisse der Risikoanalyse und –bewertung zusammengefasst sind.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung - insbesondere bestandsgefährdende Risiken - bestehen u. E. nicht.

Die Liquidität ist durch die Bürgschaft des Gesellschafters in Höhe von 4 Millionen Euro gesichert.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Es ist geplant, die Station der ehemaligen Gynäkologie I Geburtshilfe im 1. Obergeschoss sowie die Eingangshalle im Jahre 2015 beginnend zu sanieren. Fördermittel hierzu wurden bereits beantragt.

Voraussichtliche Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2015 wird eine deutliche Leistungssteigerung insbesondere in der chirurgischen Abteilung mit dem neuen Chefarzt ab dem 1. April 2015 sowie eine signifikante Kostensenkung angestrebt, im Personalbereich natürlich unter Beachtung der notwendigen Mindestbesetzungsvorgaben sowie auf der Grundlage der gesetzlich vorgegebenen Finanzierungsaspekte.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein ähnliches Ergebnis wie 2015 in Abhängigkeit der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen erwartet.

2.9 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH



Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Kellner-Ring 49, 35576 Wetzlar

Homepage: www.vldw.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	12.500 Euro	9,6153 %
	Lahn-Dill-Kreis	12.500 Euro	9,6153 %
	42 Städte und Gemeinden	mit je 2.500 Euro	je 1,92 %

Stammkapital: 130.000 Euro

Gründungsjahr: 22. Dezember 2000

Gesell.-vertrag: Letzte Fassung vom 1. Juni 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Über die Schnittstelle im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung und Durchführung von Verkehren des öffentlichen Personennahverkehrs zur bedarfs- und standortgerechten Bedienung unter Berücksichtigung der zwischen den Gesellschaftern vorhandenen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und kreisübergreifenden Verkehren

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Kira Lampe, Wetzlar
Dirk Plate, Weilmünster

Aufsichtsrat: Manfred Michel, Landrat, Limburg	Vorsitzender
Heinz Schreiber, Erster KB	stellv. Vorsitzender
Wolfgang Schuster, Landrat, Wetzlar	
Michael Lotz, Bürgermeister, Dillenburg	
Dr. Gerhard Zoubek, Bürgermeister, Haiger	
Hans-Peter Stock, Bürgermeister, Schöffengrund	
Bernd Heine, Bürgermeister, Waldsolms	
Michael Ruoff, Bürgermeister, Hadamar	

Wolfgang Erk, Bürgermeister, Bad Camberg
 Michael Stanke, Erster Stadtrat, Limburg
 Eckhardt Förster, Bürgermeister a. D., Herborn
 Peter Trottmann, Schornsteinfegermeister, Dornburg
 Hans Benner, Bürgermeister, Herborn ab 23.07.2014
 Hans-Peter Schick, Bürgermeister, Weilburg

Gesellschafter- gesamt 52 Stimmanteile
versammlung: u.a. Christian Radkovsky

Bezüge

Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz				
Aktiva		2014 in €	2013 in €	2012 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände		6.603,00	12.162,00	19.126,00
Grundstücke, Bauten		10.197,00	12.078,00	137.971,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		146.265,00	165.638,00	64.263,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:				
- aus Lieferungen und Leistungen		105.215,78	1.541.102,59	1.326.824,79
- gegen Gesellschafter		106.169,23	1.457.314,60	2.749.942,59
sonstige Vermögensgegenstände		678.080,71	976.301,53	1.490.358,65
Kassenbestand		15.044.288,85	8.805.484,75	6.460.180,81
Rechnungsabgrenzungsposten		331,84	288,84	265.246,00
SUMME AKTIVA		16.097.151,41	12.970.370,31	12.513.912,84
Passiva		2014 in €	2013 in €	2012 in €
gez. Kapital		130.000,00	130.000,00	130.000,00
Kapitalrücklage		7.493.122,15	7.493.122,15	7.493.122,15
Gewinnvortrag		-495.992,59	-2.283.240,70	-3.284.822,01
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		2.199.124,60	1.787.248,11	1.001.581,31
Sonderposten für Investitionszuschüsse		72.038,00	82.584,00	93.303,00
Sonstige Rückstellungen		1.879.362,25	1.597.877,72	2.237.560,07
Verbindlichkeiten		333.532,88	492.036,46	1.093.789,20
Rechnungsabgrenzungsposten		4.485.964,12	3.670.742,46	3.749.379,12
SUMME PASSIVA		16.097.151,41	12.970.370,31	12.513.912,84

Gewinn- und Verlustrechnung		2014 in €	2013 in €	2012 in €
Umsatzerlöse		13.010.521,02	13.415.130,08	13.248.858,04
+ sonstige betriebliche Erträge		8.773.192,59	8.093.582,51	8.357.804,56
- Aufwendungen für bezogene Leistungen		17.930.811,18	18.270.809,28	18.705.723,89
Rohergebnis		3.943.902,43	3.237.903,31	2.900.938,71
- Personalaufwand Löhne und Gehälter		862.720,06	813.062,39	779.602,59
- Soziale Abgaben u. Aufw., Altersvorsorge		244.268,94	247.974,10	222.329,06
Abschreibungen auf Sachanlagen		111.681,26	39.193,65	45.648,40
- sonstige betriebliche Aufwendungen		484.476,41	380.937,13	886.621,31
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		50.708,84	77.476,07	35.519,29
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen		654,00	46.308,00	0,00

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.199.810,60	1.787.904,11	1.002.256,64
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	-1,67
Sonstige Steuern	686,00	656,00	677,00
Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.199.124,60	1.787.248,11	1.001.591,31

Situationsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Wie schon für 2013, so ist auch für 2014 noch keine Klarheit in der ÖPNV Finanzierung sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene zu verzeichnen. Weder konnte mit dem Land eine Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen werden, noch ist die weitere Entwicklung bei den Regionalisierungsmitteln bzw. deren Verteilung auf die Länder geklärt bzw. beschlossen worden. Seitens des Verbundes wurde bereits angekündigt, dass die derzeitig zur Verfügung stehenden Mittel für die Zukunft nicht ausreichend sein werden, um auch nur den Bestand an Leistung finanzieren zu können. Sollten hier keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden, drohen auf längere Sicht Abbestellungen. Darüber hinaus kann noch keine Aussage zu den Auswirkungen der neuen Verbunderhebung im Gebiet des RMV getroffen werden.

Zusammenfassend besteht insgesamt weiterhin eine Schiefelage in der Finanzierung des ÖPNV, die auch durch eine stärkere Nutzerfinanzierung dauerhaft nicht komplett aufgefangen werden kann.

Nicht endgültig abzuschätzen ist die Kostenentwicklung im Bereich "Personal" in der ÖPNV Branche. Die Umsetzung des LHO-Tarifes (LHO: Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer) in die Verkehrs-Service-Verträge erfolgt über Preisindizes des statistischen Bundesamtes. Durch die Entwicklung (Stichwort: Nachwuchssorgen) auch in dieser Branche wird hier mittel- bis langfristig über den Tarif eine größere Steigerung der Kosten als bisher zu erwarten sein.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklungen und Chancen

Es ist für die nächsten Jahre damit zu rechnen, dass auf Grund knapper Finanzierungsmittel für den ÖPNV die Finanzsituation schwierig bleibt. Es bleibt diesbezüglich abzuwarten, wie sich die Verhandlungen zur neuen Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen entwickeln. Es gilt daher den Status Quo im ÖPNV Angebot zu sichern und damit eine Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Da die Schüler/innen die wichtigste Kundengruppe im ländlichen Raum darstellen, gilt es insbesondere den Herausforderungen einer sich wandelnden Schullandschaft sowie zurückgehender Schülerzahlen Rechnung zu tragen. Nach der Neuausschreibung von 5 Verkehrsverträgen erwartet die Gesellschaft mit der Vergabe an mittelständische Unternehmen aus der Region eine stabile Entwicklung für die nächsten Jahre.

Ergebnisprognose für das folgende Geschäftsjahr

Der Wirtschaftsplan 2015 wurde mit TEUR 20.425 Einnahmen und TEUR 20.441 Ausgaben festgesetzt, die in voller Höhe auf den Erfolgsplan entfallen. Damit wird für das Jahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 16 gerechnet.

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass der Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis, analog zu dem Gesellschafter Landkreis Limburg-Weilburg mit TEUR 2.700, bereits in den Einnahmen des Erfolgsplanes mit TEUR 3.082 berücksichtigt wurde.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Auf Grund der (weiterhin) laufenden Verhandlungen mit dem Land Hessen über eine neue Finanzierungsvereinbarung für den ÖPNV bleibt ein Finanzierungsrisiko für den ÖPNV bestehen. Weiterhin ist die Verschiebung der Einnahmen hin zum Regionalverkehr, seit der letzten Verbunderhebung kritisch zu sehen, wobei zu erwarten ist, dass sich dieser Trend auch in der nächsten Verbunderhebung 2015 fortsetzen wird. Problematisch für die Zukunft muss auch die Haushaltslage der Aufgabenträger gesehen werden, da hier auch für den ÖPNV mit weiteren Einschränkungen zu rechnen ist.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB, die Einfluss auf die Bilanzwerte des Jahres 2014 haben, sind nicht eingetreten.

3 Sparkassen

3.1 Kreissparkasse Limburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 41, 65549 Limburg	
Homepage:	www.ksk-limburg.de	
Handelsregister	Amtsgericht Limburg HRA 994	
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Gründungsjahr:	1908	
Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1,17 %
	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	1,67 %
	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	2,56 %
	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	0,77 %
	Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	1,21 %
	Hessisch-Thüringische Spk.-Beteiligungsgesellschaft mbH	1,16 %
	Deutsche Leasing AG & Co. KG	0,15 %
	Castra Grundstücksverwaltungsges. mbH & Co. KG	0,25 %
	Erwerbs-KG Beteiligung LBB	0,13 %
	Teliko GmbH	16,00 %
	Lord Zweite Filmproduktion GmbH & Co. KG	1,15 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Diez-Weilburg	5,00 %
	Limburg Wohnungsbau-Genossenschaft eGmbH	1 Anteil
	Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen e.G. Limburg	1 Anteil

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks hat die Sparkasse das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Kreissparkasse Limburg ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Kreissparkasse Limburg wurde im Jahr 1908 als Universalbank gegründet und besitzt eine Vollbanklizenz.

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat (15 Mitglieder, davon 5 Vertreter der Arbeitnehmer)	Manfred Michel, Landrat Dr. Norbert Zabel, Bürgermeister i.R. Lothar Blättel Wolfgang Erk Silvia Lissner Karl Heinz Marx Karl Nießler Wolfgang Sandner Dr. Frank Schmidt Wolfram Uhe	Vorsitzender stv. Vorsitzender Andreas Alfa Thomas Plückebaum Jörg Mackauer Jörg Groos Alexander Hilb
Vorstand	Patrick Ehlen Mario Rohrer	Vorstandsvorsitzender Vorstandsmitglied

Bezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2014 auf 442 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 58 TEUR.

Unternehmensdaten

Bilanz	2014	2013	2012
Aktiva	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	108.209	164.465	167.846
Forderungen an Kunden	881.230	888.653	899.446
Wertpapiere	346.183	293.614	304.231
Übrige Aktiva	60.853	62.899	54.790
Bilanzsumme	1.396.475	1.409.631	1.426.313

Passiva	2014	2013	2012
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	207.545	250.553	248.720
Verbindlichkeiten ggü Kunden	1.029.543	1.005.814	1.026.996
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.729	7.991	10.207
Eigene Mittel	131.726	122.321	113.168
Übrige Passiva	20.932	22.953	27.222
Bilanzsumme	1.396.475	1.409.631	1.426.313

Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
Entwicklung der Ertragslage	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Zinsüberschuss	34.409	34.833	32.030
+ Provisionsüberschuss	8.833	8.668	8.516
+ Nettoergebnis Finanzgeschäfte	0	0	0
- Personalaufwand	19.308	18.504	18.004
- Sachaufwand	9.990	9.776	9.337
+/-Saldo aus sonstigen betr. Erträge/Aufw.	+2.034	-673	-365
= Betriebsergebnis vor Bewertung	15.978	14.548	12.840
- Bewertung/Risikovorlage	11.233	8.122	7.327
= Betriebsergebnis nach Bewertung	4.745	6.426	5.514
- außerordentliches Ergebnis	0	0	0
- Steueraufwand	2.340	4.073	3.330
= Jahresüberschuss nach Steuern	2.405	2.353	2.183

Kennzahlen

TEUR bzw. %	2014	2013	2012
Eigenmittel gem. SolvV	126.100	132.200	126.700
Kernkapitalquote %	17,80	15,00	13,44
Gesamtkennziffer %	18,40	17,60	16,36
Eigenkapitalrentabilität %	10,90	11,20	11,40
Cost-Income-Ratio %	64,00	63,50	36,10

	2014	2013	2012
Anzahl Girokonten	48.070	47.343	46.679
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	44.798	48.975	49.771
Anzahl Kundendepots (Depot B)	8.893	9.117	2.648
Stiftungskapital (TEUR)			
Sparkassen-Stiftung Limburg-Weilburg	500	500	500
Stiftung der KSK Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker	255	203	153

Situationsbericht

Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2014 über 199 TEUR gespendet. Daneben hat die Kreissparkasse Limburg zwei Stiftungen, die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg (gemeinsam mit der Kreissparkasse Weilburg) und die Stiftung der Kreissparkasse Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker. Die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg setzt sich für die Förderung von Kultur, soziale Anliegen, Umwelt und Sport und Forschung/Wirtschaftsförderung im Kreis Limburg-Weilburg ein.

Im Hinblick auf den intensiven Wettbewerb in der Finanzbranche hat die Sparkasse im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis erreicht, mit dem wir zufrieden sind. Auf Basis von Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierungen und einem höheren Zinsüberschuss konnte das Geschäftsjahr mit einem leicht höheren Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr abgeschlossen werden.

Die Sparkasse ermittelt ein Bewertungsergebnis aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere, aus Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft und aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere.

Dieses betrug nach den gemäß §§ 340c Abs. 2 und 340f Abs. 3 HGB zulässigen Verrechnungen mit entsprechenden Erträgen insgesamt -4,2 Mio.EUR.

Nach Berücksichtigung der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 7,0 Mio. EUR (Zuführung im Vorjahr: 6,8 Mio. EUR) ergibt sich ein Bewer-

tungsergebnis von -11,2 Mio. EUR. Damit liegen wir in etwa auf dem prognostizierten Wert und über dem Vorjahreswert von -8,3 Mio. EUR.

Die Ursache für diese Entwicklung sind insbesondere höhere Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft (maßgeblich geprägt durch einen großen Neufall in Höhe von 1,3 Mio. EUR). Das Adressenrisiko insgesamt (periodische Sichtweise) ist jedoch geringer als im Vorjahr.

Insgesamt konnte die geplante Zuführung zum Eigenkapital in Höhe von 9,4 Mio. EUR (VJ: 9,2 Mio. EUR) erzielt werden.

Da die Darlehenszusagen an Kunden sich im Vergleich zum Vorjahr um 27,2 Mio. EUR verringert haben, konnten die Tilgungen nicht kompensiert werden und es reduzierte sich der Bestand insgesamt um 7,4 Mio. EUR.

Aufgrund der aktuellen Markt- bzw. Zinssituation wurden geringere Eigenanlagen getätigt als Gelder fällig wurden.

Somit reduzierte sich die Bilanzsumme um 13,2 Mio. EUR und in gleichem Maße das Geschäftsvolumen.

Die Kreissparkasse Limburg bleibt weiterhin das größte eigenständige Kreditinstitut mit Sitz im Kreis Limburg-Weilburg.

Prognose:

Für die Finanzlage der Sparkasse wird für 2015 nach wie vor eine Liquiditätskennzahl deutlich über der Mindestanforderung von 1,0 erwartet. Die Kreissparkasse wird die ab 30. September 2015 geltende Liquiditätskennziffer "LCR" erfüllen.

Die KSK erwartet mit Berücksichtigung der negativen Ergebniseffekte der aufsichtsrechtlichen Regulierung (ca. 380 TEUR p.a.), dass sich die Aufwand-Ertrags-Relation für 2015 aufgrund des steigenden Verwaltungsaufwands verschlechtert. Insbesondere tätigte sie weitere Investitionen in das Vertriebsnetz, um die Infrastruktur zu modernisieren und die Präsenz in der Fläche zu stärken.

Durch das sehr schwierige Umfeld und die unsicheren Bedingungen im Kreditgewerbe sieht die KSK der Zukunft bei der Ertragslage pessimistischer entgegen. Das erwartete niedrigere Ergebnis führt aber zu keiner Einschränkung der Handlungsfähigkeit und Erfüllung der Aufgaben. Die Risikotragfähigkeit der Sparkasse ist gegeben und die regulatorischen Mindestanforderungen werden erfüllt.

3.2 Kreissparkasse Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Odersbacher Weg 1, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.ksk-weilburg.de		
Handelsregister:	Amtsgericht Limburg HRA 2227		
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg		100%
Gründungsjahr:	1904		
Kommanditanteile:	SP Solarpark Driedorf GmbH & Co. KG	708 TEUR	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers fördert die Kreissparkasse Weilburg das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben ist die Sparkasse auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und dauerhafte Marktpräsenz ausgerichtet. Das Geschäftsmodell der Sparkasse beruht auf der Verbundenheit der Region.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat	Manfred Michel, Landrat Hans-Peter Schick, Bürgerm. Weilburg Friedhelm Bender Dr. Ralf Bletz Willy Eltgen Jan Erbe Bruno Götz Ruprecht Keller	Vorsitzender stellv. Vorsitzender
-----------------------	--	--------------------------------------

Sebastian Marten
Stephan May
Dr. Frank Schmidt
Jochen Schmidt
Bettina Schuhmann
Sybille Theis-Schermuly
Florian Würz

Vorstand

Stefan Hastrich
Stephan Gürtler

Vorsitzender
Mitglied

Bezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2014 auf 445 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 54 TEUR.

Situationsbericht

Rechtliche Rahmenbedingungen

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Bilanzsumme/Geschäftsvolumen

Das Geschäftsvolumen zum 31. Dezember 2014, das sich aus der Bilanzsumme und den Eventualverbindlichkeiten zusammensetzt, stieg im Vergleich zum Bilanzstichtag 2013 um 16,6 Mio. Euro auf 964,1 Mio. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 14,3 Mio. Euro bzw. 1,5% auf 940,2 Mio. Euro und die Eventualverbindlichkeiten reduzierten sich um 2,3 Mio. Euro bzw. 10,7 % auf 23,9 Mio. Euro. Die Ursache für die Ausweitung der Bilanzsumme liegt in dem gestiegenen Kundengeschäft sowohl im Kredit- und Einlagenbereich sowie erworbenen Schuldverschreibungen.

3.3 Nassauische Sparkasse



Unternehmensportrait

Adresse: Rheinstraße 42-46, 65185 Wiesbaden

Homepage: www.naspa.de

Träger: Sparkassenzweckverband Nassau:
Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Wiesbaden
Stadt Frankfurt/Main
Hochtaunuskreis
Main-Taunus-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis
Rhein-Lahn-Kreis
Westerwaldkreis

Gründungsjahr: 1840

Anteilsbesitz:	Naspa Direkt GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100 %
	Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75 %
	Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100 %
	Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	100 %
	Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100 %
	Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100 %

Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	10,4 %
<i>mittelbar:</i>	Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)	7,0 %
	DekaBank	1,2 %
	Landesbank Berlin	1,2 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Kundenkreditvolumen und –einlagen konnten 2013 spürbar gesteigert werden. Bei letzteren zeigt sich der infolge des Niedrigzinsumfeldes anhaltende Trend zu kurzfristigen Einlagen auch in der veränderten Struktur des Kontenbestandes. Kreditseitig profitierte die Naspa von der lebhaften Nachfrage nach langfristigen Immobilienfinanzierungen.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging. Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die

Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist aus ihrer Geschichte heraus eine Regionalbank. Die Gewährträgerhaftung ist – wie bei den Kreissparkassen des Landkreises – am 18. Juli 2005 entfallen. Die Absicherung der Kunden liegt in der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Naspa gehört.

Organe des Unternehmens

Vorstand:	Stephan Ziegler Andreas Fabich Günter Högner Bertram Theilacker	Vorsitzender
Verwaltungsrat:	27 Mitglieder vom Landkreis Limburg-Weilburg:	Landrat Manfred Michel Dr. Frank Schmidt
Verbandsvorstand:	9 Mitglieder vom Landkreis Limburg-Weilburg:	Dr. Norbert Zabel
Verbandsversammlung:	24 Mitglieder vom Landkreis Limburg-Weilburg:	Regina Heep Ruprecht Keller Wolfgang Lippe

Bezüge

Die Mitglieder des Vorstands erhielten Bezüge in Höhe von 1.847 TEUR.

Situationsbericht

Das Geschäftsjahr 2014 verlief - bereinigt um zukunftsichernde bilanzpolitische Maßnahmen – wiederum sehr erfreulich und übertraf im Kerngeschäft die Erwartungen. Dabei wurde die margen- und risikoorientierte Geschäftspolitik ebenso fortgesetzt wie die Anstrengungen zur Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung. Auch begünstigt durch den Konjunkturverlauf übertrafen Auflösungen der nach unverändert konservativen Maßstäben ermittelten laufenden Risikovorsorge im Kredit- und Wertpapiergeschäft die Neubildungen und Wertberichtigungsverbräuche. Dies ist auch auf die hohe und weiter verbesserte Qualität des Kreditportfolios zurückzuführen.

Das Geschäftsjahr 2014 wurde belastet durch rd. 11 Mio EUR für Vorruhestandsregelungen im Rahmen des Relaunch P sowie mit rd. 13 (Vj. 26) Mio. EUR für die vorzeitige Auflösung von in den Vorjahren zu deutlich höherem Zinsniveau abgeschlossenen Zinsswaps. Mit diesen werden Zinsänderungsrisiken reduziert und der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet. Die stillen Lasten für Pensionsverpflichtungen konnten um rd. 10 auf 82 Mio. EUR reduziert werden.

Das Geschäftsjahr 2014 ist im Pensionsumfeld durch die Auswirkungen des marktbedingt rückläufigen Bundesbank-Zinssatzes für die Abzinsung der Pensionsrückstellungen und Parameteranpassungen mit rd. 20 Mio. EUR belastet.

Das Geschäftsjahr 2014 brachte auch nach der Beurteilung der Prüfungsstelle des SGVHT eine erneute Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Das Geschäftsjahr 2014 verlief letztmals unter den traditionellen nassauischen Farben. Anfang 2015 wurde die Marke auf das rote „S“ der Sparkassen-Organisation umgestellt, um auch nach außen hin die Zugehörigkeit zur Sparkassen-Familie sichtbarer zu dokumentieren.

Unternehmensdaten

Bilanz	2014 in	2013 in	2012 in
Aktiva	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	565	449	1.751
Forderungen an Kunden	8.282	8.333	8.166
Wertpapiere	1.433	1.311	1.401
Finanzanlagen	127	133	138
Übrige Aktiva	243	395	407
Bilanzsumme	10.803	10.621	11.863
Passiva	2014 in	2013 in	2012 in
	TEUR	T EUR	T EUR
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.158	1.362	2.709
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.977	7.757	7.273
Verbriefte Verbindlichkeiten	192	83	475
Eigene Mittel	888	864	872
Übrige Passiva	586	555	535
Gesamt	10.803	10.621	11.863
Eventualverbindlichkeiten	233	532	1.028

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in	2013 in	2012 in
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	238,1	234,1	225,8
Provisionsüberschuss	86,2	85,5	87,1
Personal-/Sachaufwand	211,15	211,4	211,9
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,0	2,1	1,8
Handelsbestand	1,1	1,0	1,3
Betriebsergebnis vor Bewertung	111,9	107,2	100,5
Bewertungsergebnis	+6,7	-8,9	-1,4
Betriebsergebnis nach Bewertung	118,6	98,3	99,1
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-80,8	-64,1	-51,4
Steuern	8,9	-6,2	-20,3
Bilanzgewinn	28,9	27,9	27,4

Prognosebericht

Für das Jahr 2015 plant die Naspa einen Jahresüberschuss von rd. 11. Mio. EUR. Einem dank strategischer Steuerungsmaßnahmen höher geplanten Zinsüberschuss stehen niedrigere Provisionserträge – nicht zuletzt durch sich nachhaltig auswirkende neue regulatorische Vorgaben – und höhere Betriebsaufwendungen gegenüber. Diese werden auch von der Vorbereitung und Umsetzung strategischer Maßnahmen beeinflusst (rotes „S“).

Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft wird sich lt. Planung im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr modellgetrieben deutlich erhöhen. Gründe hierfür liegen in einem abermals atypisch niedrigen Bewertungsergebnis im Jahr 2014. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird weiterhin mit einem von Portfoliowerten abgeleiteten Durchschnittswert geplant.

Allerdings ist aufgrund der aktuellen Entwicklung des Bundesbank-Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen nicht auszuschließen, dass 2015 die tatsächlichen Belastungen, primär in Neutraler Rechnung, die geplante Höhe übersteigen werden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit eine tragfähige Lösung der Pensionsthematik zu finden und zügig umzusetzen.

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)

4.1 Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR



Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.taunus.info

Mitglieder: Bad Homburg v.d.Höhe, Hochtaunuskreis,
Landkreis Limburg-Weilburg, Stadt Bad Camberg,
Stadt Oberursel, Gemeinde Weilrod,
Gemeinde Schmitten, HoGa Taunus

Gründungsjahr: 1970

Verbandsumlage: 1.124,80 Euro

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Folgende Aufgaben nimmt die Gesellschaft Hochtaunusstraße GbR wahr:

- die Hochtaunusstrasse zu beschildern; auch durch Hinweise auf besondere landschaftliche Gegebenheiten und Sehenswürdigkeiten;
- für die Hochtaunusstrasse und die daran liegenden oder erreichbaren Erholungsgebiete zu werben;
- die in den Orten an dieser Straße stattfindenden heimatlichen Veranstaltungen zu fördern und damit den Besuch attraktiv zu machen;
- die Landschaftspflege im Bereich der Hochtaunusstrasse zu fördern;
- auf einen guten Zustand der Hochtaunusstrasse hinzuwirken.

Organe der Gesellschaft

Verbandsvorstand:	Landrat Ulrich Krebs	Vorsitzender
	Wolfgang Erk	stellv. Vorsitzender

Geschäftsführerin: Daniela Krebs

Vertreter des Landkreises Limburg-Weilburg: Lars Wittmaack (WfG)

4.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Organ der staatlichen Wohnungspolitik - Ffm



Unternehmensportrait

Adresse:	Schaumainkai 47, 60596 Frankfurt		
Homepage:	www.naheimst.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Land Hessen	61.545.124,07 Euro	56,021 %
(Auszug)	Stadt Frankfurt	34.180.833,71 Euro	31,113 %
	LK Limburg-Weilburg	9.970,19 Euro	0,009 %
Stammkapital:	109.860.775,22 Euro		
Gründungsjahr:	26.06.1928		
Gesell.-vertrag:	vom 19. Dezember 2004, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011		

Beteiligungen: (Auszug, hier nur Beteiligungen über 20 %)

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und WohnungsbauGmbH Kassel	88,95 %
Garagen-Bau- und Betriebsgesellschaft mbH, Kassel	60,00 %
NH Gesellschaft für Innovative Projekte im Wohnungsbau mbH	100,00 %
MET Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH, Kassel	100,00 %
Wohnungsgesellschaft Dietzenbach GmbH, Dietzenbach	33,33 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Ziel des Unternehmens ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Berücksichtigung von Wohnungssuchenden, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Nassauische Heimstätte ist im Unternehmensverbund mit der WOHNSTADT Städteentwicklung- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH Kassel in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit rund 62.000 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienwirtschaft mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilien angeboten. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.

Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsolidiert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilsverkauf erfolgt, sodass die bestehende Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische

Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Außerdem werden die operativen Teilleistungen bei der WOHNSTADT im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend von der Nassauischen Heimstätte erbracht.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat	Florian Rentsch	bis 24.03.2104, Vorsitzender
	Priska Hinz	ab 24.03.2014, Vorsitzende
	Peter Feldmann	stv. Vorsitzender
	Jens Bersch	stv. Vorsitzender
	Markus Amon	
	Ulrich Baier	
	Dagmar Brinkmann	
	Gerd Brückmann	
	Ulrich Caspar	ab 02.07.2014
	Elmar Damm	
	Dr. Christian Hermann	
	Hans-Joachim Hertling	
	Marion Hofmann	
	Wolfgang Koberg	
	Andreas Koch	ab 08.07.2014
	Werner Koch	
	Bernhard Köppler	
	Sascha Langknecht	
	Dr. Walter Lübcke	
	Elke Maiberger	
Peter Mensinger		
Thomas Metz	ab 24.03.2014	
Gottfried Milde	bis 14.05.2014	
Werner Müller	bis 08.07.2014	
Geschäftsführung	Dr. Thomas Hain	Ltd. Geschäftsführer
	Dr. Constantin Westphal	
	Prof. Dr. Joachim Pös	

Landrat Manfred Michel als Mitglied im Beirat „Bauen und Stadtentwicklung“ und „Wohnungswirtschaft“.

Bezüge

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bei der Gesellschaft betragen 792.889,04 Euro. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 18.099,01 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	821.914,00	646.461,00	778.472,00
Sachanlagen	1.100.768.568,15	1.073.116.134,32	1.065.346.089,49
Finanzanlagen	171.313.753,94	176.553.509,44	142.791.530,98
Umlaufvermögen	108.220.959,32	104.803.555,25	141.766.293,92
Forderungen	24.991.827,01	16.225.681,78	14.635.344,38

Wertpapiere, Kassenbestand	126.351.884,36	100.796.783,39	99.152.665,16
Rechnungsabgrenzungsposten	1.572.448,13	1.903.350,36	2.308.179,44
Summe Aktiva	1.534.041.354,91	1.474.045.475,54	1.466.778.875,37

Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital	109.860.775,22	109.860.775,22	109.860.775,22
Kapitalrücklage	8.282.928,48	8.282.928,48	8.282.928,45
Sonstige Rücklagen	296.287.399,34	272.853.194,61	243.056.989,92
Bilanzgewinn	35.591.723,98	27.826.504,68	34.188.504,64
Rückstellungen	34.433.366,81	29.432.433,67	29.985.119,30
Verbindlichkeiten	1.047.595.444,76	1.025.789.638,88	1.041.399.726,55
Rechnungsabgrenzungsposten	1.989.716,32	0,00	4.531,26
Summe Passiva	1.534.041.354,91	1.474.045.475,54	1.466.778.575,37

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
+ Umsatzerlöse	280.835.975,97	309.017.001,59	290.007.545,55
+ Erhöhung des Bestandes	801.016,98	1.385.818,34	50.800,31
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	6.855.771,40	3.857.580,64	3.347.529,57
+ sonstige betriebliche Erträge	2.260.000,90	2.869.800,76	5.966.112,29
- Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen	130.872.414,77	159.759.926,47	139.932.000,79
- Personalaufwand	49.488.627,96	45.109.002,78	44.387.024,61
- Abschreibungen	34.964.633,61	32.856.793,94	32.011.512,73
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.281.786,34	15.321.489,37	14.122.984,74
+ Erträge aus Beteiligungen	852.083,29	586.185,67	651.774,20
+ Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	11.207.846,15	0,00	0,00
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	1.656.163,33	1.644.057,18	1.718.417,80
+ Sonstige Zinsen und Erträge	693.314,01	723.361,09	1.135.310,11
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.312.259,00	137.500,00	581.047,88
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.924.897,62	31.989.048,98	34.408.056,06
Ergebnis der gewöohnl. Geschäftstätigkeit	38.445.518,77	29.851.035,49	37.431.735,60
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.800.900,00	1.975.684,65	1.985.943,03
- Sonstige Steuern	52.894,79	48.846,16	57.287,93
Jahresüberschuss	35.591.723,98	27.826.504,68	35.388.504,64
Einstellung in gesellschaftsvertr. Rücklage			1.200.000,00
Bilanzgewinn			34.188.504,64

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Gesellschaftskapitalanteil des Landkreises Limburg-Weilburg beträgt 9.970,19 Euro. Dies entspricht 0,0091 %.

Im Haushaltsjahr 2014 wurde eine Dividende in Höhe von 4% auf die Stammkapitalbeteiligung (398,81 Euro abzügl. Steuern) gezahlt.

4.3 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Georg-Schlosser-Straße 1, 35390 Gießen

Homepage: www.mittelhessen.org

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351 Euro	5,40 %
	Lahn-Dill-Kreis	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351 Euro	5,40 %
	Vogelsbergkreis	1.351 Euro	5,40 %
	Stadt Limburg a.d. Lahn	676 Euro	2,70 %
	Stadt Wetzlar	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Marburg	1.351 Euro	5,40 %
	HWK Wiesbaden	2.838 Euro	11,35 %
	HWK Kassel	878 Euro	3,51 %
	IHK Gießen-Friedberg	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Kassel-Marburg	2.027 Euro	8,11 %
	IHK Lahn-Dill	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Limburg	946 Euro	3,78 %
	Justus-Liebig-Universität Gießen	338 Euro	1,35 %
	Phillips-Universität Marburg	338 Euro	1,35 %
	THM Techn.Hochschule Mittelhes.	338 Euro	1,35 %
	Mittelhessen e.V.	1.051 Euro	4,06 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 27. Dezember 2012

Gesell.-vertrag: 27. Dezember 2012

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Jens Ihle, Gießen

Aufsichtsrat: Klaus Repp
(Auszug) Egon Vaupel
Manfred Michel, Landrat

Vorsitzender
stell. Vorsitzender

Bezüge

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.
Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführer unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Anlagevermögen/gewerbliche Schutzrechte	64,00	123,00	
Sachanlagen, BGA	1.670,00	490,00	
Umlaufvermögen/FO/Sonstige Vermögensgegenstände	35.332,37	82.560,77	
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	191.277,36	78.512,10	
Rechnungsabgrenzungsposten	2.928,92	60,62	
Summe Aktiva	231.272,65	161.746,49	0,00
Passiva	2014 in €	2013 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen			-25.000,00
Gewinnvortrag	28.294,35	0,00	
Jahresüberschuss	60.321,08	28.294,35	
Rückstellungen	81.498,77	78.315,63	
Verbindlichkeiten	34.358,44	29.796,47	
Rechnungsabgrenzungsposten	1.800,01	340,04	
Summe Passiva	231.272,65	161.746,49	0,00

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	254.940,44	203.985,02
+ sonstige betriebliche Erträge	764.388,91	720.956,95
- Personalaufwand	299.214,51	265.636,19
- Abschreibungen	1.386,93	195,50
- sonstige betriebliche Aufwendungen	588.626,50	571.382,35
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	56,38	66,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	130.157,79	87.793,98
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66.558,77	
- sonstige Steuern	3.277,94	59.499,63
Jahresüberschuss	60.321,08	28.294,35

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Mit dieser Beteiligung verbunden ist eine jährliche Zahlung von 20.000 Euro zur laufenden Finanzierung der GmbH.

Situationsbericht

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter der Nummer HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach § 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des dritten Buches des HGB aufzustellen.

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessen. Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, welche die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bewerkstelligen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland im vergangenen Jahr mit 1,5 % deutlich stärker gestiegen als in den Jahren 2013 (+0,1%) und 2012 (+0,4%). Die deutsche Wirtschaft ist weiterhin in einer guten Verfassung. Die deutschen Unternehmen sind wettbewerbsfähig und in vielen Feldern führend auf dem Weltmarkt. Die Beschäftigung in Deutschland nimmt

weiter zu. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte expandieren weiter. Das Wirtschaftswachstum hatte sich im Verlauf des vergangenen Jahres nach einem starken ersten Quartal deutlich abgeschwächt. Insbesondere die Investitionsdynamik in den Unternehmen blieb vor dem Hintergrund einer enttäuschenden weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Verunsicherung durch erhöhte geopolitische Risiken hinter den Erwartungen zurück. In den letzten Monaten des Jahres setzte jedoch eine Erholung ein, getrieben von einem starken Arbeitsmarkt und starkem Konsum.

Die Erholung zeigt sich auch in einer verbesserten Stimmung der Unternehmen. Diese Entwicklung dürfte sich im Jahr 2015 fortsetzen, getragen von einem höheren weltwirtschaftlichen Wachstum und einer Erholung der Investitionstätigkeit. Für das konjunktursensible Verarbeitende Gewerbe lassen Indikatoren wie Auftragseingänge eine moderate Ausweitung erwarten. Die Dienstleistungen dürften ihren weniger konjunkturabhängigen Aufwärtstrend der Vergangenheit fortsetzen. Auch die zuletzt leichten Verbesserungen der Stimmungsindikatoren wie des ifo-Geschäftsklimas sind Anzeichen für eine Erholung der wirtschaftlichen Aktivität nach der Schwächephase in der Mitte des vergangenen Jahres.

Die deutsche Wirtschaft steht vor den Herausforderungen eines beschleunigten technologischen Wandels und einer alternden Gesellschaft. Innovationen und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit sind für Deutschland daher von zentraler Bedeutung. Um Deutschland auf dem Gebiet der Innovationen weiter voranzubringen, hat die Bundesregierung im September 2014 die neue Hightech-Strategie verabschiedet. Diese Strategie bündelt vielfältige Maßnahmen und zeigt wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen von Innovationen auf. Sie identifiziert prioritäre Zukunftsfelder, auf denen zukunftsweisende, anwendungsorientierte Forschung die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen vorantreibt.

Die Hightech-Strategie identifiziert sechs prioritäre Zukunftsfelder, auf denen zukunftsweisende, anwendungsorientierte Forschung die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen vorantreibt: Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Nachhaltiges Wirtschaften und Energie, Innovative Arbeitswelt, Gesundes Leben, Intelligente Mobilität und Zivile Sicherheit.

Im Rahmen der Hightech-Strategie wird die Bundesregierung außerdem die Zusammenarbeit von Hochschulen mit Unternehmen weiter stärken. Spitzencluster, Zukunftsprojekte und vergleichbare Netzwerke werden dabei unterstützt, die strategische Zusammenarbeit mit anderen Innovationsregionen in der Welt auszubauen.

Ein wichtiges Instrument ist in diesem Zusammenhang das Regionalmanagement, das spezifische regionale Entwicklungsaufgaben im Rahmen der regionalen Wettbewerbsstärkung übernimmt. Ein Regionalmanagement kann aber ohne die Beteiligungsbereitschaft der regionalen Akteure eine Region kaum weiterentwickeln. Für das Regionalmanagement

besteht in dieser Hinsicht die besondere Herausforderung, die vielfältigen Interessen und Zielvorstellungen der für die Regionalentwicklung relevanten Stakeholder zu berücksichtigen. Zwangsläufig muss ein Mindestmaß an Übereinstimmung und Einigkeit zwischen den Anspruchsgruppen bestehen, wenn durch Aktivitäten des Regionalmanagements Synergien und Wettbewerbsvorteile entstehen sollen. Dazu wurde der oben beschriebene Strategieprozess umgesetzt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2014 erfolgte entsprechend der angepassten Planung.

Für 2015 wird entsprechend der Budgetplanung mit einem Jahresüberschuss von mindestens T€3,7 EUR gerechnet.

Die RMG wird auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die ausgeschriebenen Förderprojekte und Fördermöglichkeiten müssen inhaltlich passen, und der Fördergeber ist zu überzeugen, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH eine geeignete Institution für die Projekte ist. Somit steht die GmbH im Wettbewerb um Fördergelder - teils auch mit den eigenen Gesellschaftern und deren Tochterunternehmen. Die Drittmittelakquise ist aber auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig.

Die neue EU-Förderperiode hat am 1. Januar 2014 begonnen. Die Identifikation von Projekten, die Bedarfe der Region, die Rolle des Regionalmanagement als koordinierende Kraft die Förderprogramme in Einklang zu bringen, ist eine schwierige Aufgabe. So ist z. B. die Förderung von Regionalmanagement in Teilregionen Hessens im EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) in der sog. Prioritätenachse 1 "Stärkung von Forschung, technische Entwicklung und Innovation" eingeordnet. Somit sind u.a. die Aufgaben des Standortmarketings in diesem Förderprogramm nicht mehr förderfähig, trotzdem aber einer der Kernaufgaben der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH. Die künftige Notwendigkeit, Kooperationsprojekte auf regionaler Ebene umzusetzen, scheint aufgrund der zunehmend kleineren Fördertöpfe hingegen sehr wahrscheinlich.

Chancenbericht

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projekte über die RMG umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als Projektplattform dienen. Beispielhaft ist hier die Konzeption und Durchführung des mittelhessischen Gemeinschaftsstandes auf der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München zu nennen.

Außerdem befinden sich Projekte im Bereich Fachkräftemarketing in der Umsetzung, weitere sind in Planung. Beides soll zu Umsatzerlösen führen. Dabei handelt es sich um die Projekte Mittelhessen Connect (bereits in Umsetzung) und eine regionale

Karriereveranstaltung für Absolventen. Im erstgenannten Projekt wurde ein Vertrag mit einem Dienstleister abgeschlossen, der eine erfolgsbedingte Umsatzbeteiligung garantiert. Die regionale Wirtschaft wünscht sich besseren Zugang zu den Absolventen der drei mittelhessischen Hochschulen. Hier laufen Gespräche mit einem Partnerunternehmen, um entsprechende Formate zu organisieren. Der Beitrag der RMG ist dabei die Akquise der Partner sowie die Durchführung der gesamten Öffentlichkeitsarbeit. Diese Dienstleistungen der RMG führen zu potentiellen Umsatzbeteiligungen.

Eine wichtige Plattform für künftige Kooperationsprojekte und deren Umsetzungen stellt die neue Website der RMG dar. Da Mittelhessen ein heterogener Wirtschaftsraum ist und über 15 Tageszeitungen hier berichten, ist die offizielle Seite der Region eine attraktive Plattform, um Onlinedienste anzubieten. Hierzu ist die neu konzipierte Website sehr gut geeignet. Das o. g. Beispiel Mittelhessen Connect ist die erste Umsetzung dazu.

Eine Steuerungsgruppe aus den fünf Landkreisen erarbeitet ein Konzept, wie die Entwicklung digitaler Dienste zu katalysieren sei. Diese Ideen sind eng in Einklang mit der oben genannten Entwicklung und Bedeutung der Website www.mittelhessen.eu zu bringen. Hier entstehen potentielle Kooperationsplattformen und neue Einnahmequellen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art.

Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt. Die RMG begleicht ihre Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet, vierteljährlich zu den Stichtagen am 20.01., 20.04., 20.07. und 20.10. einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch die beauftragte Buchführungs- und Steuerberatungskanzlei.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

4.4 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim a.T.

Homepage: www.rmv.de

	Euro	%
Gesellschafter: Hess. Ministerium der Finanzen	25.564,59	3,704
Stadt Darmstadt	25.564,59	3,704
Stadt Frankfurt a.M.	25.564,59	3,704
Stadt Offenbach a.M.	25.564,59	3,704
Stadt Wiesbaden	25.564,59	3,704
Stadt Bad Homburg v.d.H.	25.564,59	3,704
Stadt Fulda	25.564,59	3,704
Stadt Gießen	25.564,59	3,704
Stadt Hanau	25.564,59	3,704
Stadt Marburg	25.564,59	3,704
Stadt Rüsselsheim	25.564,59	3,704
Stadt Wetzlar	25.564,59	3,704
Landkreis Darmstadt-Dieburg	25.564,59	3,704
Landkreis Fulda	25.564,59	3,704
Landkreis Gießen	25.564,59	3,704
Landkreis Groß-Gerau	25.564,59	3,704
Landkreis Hochtaunuskreis	25.564,59	3,704
Landkreis Lahn-Dill	25.564,59	3,704
Landkreis Limburg-Weilburg	25.564,59	3,704
Landkreis Main-Kinzig	25.564,59	3,704
Landkreis Main-Taunus	25.564,59	3,704
Landkreis Marburg-Biedenkopf	25.564,59	3,704
Odenwaldkreis	25.564,59	3,704
Landkreis Offenbach	25.564,59	3,704
Rheingau-Taunus-Kreis	25.564,59	3,704
Vogelsbergkreis	25.564,59	3,704
Wetteraukreis	25.564,59	3,704

Stammkapital: 690.244,03 Euro

Gründungsjahr: 1994

	Euro	%
Beteiligungen: -Rhein-Main-Verkehrsverbund		
Service GmbH (rms)	125.000,00	100
-Fahrzeugmanagement Region Frankfurt		
RheinMain GmbH (fahma)	100.000,00	100
-ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement		
Region Frankfurt RheinMain (ivm)	30.000,00	12,45
-RTW Planungsgesellschaft mbH	10.000,00	33,33
-VDV eTicket Service GmbH & Co. KG	100.000,00	11,27

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

Regionalisierter regionaler Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:	Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadt Frankfurt	Vorsitzender
	Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis	stellv. Vorsitzender
	Staatssekretär Steffen Saebisch, Land Hessen	
	Staatssek. Prof. Dr. Luise Hölscher, Land Hessen	bis 30.09.2013
	Stadträtin Brigitte Lindscheid, Stadt Darmstadt	
	Bürgermeister Peter Schneider, Stadt Offenbach am Main	
	Stadträtin Sigrid Möricke, Stadt Wiesbaden	
	OBM Michael Korwisi, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	
	Oberbürgermeister Gerhard Möller, Stadt Fulda	
	Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, Stadt Gießen	
	Stadtrat Axel Weiss-Thiel, Stadt Hanau	bis 02.09.2013
	Stadtrat Andreas Kowol, Stadt Hanau	ab 02.09.2013
	Oberbürgermeister Egon Vaupel, Stadt Marburg	
	OBM Patrick Burghardt Stadt Rüsselsheim	bis 08.07.2013
	Stadtrat Nils Kraft, Stadt Rüsselsheim	ab 08.07.2013
	Oberbürgermeister Wolfram Dette, Stadt Wetzlar	
	Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann, LK Darmstadt-Dieburg	
	Landrat Bernd Woide, Landkreis Fulda	
	Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen	
	Kreisbeigeordneter Gerald Kummer, Kreis Groß-Gerau	
	Landrat Wolfgang Schuster, Lahn-Dill-Kreis	
	Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg,	
	Landrat Michael Cyriax, Main-Taunus-Kreis	
	Kreisbeigeordneter Dr. Karsten McGovern, LK Marburg-Biedenkopf	
	Landrat Dietrich Kübler, Odenwaldkreis	
	Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Kreis Offenbach	
	Landrat Burkhard Albers, Rheingau-Taunus-Kreis	
	Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis	
	Landrat Joachim Arnold, Wetteraukreis	

Gesellschafterversammlung: u.a. Landrat Manfred Michel, Limburg-Weilburg

Geschäftsführung: Prof. Knut Ringat, Sprecher der GF

Klaus-Peter Güttler

Stellvertreter

Susanne Bieling

oder Prokuristen:

Kai Daubertshäuser

Thomas Busch

Thomas Kern

Jörg Puzicha

Unternehmensdaten

Bilanz	2014	2013	2012
AKTIVA	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	6.277	7.060	7.834
Finanzanlagen	1.609	1.309	1.009
Anlagevermögen	7.886	8.369	8.843
Vorräte	89	89	89
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	25.739	22.839	21.324
Kassenbestand, Wertpapiere	709	1074	1.274
Liquide Mittel	387	-	-
Umlaufvermögen	26.924	24.002	22.686
Rechnungsabgrenzungsposten	357	127	132
SUMME AKTIVA	35.167	32.498	31.661

	2014	2013	2012
PASSIVA	TEUR	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	690	690	690
Rücklagen	1.481	1.481	1.481
Eigenkapital	2.171	2.171	2.171
Sonderposten für Zuschüsse	7.886	8.369	8.843
Rückstellungen	15.983	14.568	13.818
Verbindlichkeiten	9.052	7.384	6.824
Rechnungsabgrenzungsposten	75	6	5
SUMME PASSIVA	35.167	32.498	31.661

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 TEUR	2013 TEUR	2012 TEUR
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	38.306	31.367	34.116
+ Umsatzerlöse	1.960	2.589	3.564
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.012	1.549	1.368
- Zuführung zu Sonderp. für Zuschüsse zum AV	3.138	2.988	2.390
- Materialaufwand	21.277	17.515	21.969
- Personalaufwand	11.059	10.326	9.420
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.339	5.424	5.649
+ Erträge aus Gewinnabführung	1.602	1.411	1.202
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	96	157	128
- Abschreibungen auf Finanzanlagen etc.	5	8	0
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	479	434	572
Betriebsergebnis	1.179	378	379
- Außerordentliche Aufwendungen	1.179	378	379
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Im Berichtsjahr wurden Umlagenanteile in Höhe von gesamt 107.268,34 Euro zur Komplementärfinanzierung der RMV GmbH gezahlt.

Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut in %
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital)	6,2%	6,7 %	
Eigenkapitalrendite (Jahresergebnis / (Gez.Kapital+Rücklagen))	0,0%	0,0 %	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEUR)	1.067	1.824	
Sachanlagenintensität (Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen)	17,8%	21,7 %	
Sonstige Kennzahlen			
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	132	125	
Anzahl der Linien des lokalen u. regionalen Verkehrs im RMV	980	1.013	
Angebotskilometer (lokaler Verkehr, in TNUTZKm)	139.901	139.827	
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	62.665	63.657	
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	11.800	12.100	

Situationsbericht

Grundsätzliche Regelung über Verlustabdeckung, Gewinnabführung, Konzessionsabgabe

Grundsätzlich ist die RMV GmbH nach ihrem Gesellschaftsvertrag kein gewinnorientiertes Unternehmen, so dass das Jahresergebnis sich immer mit Null darstellt. Dies ist darin begründet, dass die nicht verbrauchten Landesmittel bisher an das Land Hessen zurückgeführt werden müssen und seit Einführung der Pauschalierung auf das nächste Jahr übertragen werden, ohne dass sie als Gewinn in der Bilanz dargestellt werden.

Auszug aus dem Lagebericht

Allgemeines

Die mittelfristige Finanzierung im RMV wurde bisher durch die geschlossene Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen gesichert, die im Jahr 2014 ausgelaufen ist. Da die Revision der Regionalisierungsmittel ab dem Jahr 2015 weiterhin nicht umgesetzt worden ist, wurde die Finanzierungsvereinbarung des RMV im Rahmen einer Änderungsvereinbarung mit dem Land Hessen um zwei Jahre ohne Dynamisierung verlängert.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte das Abschlussgespräch zu der am 14.09.2012 ergangenen Anordnung zur Umsatzsteuersonderprüfung für die Jahre 2011 bis 2013. Der jährlich wechselnde steuerbare Anteil der Gesellschafterfinanzierung wurde hierbei einer erneuten Prüfung unterzogen. Im Abschlussgespräch wurde eine stufenweise Anpassung der umsatzsteuerlichen Anteile ab 2011 festgestellt. Ab dem

Geschäftsjahr 2015 ff. beträgt der steuerpflichtige Anteil der Gesellschafterfinanzierung 40%.

Im Geschäftsjahr konnte der Nahverkehrsplan zum Abschluss gebracht werden und bei einer Veranstaltung in Wiesbaden den Vertretern der Medien präsentiert werden.

Im Marketing wurde die Modernisierung der Dachmarke RMV und die schrittweise Umsetzung des Corporate Design (CD) für die Kundenkommunikationsmedien weiter entwickelt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein RMV-Einnahmensicherungsprojekt gestartet. Hierfür wurde ein RMV-Prüf- und ServiceTeam im Hause der rms (Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft) angesiedelt.

Im Bereich der Forschungs- und Förderprojekte ((eSIM 2020 (EFM-Systemintegration und Migration für den Zielhorizont 2020) sind im Geschäftsjahr die technologischen Grundlagen für das elektronische Fahrgeldmanagementsystem „Be-In-Be-Out“ weiter erforscht worden. Im Förderprojekt DYNAMO (dynamische, nahtlose Mobilitätsinformation) wird die Entwicklung eines digitalen dynamischen Reisebegleitdienstes erfolgreich weitergeführt.

Ergebnisse der Beteiligungen

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht von TEUR 8.964 auf TEUR 10.070 gestiegen. Die Gesamtleistung der rms GmbH betrug TEUR 10.662 (Vorjahr TEUR 11.294). In der Gesamtleistung ist auch die Bewertung der laufenden Projekte (Bestandsveränderungen) enthalten. Das Erlösvolumen mit Dritten beträgt TEUR 2.303. Weiterhin wurden Umsätze in Höhe von TEUR 332 mit Fördermitteln aus Forschungsprojekten erzielt. Der Anteil der Drittumsätze und Fördermittel aus Forschungsprojekten am Gesamtumsatz liegt dabei bei TEUR 2.635 bzw. 26%.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Nutzungsüberlassung analog zum Vorjahr in Höhe von TEUR 6.682. Diesen standen Abschreibungen von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 2.169 gegenüber.

Das Jahresergebnis der fahma für das Geschäftsjahr 2014 beträgt TEUR 1.287 (im Vorjahr TEUR 1.102). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.

Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2013 (TEUR 300) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt. Eine Beschlussfassung durch die Gesellschafter erfolgte am 25. November 2014.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 8.115 auf TEUR 7.020. Ab dem 26.11.2014 ist mit Beschluss vom Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung und am gleichen Tag erfolgter notarieller Beurkundung die Befristung der Gesellschaft entfallen; außerdem sind die Städte Eschborn, Schwalbach und Neu-Isenburg sowie das Land Hessen der Gesellschaft als Gesellschafter beigetreten. Die Gesellschafter Eschborn, Schwalbach und Neu-Isenburg übernehmen Budgetanteile der jeweiligen Kreise, denen sie zugehörig sind.

VDV eTicket GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 10,13% der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 362 auf TEUR 2.434 zu. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 304 aus. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um TEUR 162 weiter verbessert werden.

4.5 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG



Adresse: Baumeisterweg 17, 35576 Wetzlar

Homepage: www.gewobausparbauwz.de

Geschäftsanteil: 5.500 Euro 0,293 %

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 220 Euro ausgezahlt.

4.6 Vereinigte Volksbank Limburg eG



Adresse: Werner-Senger-Straße 8, 65549 Limburg

Homepage: www.vvblm.de

Geschäftsanteil: 50 Euro (Mitgliedsnummer 800273765)

Für diesen Geschäftsanteil wurde eine Dividende in Höhe von 2,53 Euro ausgezahlt.

Geschäftsanteile: 200 Euro (4 Anteile; Mitgliedsnummer 800072085)

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 10,11 Euro ausgezahlt.

4.7 VoBa: Frankfurter Volksbank eG



Adresse: Börsenstraße 1, 60313 Frankfurt

Homepage: www.frankfurter-volksbank.de

Geschäftsanteil: 100 Euro

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 5,06 Euro ausgezahlt.

Landrat Manfred Michel als Mitglied in Vertreterversammlung

4.8 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43,65549 Limburg		
Homepage:	www.wfg-limburg-weilburg-diez.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	19.300 €	18,75 %
	die Städte Hadamar, Runkel, Limburg, Weilburg, Diez und Verbandsgemeinde Diez	je 1.800 €	1,75%
	Gemeinde Beselich, Dornburg, Hünfelden, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Selters, Villmar, Waldbrunn, Elz, Brechen, Weilmünster, Weinbach		
	Kreissparkasse Limburg	5.150 €	5,00%
	Kreissparkasse Weilburg	5.150 €	5,00%
	Nassauische Sparkasse	5.150 €	5,00%
	Vereinigte Volksbank e.G. Limburg	3.550 €	3,40%
	Volksbank Mittelhessen e.G.	2.600 €	2,50%
	Frankfurter Volksbank (vorm. Weilmünster)	1.450 €	1,35%
	Volksbank Schubbach	450 €	0,40%
	Volksbank Langendernbach	400 €	0,35%
	Förderverein RegionAktiv e.V. (7 VR 828)	1.800 €	1,75%
	Industrie und Handelskammer Limburg	12.800 €	12,50%
	Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	12.800 €	12,50%
Stammkapital:	103.000 Euro		
Gründungsjahr:	12. April 1994		
Gesell.-vertrag:	12. April 1994, letzte Fassung vom 7. April 2009		
Beteiligungen:	Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist es, von öffentlicher Seite beste Bedingungen zu schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Wohl des jeweiligen Gebietes zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die Bestandssicherung und -erweiterung der ansässigen Firmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Über diese klassische Aufgabe hinaus, ist die Wirtschaftsförderung mehr und mehr mit Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet betraut. Beispielhaft seien hier die Schlagwörter Demographie und Fachkräftebedarf, die erneuerbaren Energien, die

Tourismusförderung und der Ausbau der Breitbandversorgung genannt. Die Wirtschaftsförderung ist dabei ständig neu vor die Aufgabe gestellt, in Anbetracht vergleichsweise geringer personeller und finanzieller Ressourcen ein stetig wachsendes Spektrum von Verantwortlichkeiten zu vereinen.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG) ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Region Limburg-Weilburg und Diez. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Gesellschaft in der Initiierung, Gestaltung, Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur indirekten Wirtschaftsförderung in der Region tätig.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Walter Gerharz

**Gesellschafter-
versammlung:** (*Auszug*) Mitglieder des Kreisausschusses:
Peter Trottmann
Silvia Scheu-Menzer
Christian Radkovsky

Aufsichtsrat: Manfred Michel, Landrat Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter stellv. Vorsitzender
Werner Schlenz, Bürgermeister
Reiner Kuhl, Bürgermeister
Stefan Laßmann, Kreishandwerkerschaft
Frank Dobra, Stadtbürgermeister
Alfred Ullner, Vorstand Vereinigte VoBa eG LM
Norbert Oestreicher, Geschäftsführer IHK
Patrick Ehlen, Vorstand KSK Limburg
Thorsten Sprenger, Bürgermeister
Michael Stanke, 1.Stadtrat
Marlene Schmitz, Vorsitzende Region Aktiv e.V.

Bezüge

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr seitens der Gesellschaft keine Aufwandsentschädigungen geleistet.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	2,00	2,00	2,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,00	12,00	12,00
Beteiligungen	7.002.676,06	7.002.676,06	7.002.676,06
Umlaufvermögen	257.062,19	236.045,63	354.655,71
Kassenbestand, Guthaben bei KI	441.256,31	453.999,18	426.775,68
Rechnungsabgrenzungsposten	735,74	732,80	727,06

SUMME AKTIVA	7.701.744,30	7.693.467,67	7.784.848,51
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00	103.000,00
Verlustvortrag	198.133,64	192.290,71	165.583,59
Jahresüberschuss	7.286,81	5.842,93	26.707,12
Eigenkapital	308.420,45	301.133,64	295.290,71
Rückstellungen	18.300,00	21.220,00	18.520,00
Verbindlichkeiten	7.047.196,53	7.046.344,86	7.146.959,17
- aus Lieferungen und Leistungen	2.379,04	5.888,12	5.780,25
- gegenüber Gesellschaftern	314.444,51	314.444,51	314.444,51
Sonstige Verbindlichkeiten	11.003,77	4.436,54	3.853,87
SUMME PASSIVA	7.701.744,30	7.693.467,67	7.784.848,51

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
+ Erträge aus Zuschüssen	106.505,04	100.112,91	123.468,27
+ sonstige betriebliche Erträge	45.163,31	37.175,06	59.115,52
- Materialaufwand	41.646,63	9.426,57	6.807,60
- Abschreibungen	409,00	144,32	149,81
- sonstige betriebliche Aufwendungen	102.534,25	120.479,72	159.727,15
+ Erträge aus Beteiligungen	219.450,00	218.610,00	317.450,00
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	429,99	1.716,01	5.396,95
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	47.196,53	46.344,86	146.959,17
Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit	13.483,50	10.593,92	32.960,55
- sonstige Steuern	6.196,69	4.750,99	6.253,43
Jahresüberschuss	7.286,81	5.842,93	26.707,12

Geschäftsverlauf

Lagebericht

Themen der Gesellschafterversammlungen waren der ausführliche Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung, der Jahresabschluss 2013, der Wirtschaftsplan 2015 und die Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 2014. Weiterhin erfolgte die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013. Bestätigt wurden auch zwei neue Aufsichtsratsmitglieder. Die Geschäftsführung informierte die Gesellschafter auch über den vollzogenen Beitritt der Stadt Bad Garnberg und der Volksbank Rhein-Lahn eG.

Wie in den Jahren zuvor bestand 2014 das Aufgabengebiet der WFG im Wesentlichen im Angebot und der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Beratungen. Schwerpunkte bildeten hierbei Standortthemen, Fragen zur Infrastrukturplanung, Informationen über Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft sowie betriebswirtschaftliche und teilweise technologische Beratungsleistungen.

Im Rahmen des bei der Geschäftsführung der WFG angesiedelten Regionalmanagements konnten wieder erfolgreich Projekte aus dem europäischen ELER-Fonds finanziell gefördert werden. Zeitgleich erstellte die WFG in Kooperation mit einem beauftragten Planungsbüro und mit finanzieller Unterstützung des Landkreises und

des Landes Hessen ein neues Entwicklungskonzept für den Förderzeitraum 2014 bis 2020. Dieses wurde im Dezember 2014 vom Land Hessen prämiert und ist Voraussetzung um zukünftig LEADER/ELER-Fördermittel für die Region zu erhalten.

Im Bereich der Tourismusförderung, die seit 2011 bei der WFG angesiedelt ist, ergab sich ebenfalls ein breites Aufgabenfeld in den Bereichen der Beratung, der Gästebetreuung und der Erstellung von aktuellen Informationsmaterialien.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld war im Geschäftsjahr 2014 wieder die Breitbandversorgung der Region. Die WFG konnte hier fundierte Beratungsleistungen erbringen und in Kooperation mit dem Landkreis und den Kommunen eine kostengünstige flächendeckende Breitbandversorgung des Landkreises auf den Weg bringen. Der erste Spatenstich für den Ausbau erfolgte am 18. Juli 2014 in Hünfelden-Dauborn.

Ein weiterer Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2014 war die Betreuung und Beratung von Existenzgründern und Unternehmen. Neben Einzelberatungen hatte die WFG zur Unterstützung von Unternehmensgründungen wieder ein umfassendes Jahresprogramm für die Region Limburg-Weilburg-Diez erstellt. Die regelmäßig monatlich durchgeführten Seminare zur Erstinformation von Gründern und Jungunternehmen aus allen Branchen und Gewerken sowie die mit Partnern durchgeführten Unternehmensprechtage waren stets gut besucht.

Im Aufgabenbereich des Standortmarketings ist in 2014 vor allem der gemeinsame erfolgreiche Auftritt der Landkreise, Oberzentren und namhafter Firmen aus Mittelhessen auf der Exporeal in München hervorzuheben.

Zusammen mit der IHK Limburg, der Arbeitsagentur Limburg-Wetzlar und der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg organisierte die WFG im Oktober den jährlichen Gründertag in der Region Limburg-Weilburg-Diez. Es gelang den Organisatoren, alle relevanten Institutionen und Ansprechpartner für Existenzgründer und Jungunternehmer für die Teilnahme zu gewinnen.

Bereits seit 1998 ist die WFG Träger eines Förderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb des Landkreises. Auch in 2014 konnte die WFG Zuschüsse für in der Regel erstmals geschaffene Ausbildungsplätze im Landkreis Limburg-Weilburg vergeben.

Aufgrund der erweiterten personellen Ausstattung konnte die WFG in 2014 in allen Aufgabengebieten erfolgreich ihre Beratungsleistungen sowohl quantitativ als auch qualitativ ausbauen.

Vermögenslage

	2014 in TEUR	%	2013 in TEUR	%	2012 in TEUR	%
Anlagevermögen	7.003	91,0	7.003	91,0	7.003	90,0
Umlaufvermögen/RAP	699	9,1	690	9,0	721	9,0
	7.702	100,0	7.693	100,0	7.785	100,0

	2014 in TEUR	%	2013 in TEUR	%	2012 in TEUR	%
Eigenkapital	308	4,0	301	3,9	295	3,8
Langfristige Verbindlichkeiten	7.314	95,0	7.314	95,1	7.314	94,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	80	1,0	78	1,0	175	2,2
	7.701	100,0	7.693	100,0	7.785	100,0

Im Berichtsjahr haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Finanzlage

	In TEUR	2014	2013	2012
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		14	128	291
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit		0	0	0
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit		1	101	32
Zahlungswirks. Veränderung der Finanzmittelfonds		-13	27	323
Finanzmitte/fonds am Anfang der Periode		454	427	104
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		441	454	427

Ertragslage

	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Ergebnisveränderung TEUR	%
Erträge aus Zuschüssen	106,5	100,1	-6,4	6,4
Betriebsergebnis	-159,2	-163,3	4,1	2,5
Finanzergebnis	172,7	174,0	-1,3	07,
Jahresüberschuss	7,3	5,8	1,5	25,9

Der Jahresüberschuss ist um 1,5 TEUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 als zuverlässige und qualitativ anspruchsvolle Beratungseinrichtung in der Region etabliert. Die aktive Kontaktpflege zu den ansässigen Unternehmen, die Unternehmensnähe und die große Resonanz auf das Beratungs- und Dienstleistungsangebot sprechen für dieses Konzept.

Für die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft ist es weiterhin notwendig, dass die finanzielle Basis auch zukünftig ausreichend gesichert bleibt.

Für das Geschäftsjahr 2015 rechnet die Gesellschaft laut Wirtschaftsplan mit einem leicht negativen Ergebnis.

Mit Vertrag vom 5. Dezember 2006 hat die Gesellschaft einen Vertrag als stiller Gesellschafter mit der Nassauischen Sparkasse mit einer Vermögenseinlage von 7,0 Mio. Euro geschlossen. Die Laufzeit ist auf das Ende des Kalenderjahres 2015

befristet und ist für beide Seiten unkündbar. Es gibt jedoch für die Nassauische Sparkasse ein außerordentliches Kündigungsrecht mit einer Frist von 2 Jahren zum Ende eines Geschäftsjahres, das frühestens zum 31. Dezember 2011 hätte ausgeübt werden können, wenn sich Rechtsvorschriften ändern, die zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Vermögenseinlage führen, als zum Zeitpunkt der Begründung der stillen Gesellschaft.

Für die stille Gesellschaft wird eine Verzinsung im Nennbetrag der Einlage mit dem 12-Monatseuribor zuzüglich einer Marge von 2,58 % gewährt. Die stille Gesellschaft ist an einem etwaigen Verlust der Nassauischen Sparkasse im Verhältnis ihres Buchwertes zum sonstigen am Verlust teilnehmenden haftenden Eigenkapital der Nassauischen Sparkasse beteiligt, jedoch begrenzt auf die Höhe der Vermögenseinlage.

Die Vermögenseinlage wurde in voller Höhe bei einem Kreditinstitut (HSH Nordbank AG) refinanziert. Der Kredit ist endfällig am 30. April 2016 und durch eine 100%ige Ausfallbürgschaft des Landkreises Limburg-Weilburg abgesichert. Es ist lediglich eine außerordentliche Kündigungsfrist vorgesehen.

Mit Datum 16.12.2010 wurde die Laufzeit der Vermögenseinlage prolongiert. In Abänderung von § 4 Abs. 1 des Vertrages über die stille Gesellschaft wurde die Laufzeit der stillen Gesellschaft über den 31. Dezember 2015 hinaus bis zum Ende des Kalenderjahres 2032 verlängert. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg, der die Bürgschaft übernommen hat, hat in seiner 34. Sitzung am 10. Dezember 2010 dieser Prolongation zugestimmt.

Laut mündlicher Auskunft der HSH Nordbank AG wird diese ihren Kredit aufgrund der Änderungen durch Basel 111 offensichtlich nicht verlängern. Der Landkreis und die Geschäftsführung führten diesbezüglich mit der NASPA in 2014 und 2015 bereits Vorgespräche und prüfen aktuell gemeinsam mit der NASPA alternative Finanzierungsmöglichkeiten.

Die WFG wird auch 2015 ihr umfassendes Beratungs- und Dienstleistungsangebot vorhalten und bei Bedarf in Teilbereichen weiter ausbauen. Die Anpassungsfähigkeit an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Beschlüsse der Gesellschafter ist dabei stets gewährleistet.

4.9 ZVN Finanz GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Bosch-Straße 10, 65203 Wiesbaden

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	2.840 Euro	11,4 %
	Landeshauptstadt Wiesbaden	6.150 Euro	24,6 %
	Westerwaldkreis	5.350 Euro	21,4 %
	Rhein-Lahn-Kreis	4.100 Euro	16,4 %
	Main-Taunus-Kreis	3.700 Euro	14,8 %
	Hochtaunuskreis	2.840 Euro	11,4 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 2006

Gesell.-vertrag: 29. September 2006; letzte Änderung im Mai 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital für die Nassauische Sparkasse trägt die ZVN mit dazu bei, ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereichen zu fördern.

Gegenstand des Unternehmens:

Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse (Naspa), welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Andreas Diehl

Gesellschafterversammlung

Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2014 eine Vergütung in Höhe von 1.000 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Aktiva			
Anlageverm., Bet. als stiller Gesellschafter	51.000.000,00	51.000.000,00	51.000.000,00
Umlaufverm. / Forderungen und sonst Verm	2.040.518,00	2.052.636,00	2.583.450,00
Guthaben bei Kreditinstituten	349.420,24	233.407,58	168.095,45
Summe	53.389.938,24	53.286.043,58	53.751.545,45
Passiva			
Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	12.000,00	12.000,00	12.500,00
Einlage des stillen Gesellschafters	39.000.000,00	39.000.000,00	39.000.000,00
Gewinnrücklagen	406.714,16	306.781,21	236.374,64
Jahresüberschuss	96.454,83	99.932,95	70.406,57
Eigenkapital	39.515.668,99	39.419.214,16	39.319.281,21
Genussscheinkapital	12.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00
Rückstellungen	32.849,25	32.922,34	37.791,74
Verbindlichkeiten	1.841.420,00	1.833.907,08	2.394.472,50
Summe	53.389.938,24	53.286.043,58	53.751.545,45

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Sonstige betriebliche Erträge	11,74	710,73	808,25
Personalaufwand, Löhne und Gehälter	1.000,00	1.000,00	1.000,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	8.733,59	7.461,08	7.841,30
Erträge aus d. Bet. als stiller Gesellschafter	2.040.180,00	2.032.770,00	2.583.450,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	492,80	745,06	628,72
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.845.616,52	1.835.844,53	2.397.690,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	185.334,43	189.920,18	178.354,91
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	88.879,60	89.987,23	107.948,34
Jahresüberschuss	96.454,83	99.932,95	70.406,57

Geschäftsverlauf

Die ZVN Finanz GmbH hat per 1. Dezember 2006 eine stille Einlage von 39,0 Mio. EUR erhalten und am gleichen Tag eine stille Einlage von ebenfalls 39,0 Mio. EUR bei der Nassauischen Sparkasse platziert. Die ZVN Finanz GmbH erzielt aus den Geschäften eine Marge. Die bei der Nassauischen Sparkasse platzierte stille Einlage war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2015 befristet. Im Dezember 2010 haben ZVN Finanz GmbH und Nassauische Sparkasse vereinbart, dass die Laufzeit der stillen Einlage bis zum 31. Dezember 2032 prolongiert wird.

Am 29. Februar 2008 hat die ZVN Finanz GmbH einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR an die Naspas Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden, verkauft und am gleichen Tag von der Nassauischen Sparkasse einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR erworben. Daraus erzielt die ZVN Finanz GmbH eine feste Marge. Die Laufzeit der Genussscheine endet jeweils am 31. Dezember 2015.

Damit ist das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterhin tragfähig.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Jahresüberschuss von 96 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2014 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Ausblick

Da die Verzinsungen der stillen Einlagen und der Genussscheine aufeinander abgestimmt sind, wird eine planmäßige Entwicklung der Gesellschaft erwartet. Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtung für die bei ihr platzierte stille Einlage und für den Genussschein aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung sowie im Hinblick auf die stille Einlage ein Anspruch auf Ersatz der für eine Zwischenfinanzierung erforderlichen Aufwendungen.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen. Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlage für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2025 wird im zweiten Halbjahr 2015 und für den Zeitraum vom 1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2032 im zweiten Halbjahr 2025 festgelegt. Hinsichtlich der Refinanzierung der stillen Einlage für den Prolongationszeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2032 sind Vereinbarungen noch zu treffen.

5 Zweckverbände

5.1 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Am Orschbach 2, 54518 Rivenich	
Homepage:	www.mulewf.rlp.de	
Rechtsform:	Zweckverband	
Mitglieder:	Landkreise Ahrweiler, Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Cochem-Zell, Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Limburg-Weilburg Mainz-Bingen, Merzig-Wadern, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis, Saarpfalzkreis, Stadtverband Saarbrücken, Trier-Saarburg,	Altenkirchen (Westerwald), Bad Dürkheim, Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun, Germesheim, Kusel, Ludwigshafen, Mayen-Koblenz, Neunkirchen, Pirmasens, Rhein-Lahn-Kreis Saarlouis St. Wendel, Südliche Weinstraße, Westerwaldkreis,
Stammkapital:	2.200.000 Euro	
Gründungsjahr:	1981 (Hessen)	
Beteiligungen:	Gesellschaft für Tierkörperbeseitigung mbH (GFT)	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichtigen nach dem Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen obliegen.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.

Mitglied: Landrat Manfred Michel

Verbandsvorsteher, Werkausschuss, Werkleitung

Unternehmensdaten

Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Bilanz

Aktiva	2013 in €	2012 in €
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte	5.593,52	21.956,05
Geleistete Anzahlungen	94.439,82	41.816,40
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.222.526,69	7.555.084,01
Maschinen und maschinelle Anlagen	2.997.568,66	3.788.857,05
Fuhrpark	1.648.637,58	1.835.010,76
Betriebs- und Geschäftsausstattung	147.298,31	182.563,19
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	225.666,65	508.143,98
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.478.411,55	1.608.110,89
Fertige Erzeugnisse und Waren	130.270,16	187.417,79
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.734.024,52	1.894.250,82
Forderungen an die Einrichtungsträger	0,00	1.107.147,18
Sonstige Vermögensgegenstände	862.814,50	573.665,98
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	26.509,91	1.021.163,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.661,45	26.620,50
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	43.509.135,45	40.082.294,17
SUMME AKTIVA	61.134.558,77	60.459.732,48
Passiva		
2013 in €		
2012 in €		
A. Eigenkapital		
Stammkapital	2.200.000,00	2.200.000,00
Zweckgebundene Rücklagen	368.130,15	368.130,15
Allgemeine Rücklage	4.878.904,57	4.878.904,57
Verlustvortrag	47.529.958,89	44.892.411,80
Jahresverlust	3.426.211,28	2.637.547,09
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	43.509.135,45	40.082.924,17
B. Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	9.307,00	1.338,99
Sonstige Rückstellungen	44.813.818,07	43.785.221,50
C. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	14.622.449,09	14.614.749,36
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	630.018,22	892.123,23
Verbindlichkeiten ggü. Verbundenen Unternehmen	682.817,69	724.939,78
Verbindlichkeiten ggü. Den Einrichtungsträgern	273.902,98	333.491,68
Sonstige Verbindlichkeiten	102.245,72	107.867,94
SUMME PASSIVA	61.134.558,77	60.459.732,48

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €
1. Umsatzerlöse	12.605.494,34	15.438.264,65
2. Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	-57.147,63	+11.972,81
3. Sonstige betriebliche Erträge	661.088,51	243.133,75
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.771.728,37	2.795.154,55
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.653.545,61	5.683.422,27
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.896.470,79	3.091.920,63
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.289.623,60	4.771.373,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	766,63	6.330,70
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	652.350,32	652.970,03
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.053.516,84	-1.295.139,45
10. Außerordentliches Ergebnis	-1.289.388,96	-1.263.784,13
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.530,18	17.767,74
12. Sonstige Steuern	57.775,30	60.855,77
Jahresverlust	-3.426.211,28	-2.637.547,09

Der Jahresabschluss für das Jahr 2014/2015 lag zum Zeitpunkt des Erstellens des Beteiligungsberichts noch nicht vor.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Je Haushaltsjahr zahlte der Landkreis Limburg-Weilburg eine Verbandsumlage, die sich aus der Satzung des Zweckverbandes errechnet.

Diese betrug in:	2009:	107.366,24 Euro	
	2010:	95.050,16 Euro	
	2011:	84.241,02 Euro	
	2012:	73.275,46 Euro	4,292 %
	2013:	keine Zahlung	
	2014:	keine Zahlung	

Situationsbericht

Bekanntlich hat die Europäische Kommission mit ihrem Beschluss vom 25. April 2012 festgestellt, dass die Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder an den Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg rechtswidrig unter Verletzung des Gemeinschaftsrechts gewährt wurden ("unzulässige Beihilfezahlungen") und deshalb mit dem Binnenmarkt nicht vereinbar sind. Die seit dem 26. Mai 1998 ausgezahlten Beihilfen sind daher von den Verbandsmitgliedern zurückzufordern (rd. 42 Mio. EUR incl. Zinsen). Ausgelöst wurde das Verfahren durch eine am 23. Februar 2008 bei der EU-Kommission eingereichte Beschwerde des Unternehmens "SARIA Bio-Industries AG & Co. KG" (Beschwerdeführerin) im Zusammenhang mit der hoheitlichen Übertragung der Beseitigungspflicht in Nord- und Mittelhessen auf den Zweckverband nach Durchführung eines europaweiten Interessenbekundungsverfahrens.

In der Folgezeit fand die juristische Aufarbeitung statt. Die vom Bund und dem Zweckverband Tierkörperbeseitigung erhobenen Klagen hat das Europäische Ge-

richt (EuG) am 16. Juli 2014 abgewiesen. Sowohl der Zweckverband als auch der Bund haben gegen das Urteil Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingelegt. Die Erfolgsaussichten werden jedoch als eher gering eingeschätzt. Es geht hier vor allem um die grundsätzliche Bedeutung der Entscheidung hinsichtlich des beihilferechtlichen Gestaltungsspielraums der Mitgliedstaaten bei der Organisation von Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Rheinland-Pfalz hat bereits die Auflösung des Zweckverbandes durch Landesgesetz eingeleitet und bereitet derzeit eine Neuorganisation der Beseitigung in öffentlicher Hand vor, da abzusehen ist, dass der Zweckverband die als rechtswidrig eingestuftes Umlagen nicht zurückzahlen kann.

Der Zweckverband wurde mit dem Inkrafttreten des neuen Rheinland-Pfälzischen Gesetzes AGTierNebG zum 19. August 2014 aufgelöst. Die Einsetzung eines Liquidators hat binnen Monatsfrist durch das Rheinland-Pfälzische Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (MULEWF) zu erfolgen.

Die weitere Entsorgung des Materials der Kategorie 1 und Kategorie 2 wird bis zur Neubildung bzw. Arbeitsaufnahme der Nachfolgeeinrichtung durch den Liquidator sichergestellt (§ 6 Abs. 4 des Gesetzes). Material der Kategorie 3 ist nach den Forderungen der EU-Kommission bereits weggefallen, da dies frei handelbar ist.

Zur Altlastenproblematik sieht das Gesetz in § 6 Abs. 7 vor, dass die Beseitigungspflichtigen (rheinland-pfälzische Landkreise und kreisfreien Städte) zum 1. Januar 2015 einen Zweckverband zur Sanierung, Nachsorge und Verwertung des nicht durch den Liquidator verwerteten Vermögens bilden. Laut Aussage des Geschäftsführers des Zweckverbandes handelt es sich dabei in erster Linie um die seit 1979 im Eigentum des Zweckverbandes befindlichen Altstandorte Ochtendung, Altenglan und Spremlingen sowie die nicht mehr im Eigentum des Zweckverbandes stehende TBA Sohrschied. An den Sanierungskosten dieser Altstandorte könnten die beiden hessischen Landkreise Rheingau-Taunus und Limburg-Weilburg sowie die saarländischen Kommunen nicht beteiligt werden.

Hinweis:

Seitens des Landes Hessen wird eine zukünftige öffentlich-rechtliche Organisationsform (die genaue Form ist noch offen) bevorzugt, in der alle hessischen Landkreise und kreisfreien Städte zusammengeschlossen sind (geplant ab 2019). Ein Beitritt zum Zweckverband Hessen-Süd (Entsorgung durch die Firma SÜPRO GmbH & Co. KG) wird am 1. Januar 2016 erfolgen.

5.2 Zweckverband Naturpark Taunus



Unternehmensportrait

Adresse:	Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel		
Homepage:	www.naturpark-taunus.de		
Rechtsform:	Zweckverband		
Gesellschafter:	Hochtaunuskreis		38,22 %
	Main-Taunus-Kreis		32,80 %
	Wetteraukreis		7,61 %
	Stadt Frankfurt am Main		7,61 %
	Landkreis Limburg-Weilburg		6,11 %
	Lahn-Dill-Kreis		6,11 %
	Landkreis Gießen		1,53 %
Gründungsjahr:	1962		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:

Förderung des „Naturparks Taunus“ im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Verbandsumlage	20.800 Euro im Jahr 2012
	21.200 Euro im Jahr 2013
	21.600 Euro im Jahr 2014

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand	Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Hielscher, MTK	stellv. Vorsitzender
	Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen	
	Klaus Wichert, Stadt Frankfurt am Main	
	Karl-Heinz Stoll, Landkreis Limburg-Weilburg	
	Bardo Bayer, Wetteraukreis	
	Wolfgang Hofmann, Lahn-Dill-Kreis	

Verbandsversammlung Kristina Paulenz, Wetteraukreis Vorsitzende
(besteht aus 31 Mitgliedern) Reinhold Ketter, LK Limburg-Weilburg stellv. Vorsitzender
Hartmut Müller, Lahn-Dill-Kreis stellv. Vorsitzender
davon für den Landkreis Limburg-Weilburg:
Ferdinand Muth, Selters
Willi Hamm (Vertreter)
Reinhold Ketter, Weinbach
Christian Radkovsky (Vertreter)

6 Jobcenter

6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

- Adresse:** Cahenslystraße 2, 65549 Limburg
- Homepage:** www.jobcenter-limburg-weilburg.de
- Rechtsform:** Trägerversammlung
- Gründung:** öffentlich-rechtlicher Vertrag vom 18.11.2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Seit dem 1. Januar 2005 gibt es Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (Alg II). In dieser Leistung sind die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt. Zuständig für die Gewährung der Leistungen war bis zum 31. Dezember 2010 der Vorgänger des Jobcenters Limburg-Weilburg, die ARGE Limburg-Weilburg.

Die Wiedereingliederung für Arbeitssuchende in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Aufgabe. Hierfür steht dem Hilfesuchenden ein persönlicher Ansprechpartner an den Standorten des Jobcenters zur Seite.

Neben der Wiedereingliederung ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende – auch als Alg II oder Hartz IV bekannt – das zweite große Aufgabengebiet. Wie die Bezeichnung „Grundsicherung“ schon zeigt, ist damit eine Absicherung des Mindestbedarfs gemeint, eine Sicherung des Existenzminimums, das zum Leben notwendig ist. Diese Absicherung ist für alle gedacht, die dafür zu wenige oder gar keine Mittel haben.

Organe des Unternehmens

Trägerversammlung: Manfred Michel, Landrat
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter
Joachim Veyhelmann
Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Geschäftsführer: Reinhard Penner

Beirat: (Auszug) Wolfgang Erk
Dr. Dirk Hohn
Phillip Jacks

Unternehmensdaten und Situationsbericht

Für 2014 wurden mit der Agentur für Arbeit folgende Ziele vereinbart:

- eine Integrationsquote von 27,1% (- 1,5% zum Vorjahr)
- die Senkung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern um minus 0,8 %

Priorisiertes Ziel war und ist die "Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug". Zur Konkretisierung wird der Zielindikator "Bestand an Langzeitleistungsbeziehern" herangezogen.

Langzeitleistungsbezieher (LZB) sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 17. Lebensjahr vollendet und in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate Leistungen der Grundsicherung bezogen haben. Der Zielindikator erfasst damit sowohl die präventiven Bemühungen der gemeinsamen Einrichtungen, die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht in den Langzeitleistungsbezug übergehen zu lassen, als auch ihre Leistungsfähigkeit den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern zu reduzieren.

Ergänzend zu den genannten Zielen wurden von der Bundesagentur für Arbeit wie im Vorjahr geschäftspolitische Handlungsfelder in unterschiedlicher regionaler Ausprägung benannt:

- Kunden ohne Abschluss zu Fachkräften ausbilden (AusBILDUNG wird was) Langzeitbezieher aktivieren und Integrationschancen erhöhen
- Marktnähe leben, Arbeitgeber erschließen und Integrationen realisieren
- Beschäftigungsmöglichkeiten für Alleinerziehende nutzen
- Jugendliche in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integrieren
- Rechtmäßigkeit und Qualität der operativen Umsetzung sicherstellen (Qualität im Basisgeschäft herstellen)

Auch 2014 stand die "Erstausbildung für junge Erwachsene" bundesweit im Blickpunkt und stellte ein priorisiertes Handlungsfeld in den Rechtskreisen SGB II und SGB 111 dar. Mit der Agentur für Arbeit waren daher auch für 2014 17 begonnene Ausbildungsmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 25 bis unter 35 Jahren vereinbart.

Nach dem Jahresabschluss betragen im Haushaltsjahr 2014 die Ausgaben des Jobcenters rund 61,8 Mio. Euro.

Der Betrag setzt sich zusammen aus:

- Leistungen zum Lebensunterhalt 26,26 Mio. Euro (Alg II und Sozialhilfe)
- Kosten der Unterkunft 22,52 Mio. Euro
- Eingliederungsleistungen 4,33 Mio. Euro
- Bildung- und Teilhabe (Sozialhilfe) 0,22 Mio. Euro

- Verwaltungsaufgaben 8,41 Mio. Euro

Die Dynamik am regionalen Arbeitsmarkt hat nachgelassen. Der Beschäftigungsaufbau verläuft verhaltener. Die Beschäftigungsdaten zum 31. März 2014 (47.823 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort, plus 454 zum I. Q. 2013) machen deutlich, dass die Region nicht der allgemeinen Entwicklung folgt. Zwar nahm die Beschäftigung im ersten Quartal 2014 zu, lag aber mit einem Veränderungswert von nur 1,0% deutlich unter dem Hessenwert von plus 1,6% (Westdeutschland 1,7%).

Die Arbeitslosigkeit sinkt daher auch nicht mehr so stark, wie in den vergangenen Jahren.

Fast zwei Drittel der Arbeitslosen im Landkreis werden in der Grundsicherung betreut. Von den 3.070 Arbeitslosen im SGB II waren im Dezember 2014 46,6% langzeitarbeitslos, 29,6% 50 Jahre und älter und 8,1% unter 25 Jahre alt. Ein Zeitreihenvergleich macht deutlich, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren zwar deutlich reduziert werden konnte, der Abbau jetzt langsamer voranschreitet (zum Dezember des Vorjahres minus 44).

Strukturdaten

2014 erhielten im SGB II durchschnittlich ca. 11.180 Menschen Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes. 2013 waren es 11.188 (minus 0,1% zum Vorjahr). Die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag mit einem Jahresdurchschnittswert von ca. 5.382 über Vorjahresniveau (2013 5.365, plus ca. 0,3% zum VJ). Anzumerken ist, dass nur 67,6% der Leistungsempfänger erwerbsfähig waren. Davon hatten wiederum nur ca. 43,4% den Status arbeitslos. Zu den nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern gehören u. a. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, erwerbstätige Hilfebedürftige (sogenannte Ergänzter) und Menschen, für die aus besonderen Gründen eine Beschäftigungsaufnahme nicht in Betracht kommt (z. B. wegen Kinderbetreuung).

Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II

Mit insgesamt 5,2% (= 4.685 Arbeitslose) fiel die regionale Arbeitslosenquote im Dezember 2014 besser aus, wie im Vorjahresmonat (5,5%). In der Grundsicherung lag die Quote mit 3,4% auf Vorjahresniveau (= 3.070 Arbeitslose). Der Jahresdurchschnittswert der Quote entsprach 2014 dem Wert im Vergleichstyp IIc (beide 3,6%). Die Quote für West-Deutschland fiel etwas höher aus (3,9%).

Im Schnitt wurden ca. 65% der Arbeitslosen im Landkreis vom Jobcenter betreut. Mit der Umsetzung ihres Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms konnte die gemeinsame Einrichtung auch 2014 wieder einen wichtigen Beitrag zum moderaten Verlauf der Arbeitslosenquote in der Region leisten.

Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit

Ein Indikator für individuell verfestigte Arbeitslosigkeit, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Insgesamt konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der langfristigen Betrachtung deutlich reduziert werden (Jahresdurchschnitt 2007: 2.524 Langzeitarbeitslose, 2014: 1.510 Langzeitarbeitslose).

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2005 ein besonderer geschäftspolitischer Schwerpunkt in den Arbeitsmarktprogrammen des Jobcenters. Die erzielten Erfolge spiegeln sich in den Daten der arbeitslosen Jugendlichen wieder. Die Zahl konnte in den letzten Jahren deutlich reduziert werden (Dezember 2009: 306, Dezember 2014: 249 arbeitslose Jugendliche in der Grundsicherung).

Kostenentwicklungen in den Bedarfsgemeinschaften

Die Anpassung der Grundbeträge und die Entwicklung der eLB wirkten sich 2014 auf die Ausgaben für Leistungen zum Lebensunterhalt aus. Im ersten Ladestand Dezember 104 wurde das Vorjahresergebnis um plus 4,2% überschritten (Ausgaben 24,8 Mio. €). Die Leistungen für Unterkunft und Heizung fiel die Entwicklung mit minus 0,2% moderater aus (Ausgaben 21,5 Mio. €). Die Daten werden sich allerdings mit den nächsten Ladeständen noch verändern.

Zielerreichung 2014

Der Bewertung der Zielerreichung erfolgt 2013 auf Grundlage der Controllingdaten des Berichtsmonats Dezember im ersten Ladestand (Daten ohne Wartezeit).

Die nachstehenden Darstellungen folgen der Kennziffernbewertung im Controlling der Bundesagentur für Arbeit.

Integrationsquote

Vereinbarer Zielwert war eine Integrationsquote von 27,1% (das entspricht 2.037 Integrationen). Erreicht hat das Jobcenter mit 1.929 Integrationen eine Integrationsquote von 25,7%. Damit steht das Jobcenter im Vergleichstyp IIC auf Rang 12 von 23 der gemeinsamen Einrichtungen (gE). Von den hessischen gE haben nur die Jobcenter Waldeck-Frankenberg (27,4%) und Schwalm-Eder (30,4%) bessere Integrationsquoten erzielt.

Bis zum Berichtsmonat Juli 2014 lagen die Integrationsergebnisse deutlich über dem unterjährigen Soll. Im Sommer konnten allerdings die guten Ergebnisse aus dem Vorjahr nicht mehr wiederholt werden. Bereits bei der Planung hatte das Jobcenter darauf hingewiesen, dass Kapazitätsverluste in Folge von Personalentzügen durch die BeKo-Schulungen und anschließende Vertiefungsphasen nur zum Teil durch neue unterstützende Aktivierungsangebote (Jobakademien, Vermittlungszentren)

kompensiert werden können. Erschwerend hinzu kamen die nachlassende Dynamik am Arbeitsmarkt, die rückläufige Nachfrage an Helfern, die Situation am Ausbildungsmarkt und der zunehmend komplexere Kundenbestand. Der Anstieg der eLB in der ersten Jahreshälfte wirkte sich nachhaltig auf den Jahresdurchschnittswert der eLB aus und belastet somit bei der Berechnung den Nenner zur Ermittlung der Integrationsquote.

7 Mittelbare Beteiligungen

7.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Im Schlenkert 14, 65549 Limburg	
Homepage:	www.gab-limburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	9. Oktober 1998	
Gesell.-vertrag:	9. Oktober 1998, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens wird insbesondere durch die Trägerschaft von Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Bildung von Jugendlichen, die Beratung und Förderung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen bei der Schaffung von geeigneten Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten erfüllt. Darüber hinaus zeichnet sich die BBG für die Konzipierung, Finanzierung, Organisation und Umsetzung der genannten Initiativen verantwortlich.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Arbeit und Beschäftigung, der Erziehung und Bildung, der Forschung und der Entwicklungshilfe

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Stephan H. Zimmermann, Dietkirchen (ab 28.06.2013)

Bezüge

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge.

Kuratorium

In dieses Gremium können die nachstehenden Institutionen und Körperschaften Vertreter entsenden:

Agentur für Arbeit, Limburg
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg
Industrie- und Handelskammer Limburg

Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft
Adolf-Reichwein-Schule, Limburg
Friedrich-Dessauer-Schule, Limburg
Wilhelm-Knapp-Schule, Weilburg
Peter-Paul-Cahensly-Schule, Limburg
Arbeitskreis Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher
Frauenbeauftragte des Landkreises Limburg-Weilburg
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH

Unternehmensdaten

Bilanz				
Aktiva		2014 in €	2013 in €	2012 in €
Sachanlagen		0,51	0,51	0,51
Sonstige Vermögensgegenstände		7.035,74	8.063,76	7.930,29
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten		41.184,83	20.289,91	36.468,73
Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva		48.221,08	28.354,18	44.399,53
Passiva		2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital		25.564,59	25.564,59	25.564,59
Verlustvortrag		-14.517,27	-14.037,51	-14.657,70
Jahresüberschuss		1.642,86	-479,76	620,19
		12.690,18	11.047,32	11.527,08
Rückstellungen		6.205,41	4.480,00	4.280,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen		2.518,46	900,00	2.962,95
Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin		10.700,75	10.754,71	21.654,34
Sonstige Verbindlichkeiten		1.106,28	1.172,15	3.975,16
Rechnungsabgrenzungsposten		15.000,00	0,00	0,00
Summe Passiva		48.221,08	28.354,18	44.399,53

Gewinn und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
1. Umsatzerlöse	203.175,02	145.369,19	126.464,22
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	517,14
3. Gesamterträge	203.175,02	145.369,19	126.981,36
4. Personalaufwand	190.100,55	135.436,11	120.059,04
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	11.431,61	10.027,17	5.452,13
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	385,67	350,00
Jahresergebnis	1.642,86	-479,76	620,19

Situationsbericht

In 2013 wurden 7 Integrationshelfer (Vorjahr 8) zur Begleitung und Betreuung von behinderten Kindern in der Astrid-Lindgren-Schule Limburg und eine Integrationshelferin für den Rhein-Lahn-Kreis beschäftigt. Weiterhin wurden 13 Personen (im Jahresdurchschnitt 6) im Rahmen des freiwilligen sozialen Jahres eingesetzt.

In 2011 hat das Hessische Kultusministerium das Projekt zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, genannt Inklusion, umgesetzt. Im diesen Rahmen hat der Landkreis Limburg-Weilburg das Förderprogramm Betreuung und Begleitung 2011 aufgelegt und die BBG mit der Übernahme von Integrationshelferstellen beauftragt.

Nach einem Jahresfehlbetrag von € 479,76 in 2013 ist in 2014 ein leichter Jahresüberschuss in Höhe von € 1.642,86 entstanden.

Auf der Grundlage der beschriebenen Entwicklung haben wir in 2014 auch die Gemeinnützigkeit der Betätigung der BBG beim Finanzamt wieder beantragt. Dieser Bescheid ist bisher noch nicht erteilt worden.

Vermögens- und Ertragslage

Von den Aktiva in Höhe von T€ 52,6 entfallen T€ 41,2 (78,3 %) auf Liquide Mittel. Das Eigenkapital beträgt nach Ergebnisverrechnung T€ 12,7 oder 26,3 % der Bilanzsumme. Von den Verbindlichkeiten entfallen noch T€ 5,0 auf die kurzfristigen Liquiditätshilfen des Gesellschafters GAB.

Durch die ganzjährige Beschäftigung von 7 Integrationshelfern hat sich die Ertragslage stabilisiert. Die Umsatzerlöse konnten von T€ 145,4 in 2013 auf T€ 203 in 2014 gesteigert werden. Bei um T€ 54,7 höheren Personalaufwendungen konnte ein Jahresüberschuss von T€ 2,0 erzielt werden. Investitionen waren in 2014 nicht notwendig und sind für 2015 auch nicht geplant.

Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nachdem 2013 nahezu ausgeglichene Ergebnisse erwirtschaftet werden konnten und in 2014 ein leichter Überschuss erzielt wurde, rechnen wir auch für 2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Die bisherigen Erfahrungen beim Einsatz der Integrationshelfer und auch der Kräfte im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres sind positiv. Wir gehen davon aus, dass die bisherige Stellenzahl beibehalten wird und zukünftig weitere Stellen hinzukommen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

7.2 clinicpartner eG



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Wiesenbusch 2, 65966 Gladbeck
Homepage:	www.clinicpartner-eg.eu
Rechtsform:	eingetragene Genossenschaft
Träger:	48 Trägereinrichtungen u. a. Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH
Gründungsjahr:	1997

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Ursprünglich entstanden aus der 1989 gegründeten Einkaufsgemeinschaft Niederrhein im Januar 1997 die Klinikeinkauf Niederrhein-Westfalen GbR mit 16 Häusern und ca. 4.800 Betten.

Im März 2006 wurde diese in clinicpartner eG umfirmiert und ist heute eine der leistungsfähigsten, bundesweit tätigen Einkaufs- und Dienstleistungsgemeinschaften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

clinicpartner eG ist ein verbindlich operierender Verbund von Krankenhäusern für Krankenhäuser. Unter enger Einbindung seiner Mitglieder und deren Kompetenz betreibt dieser den strategischen Einkauf und Dienstleistungen, um eine qualitativ hochwertige und ökonomische medizinische Versorgung seiner Mitglieder sicherzustellen. Dieses Selbstverständnis hat zu einer unerreicht hohen Bindung unserer Mitglieder geführt und ist Quelle stetigen Wachstums.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:	Dipl.- Kfm. Berthold Grunenberg Dipl.- Kfm. Burkhard Nolte plus 6 weitere Personen	Vorsitzender stellv. Vorsitzender
Vorstand:	Dipl.-Verwaltungswirt Wolfgang Appelstiel Betrw. staatl. gepr. Olaf Berse	

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Anlagevermögen			
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u.ä., Lizenzen	3.527,00	19.065,00	35.598,00
Sachanlagen: andere Anlagen, BGA	87.758,00	99.873,00	68.368,00
Finanzanlagen: Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	5.000,00	0,00
Umlaufvermögen			
Vorräte: Fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	0,00	20.800,00
Forderungen	387.393,63	301.607,06	256.167,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	220.674,11	73.374,61	23.685,00
Summe Aktiva	769.713,97	498.919,67	404.617,00
Passiva			
Eigenkapital	230.204,50	230.204,50	227.705,00
Gewinn- / Verlustvortrag	16.728,10	15.632,03	14.346,00
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	1.263,23	1.096,07	1.286,00
Rückstellungen	81.080,00	82.707,00	56.744,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen	53.694,17	109.157,98	48.494,00
Sonstige Verbindlichkeiten	386.743,97	60.122,09	56.042,00
Summe Passiva	769.713,67	498.919,67	404.617,00

Gewinn und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Umsatzerlöse	1.558.187,90	1.499.236,77	1.070.909,00
fertige/unfertige Erzeugnisse	0,00	356,04	0,00
Personalaufwand	946.054,41	921.257,97	742.279,00
Abschreibungen	33.231,66	31.907,84	28.817,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	589.991,11	527.347,45	287.469,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,49	364,86	678,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.142,87	19.471,41	13.022,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.556,00	6.329,00	1.399,00
Sonstige Steuern	1.232,64	12.046,34	10.337,00
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	1.263,23	1.096,07	1.286,00

Der Jahresabschluss für das Jahr 2014 lag zum Zeitpunkt des Erstellens des Beteiligungsberichts nicht vor und wird nach Fertigstellung nachgereicht.

Zahlen - Daten - Fakten (Stand 2010)

- Mitgliederbestand von 112 Krankenhäusern mit ca. 32.000 Planbetten und 100 Altenpflegeheimen/Pflegeeinrichtungen mit ca. 7.500 Pflegeplätzen
- seit 2006 Beitritt von 42 neuen Mitgliedshäusern
- strategisches Einkaufsvolumen von über 850 Mill. Euro über alle Fachbereiche
- Jahresrückvergütung in 2009 von ca. 6,6 Mill. Euro, die direkt von den Vertragslieferanten an die Mitglieder ausgeschüttet werden

7.3 Hallenbad Diez-Limburg GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Hallenbad 1, 65582 Diez		
Homepage:	www.oranienbad.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Stadt Diez	7.669,38 Euro	30 %
	Stadt Limburg	5.112,93 Euro	20 %
	Kreishallenbad Weilburg GmbH	6.391,14 Euro	25 %
	Rhein-Lahn-Kreis	6.391,14 Euro	25 %
Stammkapital:	25.564,60 Euro		
Gründungsjahr:	2. Juni 1966		
Gesell.-vertrag:	2. Juni 1966, letzte Fassung vom 12. März 2001		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsports, verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft. Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil. Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Bürgermeister Martin Richard, Limburg 1. Stadtrat Michael Stanke, Limburg Bürgermeister Gerhard Maxeiner, Diez (bis 9.7.2014) 1. Beigeordneter Frank Dobra, Diez (bis 9.7.2014) Herr Bürgermeister Frank Dobra, Diez (ab 10.7.2014) Herr 1. Beigeordneter Edgar Groß, Diez (ab 17.07.2014)	
Gesellschafter- versammlung:	Günter Kern, Landrat <u>Manfred Michel, Landrat</u> Frank Puchtler, Landrat	Vorsitzender (bis 31.1.2014) stellv. Vorsitzender Vorsitzender (ab 29.10.2014)

Gerlinde Born (bis 9.7.2014)	Vertreter der Stadt Diez
Dr. Kurt Stein (bis 9.7.2014)	
Ali Hamdam (bis 9.7.2014)	
<u>Karl Heck</u> (bis 9.7.2014)	
Axel Fickeis (ab 10.7.2014)	
Dietmar Kramm (ab 10.7.2014)	
Marco Rosso (ab 10.7.2014)	
Lothar Schmidt (ab 10.7.2014)	
Rolf Dettmann	Vertreter der Stadt Limburg
Martin Zimmer	
Werner Laux	
<u>Dr. Marius Hahn</u>	
Gerhard Bill	Vertreter Kreishallenbad Weilburg GmbH
Helmut Jung	
Elke Fehr	
<u>Karl-Heinz Stoll</u>	
Michael Schnatz	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Matthias Lammert	
Frank Puchtler	
Edwin Künzler	

Bezüge

Die Geschäftsführung erhielt in 2014 mit Ausnahme von Sitzungsgeldern in Höhe von 1.585,65 Euro keine Bezüge. Insgesamt wurden in 2014 Sitzungsgelder an die Geschäftsführung und Gesellschaftsvertreter in Höhe von 2.107,38 Euro ausgezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Anlagevermögen	1.982.882,57	948.396,78	930.644,50
Vorräte	2.932,46	4.177,24	4.177,24
Forderungen u.sonst. Vermögensgegenstände	157.436,33	54.508,63	51.589,82
Guthaben bei Kreditinstituten	974.267,97	732.297,41	470.155,53
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	1.012,80	7.343,96
SUMME AKTIVA	3.117.519,33	1.740.392,86	1.463.911,05
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	922.256,69	922.256,69	922.256,69
Jahresfehlbetrag	538.308,47	559.547,74	462.791,37
Rückstellungen	105.850,00	134.950,00	119.550,00
Verbindlichkeiten	1.128.492,36	256.286,20	193.092,26
Anzahlung der Gesellschafter auf Jahresfehlbetrag	723.584,97	741.929,71	665.721,08
Rechnungsabgrenzungsposten	82,149	953,41	517,80
SUMME PASSIVA	3.117.519,33	1.740.392,86	1.463.911,05

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
+ Umsatzerlöse	150.807,73	409.052,15	402.172,95
+ Sonstige betriebliche Erträge	63.831,71	19.340,17	15.339,36
- Materialaufwand	170.103,44	403.579,40	325.206,59
- Personalaufwand	347.646,63	445.792,66	460.135,04
- Abschreibungen auf Sachanlagen	32.478,21	42.942,49	44.375,03
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	134.053,46	62.622,89	47.060,89
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	549,47	1.398,22	1.890,66
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	69.215,64	34.400,84	5.416,79
Jahresfehlbetrag	538.308,47	559.547,74	462.791,37

Situationsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft.

Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil.

Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

Je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Gesellschafter sind Investitionen oder erwünschte Neuerungen zeitlich zu strecken, so dass manchmal Wünsche der Bade Gäste und Wirklichkeit des Badeangebotes auseinander fallen.

Alle Bäder sind in gewissem Maße abhängig von den Schwankungen in der Gesamtwirtschaft. Das Oranienbad wird nach wie vor gut besucht, da durch Betriebs- und Geschäftsführung das Angebot ständig verbessert (Schwimm- und Aquafitnesskurse, Saunaaufgüsse, Klangschalensauna und Veranstaltungen o. ä.) sowie durch organisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen (Verkauf von Badeartikeln) die Attraktivität des Bades gesteigert wird.

Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

Besucherstatistik (eingeschränkte Vergleichbarkeit von 2014 mit 2013, da Schließung des Oranienbades ab 5.5.2014, für die Schulen und Vereine ab 1.7.2014)

	2014	2013	Veränderung	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Erwachsene	28.091	69.540	-41.449	-59,60
Einzelkarten	10.073	24.574	-14.501	-59,01
Elferkarten	801	1.992	-1.191	-59,79
Kurzschwimmer	16.017	37.464	-21.447	-57,25
Halbjahreskarten	1.200	5.510	-4.310	-78,22
Jugendliche	9.860	25.887	-16.027	-61,91
Einzelkarten	7.775	20.280	-12.505	-61,66
Elferkarten	2.085	5.607	-3.522	-62,81
Schulen und Vereine	22.792	39.914	-17.122	-42,90

Schulen	17.312	29.403	-12.091	-41,12
Vereine und Sonstige	5.480	10.511	-5.480	-47,86
Zwischensumme Bad	60.743	135.341	-74.598	-55,12
Sauna und Bad	4.937	14.127	-9.190	-65,05
Einzelkarten	3.290	9.581	-6.291	-65,66
Elferkarten	1.491	4.352	-2.861	-65,74
Tageskarten	156	194	-38	-19,59
Besucher Schwimmbad u. Sauna	65.680	149.468	-83.788	-56,06
Eintrittsfreie Besucher	3.378	8.134	-4.756	-58,47
Summe aller Besucher	69.058	157.602	-88.544	-56,18

Darstellung der Vermögenslage

Bei einer um TEUR 1.377,1 erhöhten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von im Vorjahr 22,31% auf nunmehr 13,14 vermindert.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 63,60 % (Vorjahr 54,49 %).

Die liquiden Mittel haben sich von TEUR 732,3 um TEUR 242,0 auf TEUR 974,3 erhöht.

Die Verbindlichkeiten haben sich von TEUR 998,2 um TEUR 853,9 auf TEUR 1.852,1 erhöht.

Bei der Bewertung der Rückstellungen TEUR 105,8 (Vorjahr TEUR 134,9) und deren Bemessung wurden allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.

Darstellung der Finanzlage

Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets i. d. R. unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen durch schnelle Zahlung erfüllt. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit reichte aus, um die Investitionen des Geschäftsjahres vollständig zu finanzieren. Verträge mit Lieferanten wurden neu abgeschlossen, um den Materialaufwand zu senken.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der Betonkonstruktion des Bades und die damit verbundenen technischen Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen wurden weiter untersucht.

Die von den Gesellschaftern beschlossene Sanierung des Hallenbades läuft. Die Rohbauarbeiten sind abgeschlossen, die Rohinstallation Elektro und Lüftung ebenfalls. Fenster, Putz und Estrich sind eingebaut, sodass mit den Ausbauarbeiten begonnen werden kann. Die Fertigstellung ist für Anfang Oktober 2015 geplant.

7.4 Klinikverbund Hessen e. V.



Unternehmensportrait

Adresse: Forsthausstraße 1-3 / Haus 3e, 35578 Wetzlar

Homepage: www.klinikverbund-hessen.de

Rechtsform: Verein

Mitglieder: **Hessische Spitzenverbände**

Hessischer Landkreistag

Hessischer Städtetag

Hessischer Städte- und Gemeindebund

**Krankenhausgesellschaften in
öffentlich-rechtlicher Trägerschaft**

Gesundheit Nordhessen Holding AG

Main-Kinzig-Kliniken gGmbH, Gelnhausen

Kreiskrankenhaus Vogelsbergkreis in Alsfeld GmbH

Klinikum Bad Hersfeld GmbH

Klinikum Darmstadt GmbH

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, Erbach

Kreisklinik Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau

Lahn-Dill-Kliniken GmbH, Wetzlar

Hochtaunus Kliniken gGmbH, Bad Homburg

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH, Hofheim

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH, Weilburg

Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH

GPR gesundheits- und Pflegezentrum gGmbH Rüsselsheim

Klinikum Frankfurt/Main-Höchst GmbH, Frankfurt

Klinikum Hanau GmbH

Kreiskrankenhaus Bergstrasse gGmbH, Heppenheim

Kreiskrankenhaus Frankenberg gGmbH, Frankenberg

Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH, Friedberg

Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt

Kerckhoff-Klinik GmbH, Bad Nauheim

Vitos GmbH

Gründungsjahr: 5. Dezember 2013

Satzung: Letzte Fassung vom 24. Februar 2015

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Ziel und Aufgabe des Vereins ist es, die Interessen der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gegenüber den politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträgern im Gesundheitswesen zu unterstützen und für deren Belange einzusetzen.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Verein bezweckt die Interessenvereinigung und –vertretung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Er unterstützt diese bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Erhaltung und Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Brigitte Wagner, Frankfurt

Mitgliederversammlung

Vorstand

Unternehmensdaten

Bilanz (bis Ende 2013 Klinikverbund Hessen GmbH)

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände/Lizenzen	0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.763,00	18.027,10	21.134,99
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.828,15	102.649,09	58.809,69
Kassenbestand	34.050,50	232.737,09	253.440,49
Rechnungsabgrenzungsposten	400,00	1.588,44	3.284,78
SUMME AKTIVA	95.180,65	355.001,72	342.669,95
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Jahresüberschuss	55.489,05	105.000,00	110.000,00
Gewinnvortrag	-	111.160,31	61.771,29
Jahresüberschuss	-	16.594,61	49.389,02
Eigenkapital	55.489,05	232.754,92	221.160,31
Steuerrückstellung	-	0,00	16.946,00
Sonstige Rückstellungen	11.100,00	26.550,00	27.018,04
Verbindlichkeiten	28.594,60	95.696,80	77.545,60
SUMME PASSIVA	95.180,65	355.001,72	342.669,95

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €
Mitgliedsbeiträge u. sonst. betrieblich Erträge	228.448,65
Aufwendungen für bezogene Leistungen	105.021,46
Personalaufwand	34.318,33
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.987,20
- sonstige betriebliche Aufwendungen	31.659,75
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27,14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55.489,05

Situationsbericht

Grundlagen des Vereins

Der Klinikverbund Hessen e. V. wurde am 5. Dezember 2013 aus dem Kreis der ehemaligen Gesellschafter der Klinikverbund Hessen GmbH gemeinsam mit den hessischen kommunalen Trägerorganisationen (Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund) gegründet.

Der Verein bezweckt die Interessenvereinigung und –vertretung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Etwaige Jahresüberschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

Für die neunmonatige Gründungsphase wurde folgender Gründungsvorstand gewählt:

- Vorsitzender: Friedel Roosen, Geschäftsführer GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim GmbH
- Stellvertretender Vorsitzender: Richard Kreutzer, Geschäftsführer Lahn-Dill-Kliniken GmbH
- Vorstandsmitglied: Reinhard Belling, Geschäftsführer Vitos GmbH
- Vorstandsmitglied: Wolfgang Potinius, Geschäftsführer Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH
- Vorstandsmitglied: Wolfgang Wilhelm, Geschäftsführer Kreisklinik Groß-Gerau
- Vorstandsmitglied: PD Dr. Jan Hilligardt, Direktor Hessischer Landkreistag
- Vorstandsmitglied: Dr. Ben Michael Risch, Referatsleiter Hessischer Städtetag

Am 20. Februar 2014 fand die Eintragung des Vereins mit Sitz in Hofheim am Taunus in das Vereinsregister statt.

Nach Abschluss der Gründungs- und Aufbauphase am 24. September 2014 wurde der Vorstand wie folgt neu gewählt:

- Vorsitzender: Richard Kreutzer, Geschäftsführer Lahn-Dill-Kliniken GmbH
- Stellvertretender Vorsitzender: Clemens Maurer, Geschäftsführer Klinikum Darmstadt GmbH
- Vorstandsmitglied: Reinhard Belling, Geschäftsführer Vitos GmbH
- Vorstandsmitglied: Christian Jostes, Geschäftsführer Hessenklinik Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH
- Vorstandsmitglied: Friedel Roosen, Geschäftsführer GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH
- Vorstandsmitglied: PD Dr. Jan Hilligardt, Direktor Hessischer Landkreistag
- Vorstandsmitglied: Dr. Ben Michael Risch, Referatsleiter Hessischer Städtetag

Am 24. September wurde darüber hinaus die Geschäftsführungsposition erstmalig besetzt. Frau Brigitte Wagner wurde als Geschäftsführerin (besondere Vertreterin gem. § 30 BGB bestellt).

Am 25. November 2014 wurde im Rahmen einer Satzungsänderung der Vereinssitz

von Hofheim am Taunus nach Wetzlar verlagert.

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

In Deutschland ist jedes sechste Krankenhaus von der Insolvenz bedroht, jedes dritte schreibt rote Zahlen und fast jedes zweite Krankenhaus kann nicht ausreichend investieren. Zu diesen Ergebnissen kommt der aktuellen Krankenhaus Rating Report 2015 des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Die Bundesregierung reagiert auf diesen Negativtrend mit einem neuen Gesetzesentwurf – dem sogenannten „Krankenhausstrukturgesetz“, welches am 1. Januar 2016 in Kraft treten soll. Hauptziel ist es, die Kosten im Kliniksystem zu senken und eine verbesserte medizinische Versorgungsqualität zu erreichen.

Die Krankenhauslandschaft in Deutschland steht daher im Blick auf die aktuell geplanten gesetzlichen Veränderungen, dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel, der strukturellen Unterfinanzierung und dem geplanten Umbau der Krankenhausstrukturen vor großen Herausforderungen. Vor dieser Herausforderung stehen insbesondere auch die öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser, die unmittelbar über den Sicherstellungsauftrag ihrer Träger der Daseinsvorsorge verpflichtet sind.

Bericht zur Entwicklung und Handlungsfeldern des Vereins

Mit der Gründung des Klinikverbundes Hessen e. V. wurde bundesweit erstmalig eine Interessenvertretung öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser etabliert, in der Geschäftsführungen und Träger öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser sich gemeinsam für die politik- und öffentlichkeitswirksame Positionierung abstimmen und positionieren.

Die Anzahl der Vereinsmitglieder hat sich von der Gründungsversammlung am 5. Dezember 2013 mit zehn Gründungsmitgliedern auf 22 Mitglieder Ende 2014 erhöht.

Der Klinikverbund Hessen e. V. ist im Rahmen der Interessenvertretung und Interessenvereinigung im Wesentlichen auf drei Feldern aktiv:

- Bundespolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Bundespolitik.
- Landes- und Kommunalpolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Landes- und Kommunalpolitik.
- Vereinsarbeit: Gemeinschaftsbildung, Kommunikation von Interessen und Bedarfen, Identifikation von Gemeinsamkeiten, Fokussierung auf Anliegen und Positionen.

Lage

Während der Gründungs- und Aufbauphase hat der Klinikverbund Hessen e. V. sukzessive die vereinbarten Aufgaben und Aktivitäten von der Klinikverbund Hessen GmbH i. L. übernommen. Ende 2014 war der Übergang vollzogen, so dass ab Anfang 2015 alle Aktivitäten über den Verein abgewickelt werden. In der Folge befindet sich die Klinikverbund Hessen GmbH i. L. in Liquidation.

Erlössituation

Das Geschäftsjahr 2014 war von einem sukzessiven Übergang der GmbH auf den Verein geprägt. Mit dem Wechsel der einzelnen Gesellschafter aus der GmbH in den Verein konnten Mitgliedsbeiträge vereinnahmt werden. Die Erlöse des Vereins betragen 2014 EUR 228.475,79 und setzen sich aus EUR 212.495,00 aus Mitgliedsbeiträgen, EUR 15.953,65 aus sonstigen Erträgen und EUR 27,14 aus Zinserträgen zusammen.

Beschaffungs- und Investitionswesen

Das Vorgehen und die Entscheidungskompetenzen im Rahmen von Beschaffungen und Investitionen werden in der Satzung und in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt. Der Verein hat die gesamte Betriebs- und Geschäftsausstattung der Klinikverbund Hessen GmbH i. L. übernommen.

Personalbereich

Der Verein verfügt seit dem 24. September 2014 über eigenes Personal. Beschäftigt ist Frau Brigitte Wagner als Geschäftsführerin in Vollzeit.

Umweltschutz

Aspekte des Umweltschutzes kamen bei der Auswahl von Gütern und Waren (zertifizierte und umweltschonende Produkte) zum Tragen.

Ertragslage

Der Verein hat im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe EUR 55.489,05 erwirtschaftet.

Finanzlage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 sind keine finanziellen Engpässe entstanden. Eine ausreichende Liquidität war jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Der Verein hält im Anlagevermögen seine Betriebs- und Geschäftsausstattung vor. Weiteres Vermögen ist als Forderungen sowie Guthaben bei Kreditinstituten vorhanden.

Das Eigenkapital beläuft sich auf EUR 55.489,05 zum 31. Dezember 2014.

Chancen und Risikobericht

Die Aktivitäten des Klinikverbund Hessen e. V. wurden in 2014 sukzessive auf- und ausgebaut. Ab Anfang 2015 hat der Verein die beabsichtigten Aufgaben und Aktivitäten der ehemaligen Klinikverbund Hessen GmbH i. L. voll umfänglich übernommen. Am 20. Januar 2015 erfolgte für die Klinikverbund Hessen GmbH i. L. der Gläubigeraufruf im Bundesanzeiger.

Erlösrisiko

Der Mitgliedsbeitrag kann auch in 2016 stabil gehalten werden. Es ist mit dem Beitritt von weiteren drei Vereinsmitgliedern zu rechnen. Erlösrisiken sind nicht zu verzeichnen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Vereins sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Gesamtaussage

Die in 2014 erreichte und in 2015 erfolgte Ausweitung der Anzahl der Vereinsmitglieder wird sich in Zukunft nicht mehr fortsetzen lassen, da erwartungsgemäß Ende 2015 rund 100% der öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser in Hessen und allen hessischen Trägerorganisationen Mitglieder im Verein sein werden.

7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Kreis Krankenhaus Weilburg gGmbH	100 %
Stammkapital:	25.000 Euro	
Gründungsjahr:	16.11.2005	
Gesell.-vertrag:	in der Fassung vom 9. Dezember 2011	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art, überwiegend für die Kreis-krankenhause Weilburg gGmbH. Die Dienstleistungen werden im Reinigungsdienst, beim Menüservice, bei der Elektrowartung sowie im Nachtdienst der Pforte geleistet.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Peter Schermuly Stefan Eckert	Geschäftsführer Pflegedienstleiter
Aufsichtsrat:	Manfred Michel, Landrat Helmut Jung, 1. Kreisbeigeordneter Dr. Dietrich Weiß Dr. Hans-Christoph Noack Robert Becker Dr. Frank Schmidt Joachim Veyhelmann Günter Henche Renate Michel Peter Hoffmann	Vorsitzender stv. Vorsitzender Betriebsrat Betriebsrat Betriebsrat

Gesellschafterversammlung

Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Anlagevermögen: Sachanlagen	7.737,75	6.538,50	6.643,50
Umlaufvermögen: FO u. sonst. Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen Gesellschafter	141.077,68	121.608,44	122.399,14
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.940,26	5.440,55	5.349,26
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.919,13	4.884,02	3.063,87
SUMME AKTIVA	152.674,82	138.471,51	137.455,77
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	38.982,09	32.413,95	37.922,59
III. Jahresüberschuss	3.061,12	6.568,14	-5.508,64
Rückstellungen	1.252,00	0,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	18.924,28	13.569,24	22.085,00
Verbindlichkeiten	65.455,33	60.920,18	57.956,82
SUMME PASSIVA	152.674,82	138.471,51	137.455,77

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
1. Umsatzerlöse	975.993,24	936.329,01	912.496,68
2. Sonstige betriebliche Erträge	13.539,47	1.722,71	1.719,44
	989.532,71	938.051,72	914.216,12
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	33.201,41	32.313,24	26.290,73
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	41.752,33	40.568,13	38.788,14
	74.953,74	72.881,37	65.078,87
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	727.685,27	688.859,17	672.131,31
b) Soz. Abgaben & Aufwendungen f. Altersversorgung	146.065,14	137.267,79	134.070,54
	873.739,41	826.126,96	806.201,85
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.348,86	1.967,00	1.926,26
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	34.177,58	27.797,62	46.517,78
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	23,63	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.313,12	9.255,14	-5.508,64
10. Steuern von Einkommen und Ertrag	1.252,00	2.687,00	0,00
Jahresüberschuss	3.061,12	6.568,14	-5.508,64

Situationsbericht

Geschäftsverlauf

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2014 beträgt 976,0 TEUR (Vorjahr 936,3 TEUR). Insgesamt liegt der Umsatz 2014 um 16,0 TEUR über der für das Geschäftsjahr 2014 angesetzten Planung von 960,0 TEUR.

Die Dienstleistungen wurden geleistet im Reinigungsdienst, bei Stationshilfsdiensten, beim Menüservice, bei der Hauswirtschaft und im hauswirtschaftlichen Dienst sowie im Bereitschaftsdienst im Seniorenheim Fellersborn.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 3,5 TEUR getätigt.

Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,0 TEUR erhöht, die Eigenkapitalquote beträgt 43,91 %. Das Anlagevermögen wird durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Forderungen beinhalten Forderungen gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von 141,1 TEUR sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 1,9 TEUR. Diese resultieren aus Abrechnungen erbrachter Dienstleistungen aus dem Monat Dezember 2014, für Forderungen Mutterschutz und Eingliederung, sowie Steuer-rückforderungen aus Vorjahren.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Löhne und Gehälter incl. Arbeitgeberanteil 56,6 TEUR aus dem Monat Dezember 2014, da hier eine zeitver-setzte Auszahlung erfolgt, sowie um sonstige laufende Verbindlichkeiten aus Liefere-rungen und Leistungen 7,2 TEUR.

Die Personalkostenquote beträgt 89,5 % sowie die Materialaufwandsquote 7,7 % des Umsatzes.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2016 wird von einem ähnlichen positiven Ergebnis ausgegangen.

Die KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH stellt eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Kostensituation in der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH dar. Die hier kostengünstiger zu erbringenden Dienstleistungen für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH sind somit auch für die Zukunft ein wichtiger Garant zur wirtschaftlichen Stabilität. Somit ist eine Ausweitung der Aktivitäten der KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH ein wichtiger Zukunftsfaktor. Weiterhin wurden Dienstleistungen (Hauswirtschaftliche Tätigkeiten) für das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg, einem weiteren Standbein des Kreiskrankenhauses Weilburg, übernommen. Ein mögliches Risiko besteht in der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Muttergesellschaft.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung – insbesondere bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht.

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine wesentlichen Geschäftsvorfälle.

7.6 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Eschhöfer Weg 14, 65549 Limburg

Homepage: www.profil-limburg.de

Gesellschafter:	Lebenshilfe für geistig und mehrfach Behinderte Wetzlar-Weilburg e.V.	6.500 Euro	25 %
	Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.	6.500 Euro	25 %
	Bördner GmbH & Co. Besitz- und Verwaltungsgesellschaft, Limburg	6.500 Euro	25 %
	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg	6.500 Euro	25 %

Stammkapital: 26.000 Euro

Gründungsjahr: 25. Mai 1998

Gesell.-vertrag: 25. Mai 1998 mit der letzten Änderung vom 15. Juni 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Personen und solcher, die von Behinderung bedroht sind.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Unterhaltung von Integrationsprojekten im Sinne des § 132 Abs. 1 des IX. Buches Sozialgesetzbuch zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich auf besondere Schwierigkeiten stößt und in denen schwer behinderte Menschen neben der Beschäftigung auch eine nach § 133 SGB IX erforderliche arbeitsbegleitende Betreuung gegeben wird. Diese Integrationsprojekte bieten den schwer behinderten Menschen Beschäftigung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahme zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Integrationsprojekt.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Wolfgang Gröbler

Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Anlagevermögen/Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.038,68	85.281,15	3.580,95
Umlaufvermögen/fertige Erzeugnisse und Leistungen	14.096,28	25.905,72	21.304,70
Forderungen	3.995,61	33.188,19	35.374,38
Sonstige Vermögensgegenstände	76.482,40	136.146,62	43.081,54
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	38.183,56	36.752,41	35.331,31
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	468,61	75,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	206.226,15	108.050,88	79.400,47
Summe Aktiva	413.022,68	425.793,58	218.148,35
Passiva	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
Kapitalrücklage	60.000,00	60.000,00	60.000,00
Verlustvortrag	-194.050,88	-165.400,47	-158.555,09
Jahresfehlbetrag	98.175,27	-28.650,41	-6.845,38
nicht gedeckter Fehlbetrag	206.226,15	108.050,88	79.400,47
buchmäßiges Eigenkapital	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	30.278,00	37.785,00	14.232,00
Verbindlichkeiten	372.744,68	379.008,58	196.666,35
Rechnungsabgrenzungsposten	10.000,00	9.000,00	7.250,00
Summe Passiva	413.022,68	425.793,58	218.148,35

Gewinn und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
+ Umsatzerlöse	953.102,92	1.106.251,35	1.077.258,25
+ Verminderung Bestandes an un-/fertigen Erzeugnissen	-11.809,44	4.601,02	5.438,11
+ sonstige betriebliche Erträge	29.763,09	60.204,92	951,61
- Materialaufwand/bezogene Leistungen /Waren	509.454,78	695.113,35	674.236,19
- Personalaufwand	341.356,78	321.844,16	298.330,47
- Abschreibungen	15.287,47	10.007,13	1.558,49
- sonstige betriebliche Aufwendungen	200.151,75	172.051,29	115.637,50
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.489,06	283,77	195,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-97.683,27	-28.242,41	-6.309,68
- sonstige Steuern	492,00	408,00	535,70
Jahresfehlbetrag	98.175,27	28.650,41	6.845,38

Situationsbericht

Bei Profil sind aktuell 18 Arbeitnehmer aus dem Kreis der Benachteiligten Personen fest beschäftigt (2013: 19), davon 8 Schwerbehinderte (Quote 2014: 44,4 % // 2013: 41,12 %). 2 weitere Personen absolvieren derzeit Praktika, davon 1 Schwerbehinderter. Die Eingangsmengen an E-Altgeräten sind insgesamt stabil (2014: 3.187 t. // 2013: 3.042 t.). Mit dem AWB soll über ein wiederholtes aktives Vorgehen gegen illegale E-Schrottsammlungen beraten werden.

Die Verwertungserlöse für sortierte Fraktionen und Stoffe haben sich nach deutlichen Rückgängen ab 2013 gegen Ende 2014 stabilisiert und leicht erholt.

Diese Erlösschmälerungen haben zusammen mit den Aufwendungen für die Zusammenführung der Betriebe Profil und EZ GAB in 2014 noch einen deutlichen Fehlbetrag entstehen lassen. Die Umsetzung der zuletzt Ende 2014 besprochenen Maßnahmen hat dagegen gegriffen und das Jahr 2015 verläuft bisher im wirtschaftlich positiven Bereich.

In den nächsten Monaten werden 2 Mitarbeiter in Altersrente gehen, davon 1 ohne Förderung. Aktuell bestehen gute Aussichten, die frei werdenden Plätze mit geförderten Mitarbeitern aus dem Ziel-Personenkreis zu besetzen. Perspektivisch werden die Personalkosten dadurch sinken.

Das Jobcenter Limburg wird ab 1. Juli 2015 neue Förderprogramme zur Verfügung haben, bei denen Personen ggfs. auch zusätzlich zu Förderungen des LWV bezuschusst werden können. Bei Bedarf kann auch hier nach geeigneten Mitarbeitern gesucht werden.

Mit dem Landeswohlfahrtsverband soll zudem ein Gespräch über weitere Förderungsmöglichkeiten geführt werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern sind vereinbarungsgemäß seit Dezember 2014 nicht weiter angestiegen. Für den weiteren Verlauf 2015 wird mindestens eine Stabilisierung auf diesem Niveau angestrebt, nach Möglichkeit auch eine beginnende Rückführung der Außenstände.

8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine

8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2014

Bezeichnung	Beitrag 2014
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	55,00 €
Betriebssportverband Hessen e.V. Bezirk Frankfurt	172,00 €
Bildungsforum Mengerskirchen	12,00 €
Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bonn	100,00 €
Deutsche Burgervereinigung Braubach	52,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft e.V.	77,00 €
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	423,00 €
Deutsche Verkehrswacht Limburg-Weilburg	250,00 €
Deutscher Kinderschutzbund -Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.	50,00 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	83.541,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	625,45 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	2.271,00 €
Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	125,00 €
DJH Deutsche Jugendherberge Hauptverband e.V., Detmold	511,00 €
Europa-Union (Kreisverband Limburg-Weilburg)	154,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	50,00 €
Förderkreis Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.	300,00 €
Förderverein Tiergarten Weilburg	30,00 €
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Limburg e.V.	102,00 €
Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum	511,29 €
Hessischer Heimatbund e.V.	36,00 €
Höhlenverein Kubach e.V.	9,00 €
International Police Association	25,00 €
KAV - Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen	4.006,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung	4.418,23 €
Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.	100,00 €
Lahn-Marmor-Museum e.V. Villmar	12,27 €
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.	30,68 €
Mitgliedschaft "Weißer Ring" e.V.	102,26 €
Public Private Partnership in Hessen e.V.	100,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.026,00 €
Regionalversammlung Mittelhessen e.V.	10.195,92 €
RWP - Limburger Gesellschaft für Recht, Wirtschaft und Politik	50,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	25,00 €

Streuobstroute	250,00 €
THW Limburg	460,16 €
THW Weilburg	460,16 €
Tierschutzverein Limburg	102,26 €
Verbraucherberatung im DHB-Netzwerk Haushalt	2.295,00 €
Verein der Freunde der Limburger Domsingknaben e.V.	50,00 €
Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V.	25,00 €
Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.	102,26 €
Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar	52,00 €
Verein „Weltladen Regenbogen“ e.V. Weilburg	1.500,00 €
Verein „Eine-Welt-Laden“ Limburg	1.500,00 €
vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.	300,00 €
Weilburger Bürgergarde	30,68 €
Weilburger Schlosskonzerte	1.000,00 €
Westerwaldverein	60,00 €
	117.735,62 €

Bei den nachstehend aufgeführten Gesellschaften, Verbänden und Vereinen wirken Landrat, Kreisbeigeordnete oder Mitarbeiter des Kreises in Gesellschafterversammlungen bzw. Vorständen mit:

Dt. Kinderschutzbund Limburg-Weilburg e.V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Mitgliederversammlung

Förderverein Bildungsforum Mengerskirchen

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Mitgliederversammlung

Förderverein Tiergarten Weilburg

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter) Mitglied im Vorstand

Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Fam.) Beratendes Mitglied im Vorstand

Jugendhilfe Limburg-Weilburg e.V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Vereinsvorstand

Kindersozialstiftung des Landkreises Limburg-Weilburg e.V.

Manfred Michel (Landrat) Vorstandsvorsitzender

Lebenshilfe Limburg Diez e.V. (vormals: LH für Menschen mit geistiger Beh. Limburg e.V.)

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin) Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Limburg gGmbH

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Wohnen gGmbH

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied in Gesellschafterversammlung

Präventionskommission Limburg-Weilburg

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)

Schritfführer

Regionalversammlung Mittelhessen e.V.

Manfred Michel (Landrat)

Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter)

Dr. Frank Schmidt (Kreistagsabgeordneter)

Christian Radkovsky als dessen Vertreter (Kreistagsabgeordneter)

Verbandsversammlung

Verein Komitee für Nothilfe

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Vorstandsmitglied qua Amt

Verein Kriminalprävention

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)

Mitgliederversammlung

Schritfführer

Weilburger Musikschule e.V.

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter)

Mitglied im Vorstand

8.2 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg
Homepage:	www.wfg-limburg-weilburg-diez.de
Rechtsform:	eingetragener Verein
Mitglieder	Landkreis Limburg-Weilburg 19 Städte und Gemeinden des Landkreises Verkehrs- und Verschönerungsvereine Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs
Gründungsjahr:	14.01.1980

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Fremdenverkehrsverein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Fremdenverkehrsverein hat insbesondere die Aufgaben, den Fremdenverkehr im Vereinsgebiet zu fördern und zu koordinieren. Er allein ist befugt, die gemeinschaftlichen, den Fremdenverkehr im Kreis betreffenden Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu stärken.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer	Lars Wittmaack, Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH	
Vorstand	Manfred Michel, Landrat Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister sowie weitere acht Beisitzer	Vorsitzender stellv. Vorsitzender

Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Jahresergebnis	Gesamteinnahmen	68.777,11 Euro
	<u>Gesamtausgaben</u>	<u>64.004,92 Euro</u>
	Mehreinnahmen	4.772,19 Euro
	<u>Bestand aus 2013</u>	<u>45.457,10 Euro</u>
	Bestand am 31.12.2014	<u>50.229,29 Euro</u>

Beitrag des Landkreises	2010: 56.516 Euro
	2011: 56.601 Euro
	2012: 57.665 Euro
	2013: 57.665 Euro
	2014: 58.391 Euro

Der Landkreis übernimmt die Beiträge der Städte und Gemeinden an das Ferienland.

8.3 Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.



Unternehmensportrait

Adresse: Diezer Straße 35, 65549 Limburg

Homepage: www.vhs-limburg-weilburg.de

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsjahr: Zusammenschluss 1974

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

In der KVHS treffen sich Bürger der Region, die ihre persönlichen Weltansichten, Interessen und Bedürfnisse mitbringen. Die KVHS steht für Demokratie, Gemeinwohlorientierung, Chancen- und Geschlechtergleichheit, Bürgernähe und weltanschauliche Neutralität.

Gegenstand des Unternehmens:

Grundlagen der KVHS sind das Hessische Weiterbildungsgesetz und die Satzung der Kreisvolkshochschule.

Durch den gesellschaftlichen Wandel ergeben sich für die Menschen des Landkreises immer wieder neue berufliche und persönliche Herausforderungen sowie neue Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse. Der Auftrag der KVHS ist es, diese Veränderungen ständig zu analysieren, die entsprechenden Herausforderungen, Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse aufzugreifen und in Lernangebote zur Erweiterung der Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens umzusetzen.

Organe des Unternehmens

Vorstand	Günther Schmitt	1. Vorsitzender
	Silvia Scheu-Menzer	2. Vorsitzende
	Christine Bischof	Beisitzerin
	Landrat Manfred Michel	Beisitzer
	Heinz Pfeiffer	Beisitzer
	Dr. Frank Schmidt	Beisitzer
	Bruno Götz	Beisitzer
	Burkhard Seyffert	Beisitzer
	Heinz Valentin	Beisitzer
	Joachim Veyhelmann	Beisitzer
	Winfried Weißmüller	Beisitzer
	Michael Schneider	Direktor
	Axel Gebert	Leiter d. Hauptstelle Weilburg

Unternehmensdaten

Einnahmen:	Euro
Teilnehmergebühren	1.410.334
Studienreisen	146.580
Vermischte Einnahmen	71.100
Kreiszuschuss	299.568
Personalkostenzuschuss Land Hessen	140.977
Mitgliedsbeiträge	44.182
Sonstige Zuschüsse	3.478
Einnahmen ESF u. Hessencampusprojekte	218.028
Überschuss aus dem Vorjahr	7.323
	2.341.570

Ausgaben:	Euro
Honorare und sonstige personelle Ausgaben	792.111
Dienstbezüge	685.565
Werbung	56.683
Reisekosten	74.569
Sonderveranstaltungen	13.595
Studienreisen	134.778
Lehr- und Lernmittel	7.613
Ausgaben ESF und Hessencampusprojekte	159.543
Geschäftsbedarf/Erwerb von Geräten	235.084
Anbau und Unterhaltung der Gebäude	97.838
Mieten	58.711
Rücklage Personalkosten	17.000
	2.333.090

Kennzahlen:	2014	2013	2012	2011
Kurse	1.874	1.695	1.657	1.616
Teilnehmer	22.856	21.596	20.693	19.639
Unterrichtseinheiten	40.412	40.099	38.070	40.097

Impressum

- Herausgeber:** Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg
Schiede 43
65549 Limburg
Telefon 06431/296-0
06431/296-235
- Ansprechpartner:** Landrat Manfred Michel
Amt für Finanzen und Organisation
- FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen -
- Redaktion:** Amt für Finanzen und Organisation
-FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen-
- Druck:** Landkreis Limburg-Weilburg, Hausdruckerei
- Stand:** 31.12.2014